



POLITIK

Big Sister

Die liberale Bürgermeisterin Lydie Polfer wird die Videoüberwachung in Bonneweg massiv ausweiten. Was das genau bringen soll, bleibt unklar

Trendsetter

Peut-on se fier aux enquêtes Polindex publiées par la chaire en études parlementaires ?

Der Tag danach

Wie deutsche Wähler/innen, zwei Zeugen Jehovas und eine Luxemburgerin auf die Wahlergebnisse blicken

WIRTSCHAFT

Règlement de comptes au Film Fund

Un producteur belge s'attaque au proconsul du cinéma luxembourgeois. Un litige sur fond de potentielle bulle dans l'industrie cinématographique

FEUILLETON

„Hör auf zu kiffen!“

Der Komiker und Musiker Helge Schneider über woken Fußball, seinen Besuch beim Schulpsychiater und Pixie-Bücher



LEITARTIKEL

Ugespaant

IIII Stéphanie Majerus

„Auf den ersten Blick erscheinen die Straßen von Kiew wie die einer normalen Stadt“, berichtet CSV-Abgeordneter Laurent Zeimet nach seinem Besuch in der Ukraine. Von Sonntag bis Mittwoch begleitete er eine Delegation europäischer Abgeordneter in das kriegsgeplagte Land. „Doch sobald Drohnenalarm ertönt oder man an den Fotowänden gefallener Soldaten und ziviler Opfer vorbeigeht, wird die Notlage des Landes spürbar“, sagt Zeimet. Mehrfach musste er wegen Bombenalarms Schutz im Keller suchen – unter anderem am Montag, nur kurz vor Beginn einer Parlamentssitzung. Bei einem Treffen mit Präsident Selenskyj am Dienstag habe die Delegation den Eindruck gewonnen, dass sich die Ukraine „unter Druck spürt“. Das Land sei „ugespaant mee awer déterminéiert“, sagt der Vizepräsident der Kommission für Außenpolitik.

Seit einer Woche wird anlässlich des dritten Jahrestages dem Krieg und seinen Opfern gedacht. Am vergangenen Samstag rief die EU-Abgeordnete Tilly Metz (Déi Gréng) bei einer Ansprache während einer Demo in Luxemburg-Stadt ins Mikrofon: „Sie machen ein Land nicht wieder groß, indem sie lügen und indem sie Hass verbreiten.“ Ihre Worte richteten sich an die USA. Die Stimmung während des Umzugs war bedrückt; bei manchen Teilnehmern kullerten Tränen über die Wangen. So auch am Mittwoch während der Vorführung des Dokumentarfilms *Porcelain War* unter Anwesenheit des Kulturministers Eric Thill (DP), der wiederholt seine Solidarität mit ukrainischen Künstlern ausdrückte. Und zu Beginn der Woche freute sich Luc Frieden im *Radio 100,7* über den Wahlerfolg von Friedrich Merz und seiner CDU: „Ukraine, Wirtschaftswettbewerb, all diese Fragen müssen geklärt werden; dafür braucht es einen starken Kanzler.“ Im *L'Essentiel* analysierte Frieden, das Nachbarland werde eine pro-europäische Koalition ansteuern. Friedrich Merz pflegt einen soliden Austausch mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron und dem polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk. Ausgerechnet der launische Merz muss nun mit dem in seinem Land unpopulären Macron den europäischen Motor voranbringen.

Die USA sind keine demokratisch agierenden Alliierten und „Freunde“, wie konservative Politiker gerne sagen, mehr. Wie geht es nun weiter mit Europa – zwischen Trump-Kakophonie und autoritär-russischer Expansionspolitik? Diese Frage beschäftigt aber nicht nur Frieden und Merz, sondern gleich zwei Veranstaltungen am Montag. Das IPW lädt zu einer Diskussion zwischen dem ehemaligen LSAP-Außenminister Jean Asselborn und dem ehemaligen SPD-Politiker Sigmar Gabriel in die Abtei Neumünster ein. Und in den Rotunden sind am Montag unter anderem *Land*-Autor Rainer Hesse und der Historiker Claude Ewert am Mikrofon einer Veranstaltung der Zeitschrift *Forum*.

Der jüngste Wahlkampf in Deutschland offenbart einmal mehr die Richtung, in die sich liberale Demokratien Europas bewegen. Die Trump-Regierung mischte sich in den Wahlkampf ein, um für die AfD zu werben; russische Troll-Bots ebenso. Ähnliche Entwicklungen sind in Bezug auf die Wahlen in Rumänien zu beobachten; der US-Vizepräsident JD Vance verteidigte die Wahl des moskautreuen Kandidaten Călin Georgescu. Wie der US-Gesundheitsminister Robert F. Kennedy Junior ist Georgescu eine Figur, die das Lager anti-wissenschaftlicher Spiritualität und Alternativmedizin an rechtsextreme Ideen bindet. Hierzulande fand der ADR-Abgeordnete Tom Weidig die Amtseinführung von Donald Trump erbaulich, weil nun Schluss sei mit „reality-denying ideologies“ – womit er vermutlich auch LGBT-Rechte meinte. Diese Worte schrieb er während der Trump-Amtseinführung auf Facebook. „Change will come to Europe too!“, so der ADR-Parteideologe Weidig weiter. Außenpolitik schlägt nun in einer neuen Qualität auf Innenpolitik durch. Vor dieser weiteren Herausforderung steht Europa. ●



Big Sister

IIII Sarah Pepin

Die liberale Bürgermeisterin Lydie Polfer wird die Videoüberwachung in Bonneweg massiv ausweiten. Was das genau bringen soll, bleibt unklar



Lydie Polfer, Christian Weis und Léon Gloden auf dem Weg zur Pressekonferenz über die Gemeindepolizei im Juli 2024

Der Punkt sieben auf der Tagesordnung des nächsten Gemeinderates der Hauptstadt am kommenden Montag betrifft den *Avis du Conseil communal relatif à la mise en place d'une zone de vidéosurveillance dans la zone G – Bonnevoie*. Dahinter verbirgt sich ein Vorhaben, das der blau-schwarze Schöffenrat schon lange plant und das unter dem LSAP-Minister für Innere Sicherheit Etienne Schneider bereits in die Wege geleitet worden war. In Dokumenten, die dem *Land* vorliegen, sieht man das Areal, um das es geht: eigentlich der gesamte Westteil von Bonneweg. An den Gleisen entlang bis an die Rotonden, der Rue de Bonnevoie hinunter in die Rue Auguste Charles, der Place du Parc Richtung Rue Pierre Krier, an der Rue de l'Hippodrome, dem Leschte Steiwer und an der Rue de Thienville sollen 67 Kameras das Geschehen ständig beobachten. Ein Areal von 175 000 Quadratmetern – der Kostenpunkt dieser Aufrüstung liegt bei 2,25 Millionen Euro und wird von der Gemeinde getragen.

Die Videoüberwachung wird dem Polizeigesetz nach erst hinzugezogen, wenn andere präventive Maßnahmen nicht greifen. In diesem Sinne hat die Polizei eine Impact-Analyse des Bonneweger Viertels vorgenommen, die dem *Land* vorliegt. Die Delikte im Viertel rangieren von Vandalismus hin zu Drogenaffären, Einbrüchen und Gewalttaten. Tatsächlich konzentrieren sie sich zum Teil in diesem Radius, ebenso wie

weiter nördlich. (Lydie Polfer hat Nord-Bonneweg und Verlorenkost als nächste Visupol-Zone im Visier.) Allerdings scheinen sich insbesondere die Drogendelikte in den vergangenen Jahren reduziert zu haben. Waren es 2020 im besagten Umkreis 526, waren es 2023 nur noch 84. Auf Nachfrage des *Land* kontextualisiert die Polizei diese Zahlen so, dass Drogendelikte national rückläufig sind und die Polizist/innen sich auf die Verkäufer konzentrieren, nicht die Konsumenten. Lydie Polfer will im Gespräch mit dem *Land* keine Stellung nehmen und verweist auf die Sitzung des Gemeinderats kommenden Montag. Doch die Ausweitung sei völlig verhältnismäßig, sagt sie.

Seit 2007 werden Teile des öffentlichen Raumes polizeilich videoüberwacht (Visupol). Die Idee geht auf den damaligen Justizminister Luc Frieden (CSV) zurück. Zu Beginn waren lediglich drei Zonen der Hauptstadt betroffen: das Bahnhofsviertel, der damalige Hamilius und das Areal um den Limpertsberger Glacis, Kinnekswiss inklusive. Etwas später kam das Stadion Josy Barthel während Events hinzu, die Fußgängerbrücke am Pont Adolphe, das Konferenzzentrum in Kirchberg. Gesetzlich stand diese Maßnahme auf wackligen Beinen, mit einer großherzoglichen Regelung und einem schwammigen

[...]

In der Hauptstadt werden vier Zonen ständig bewacht: der Hamilius, das Bahnhofsviertel, Limpertsberg/Kinnekswiss und der Fußgängerweg Pont Adolphe

[Fortsetzung von Seite 3]

Datenschutzgesetz von 2002. 2018 wurde das Polizeigesetz reformiert und der Datenschutz geklärt. 2021, der grüne Henri Kox war Minister für Innere Sicherheit, wurde das Gesetz zu Visupol angepasst. Nicht ohne Bedenken der Menschenrechtskommission: Sie schrieb in ihrem Gutachten, man müsse tunlichst auf die Privatsphäre, die zu den Menschenrechten gehört, ebenso wie den Datenschutz achten. Außerdem könne Videoüberwachung dazu führen, dass Menschen sich nicht an politischen Demonstrationen beteiligen würden. Und dass das Risiko der Diskriminierung von ohnehin marginalisierten Gruppen im Raum stehe.

Henri Kox schloss die automatische Gesichtserkennung in seiner Gesetzesanpassung aus. CSV-Innenminister Léon Gloden überarbeitet derzeit das Gesetz, wie es im schwarz-blauen Koalitionsvertrag bereits angekündigt worden war. In welche Richtung es gehen wird, darüber wollte das Innenministerium diese Woche noch nicht kommunizieren. Klar ist, dass die Einführung von Visupol vereinfacht wird: Derzeit ist eine mehrjährige Prozedur, zu der die Polizei herangezogen werden muss, vonnöten; in Zukunft sollen Bürgermeister ihre Anfrage direkt stellen können. Und auch wenn Luxemburg sich an den europäischen AI Act halten muss, ist vorstellbar, dass KI und die automatische Gesichtserkennung insbesondere in der Strafverfolgung zugelassen werden. Allen voran soll die Gültigkeit der unterschiedlichen Zonen verlängert werden – von bisher drei auf nunmehr fünf Jahre. Das heißt, eine Evaluierung kommt erst nach fünf Jahren.

Eine Reihe Anwohner/innen werden sich über diesen Law & Order-Crackdown freuen. Vor allem im Bahnhofsviertel fordern sie seit Jahren mehr Maßnahmen, um die Sicherheit zu erhöhen. Einer gab im Gespräch mit dem *Land* gar an, sich im südafrikanischen Kapstadt sicherer als im *Garer Quartier* zu fühlen. Grundsätzlich ist der wiederholte Rückgriff auf das subjektive Empfinden der Bevölkerung als Basis von politischen Entscheidungen zu einfach. Denn Überwachungskameras sind Studien zufolge nur mäßig erfolgreich, wenn es darum geht, Kriminalität zu reduzieren – sie helfen eher in der Aufklärung von Straftaten. Es handelt sich um ein repressives Mittel, das oft als präventive Maßnahme verkauft wird. Eine Langzeitstudie, die 2019 im Journal *Criminology & public policy* erschien, kam zum Schluss, dass CCTV, wie das System in angelsächsischen Ländern genannt wird, vor allen Dingen in Parkhäusern gut funktioniert. Eine Studie, die der damalige grüne Minister für Innere Sicherheit François Bausch 2019 bei der Generalinspektion der Polizei in Auftrag gab, warf die Frage der Kostspieligkeit des Verfahrens und des tatsächlichen Mehrwerts auf. In lediglich einem Drittel der Fälle, in der die Staatsanwaltschaft das Visupol-Material sichtet, hilft es bei der Aufklärung weiter. Hierbei geht es vor allem um

Gewalttaten wie Schlägereien. Im Rahmen von Drogendelikten sind die Aufnahmen weniger hilfreich. Oppositionsparteien wie Grüne, LSAP und Linke gaben in der Vergangenheit ebenfalls den Verdrängungseffekt zu bedenken: Ist eine Zone videoüberwacht, droht sich die Kriminalität in die Wohnviertel hinein oder an andere Orte zu verlagern. Zu beobachten ist das im Bahnhofsviertel schon länger. Dort haben sich Drogenhandel und Prostitution in die Straßen Richtung Hollerich verlagert.

2025 scheinen die vielschichtigen Themen des Schutzes der Privatsphäre und des Datenschutzes in der öffentlichen Debatte Teilen der Bevölkerung weniger wichtig als die Sicherheit. Sie dominiert mit der Migration ganze europäische Wahlkämpfe, die politische Mitte sucht vergeblich nach Positionen, die sie in diesen Fragen sowohl vom rechten Rand abgrenzen und gleichermaßen Wege, sich frustrierten Wähler/innen anzubiedern. Ob sich in diesem Kontext politischer und ziviler Widerstand gegen die Ausweitung regen wird, ist demnach mehr als fraglich. Das, obwohl in Bonneweg und den geplanten Ausweitungen tausende Bürger/innen überwacht werden. „The increased prevalence of surveillance cameras in public places has led scholars to consider CCTV as a ‘banal good’ that has become part of everyday life, taken-for-granted by the public and subjected to little scrutiny by the media“, schreiben die Forscher in ihrer Analyse in *Criminology & public policy*.

„Die Frage ist, wie flächendeckend öffentliche Videoüberwachung sein kann, bis für eine demokratische Gesellschaft die Schmerzgrenze erreicht ist. Es ist ein Unterschied, ob man genau weiß, wo und wie und wie lange man aufgezeichnet wird, oder ob man fürchten muss, dass das überall geschieht“, erklärte Stefan Braum, Professor für Strafrecht an der Uni Luxemburg, dem *Land* vergangenes Jahr (*d’Land*, 9.2.2024). In der polizeilichen Analyse zum Bonneweger Viertel wird das Risiko der Verletzung der Privatsphäre für Anwohner/innen als hoch eingeschätzt. Dem will man entgegenwirken, indem die Hauseingänge und der Öffentlichkeit nicht zugängliche Orte genau wie in den anderen Zonen unwiderruflich maskiert werden. (Die Daten werden nach 60 Tagen gelöscht.) Das Risiko der Verletzung für Nicht-Anwohner/innen wird als mittel eingeschätzt. Dieses Problem soll der Analyse nach – absurderweise – so gelöst werden, dass die *non-résidents* die Möglichkeit haben, „sich der Videoaufnahme zu entziehen“. Wie das funktionieren soll, außer dass Nicht-Anwohner/innen den gesamten Radius schlichtweg meiden, wird nicht erklärt. Der IGP-Studie nach schauen sich etwa zehn Personen die flackerenden Aufnahmen an (Stand 2021). Dennoch bleibt es fast unmöglich, dabei „live“ bei einem Verbrechen einzugreifen. Die Quote des In-Flagranti-Ertappens liegt *Land*-Informationen nach bei etwa vier Prozent der gesamten Delikte. Sie ist über die Jahre gesunken, sicher auch, weil mehr Zonen hinzugekommen sind.

Es ist mehr als fraglich, ob sich gegen die Ausweitung politischer oder ziviler Widerstand regen wird

Das Voranschreiten der Sicherheit als dominierendes Thema lässt sich an der DP gut beobachten. Xavier Bettel pflegte vor mehr als einem Dutzend Jahre ein anderes Image. Als er 2011 Bürgermeister der Hauptstadt war und mit den Grünen den Schöffenrat leitete, erklärte er: „(...) Mais nous nous opposerons au système Visupol aussi longtemps qu’il sera considéré comme la solution aux problèmes. (...) Et de toute manière, le ratio entre le coût de Visupol et le bénéfice que la société peut en tirer est en déséquilibre. Je ne vois pas de plus-value, car la vidéosurveillance reste pour moi une atteinte à la vie privée.“

Es war eine andere Zeit. Heute ist der Griff zu Überwachungskameras als Methode, den Einwohner/innen mehr Sicherheit zu vermitteln, Routine geworden. Visupol wurde auf zwei Südgemeinden ausgeweitet: In Esch/Alzette hängen 25 Kameras um den Bahnhof („Wir sind nicht Gotham City, wir sind nicht Crime City“, dixit CSV-Bürgermeister Christian Weis), in Differdingen 38 („Hier kommt man sich vor wie im Wilden Westen“, dixit LSAP-Bürgermeister Pierre Altmeisch). Der LSAP-Bürgermeister Bob Steichen hat vergangenes Jahr eine Anfrage ans Innenministerium gerichtet, um den Ettelbrücker Bahnhof als Visupol-Zone etablieren zu lassen. Andere Gemeinden haben außerhalb der polizeilichen Überwachung in Eigeninitiative begonnen, Kameras zu installieren, um die Bürger/innen, die sich abends nicht mehr „alleine hinaustrauen“, wie das *Wort* Mitte Januar berichtete, zu beruhigen: In Echternach wird die liberale Bürgermeisterin Carole Hartmann zwei im Stadtzentrum befestigen lassen, um nach einer Gewalttat vergangenen Sommer ein Zeichen zu setzen.

Was die Ausweitung in der Hauptstadt angeht, werden Déi Lénk dagegen stimmen. Die Grünen werden das Gutachten „nicht mittragen“, sagt François Benoy, grüner Gemeinderat. Die LSAP hat unter ihrem Generationswechsel mit Maxime Miltgen und Gabriel Boisante einen anderen Weg eingeschlagen: Sie will dem Projekt zustimmen. ●



Eine Kamera vor dem Hauptsitz der Polizei am Findel

Sven Becker

« Peut-être préférable de renoncer »

Martine Solovieff l’avait prédit sur les ondes de *RTL-Radio* en octobre dernier, trois mois et demi avant son départ à la retraite : Le Conseil d’État ne laissera pas passer le projet de loi introduisant le « Platzverweis généralisé » et le « Aufenthaltsverbot ». L’ancienne procureure générale aura eu raison. Cette semaine, la Haute corporation a pondu un avis qui déconstruit l’ensemble du projet de loi, prononçant six oppositions formelles pour deux articles. Les promesses sécuritaires du Stater DP et du CSV, qui ont marqué les campagnes 2023, s’avèreront donc difficiles à tenir. À commencer par le bazooka que le ministre Léon Gloden voulait offrir à la bourgmestre Lydie Polfer, à savoir le pouvoir d’ordonner une interdiction « de pénétrer dans un ou plusieurs périmètres déterminés » aux auteurs de simples incivilités (et ceci pour une durée de trente jours). Le Conseil d’État note sèchement : « Il serait peut-être préférable de renoncer à cette partie de la réforme ».

Le « risque d’arbitraire » serait trop important. Car c’est au bourgmestre de prendre la décision de cet exil temporaire, en se basant sur les seuls rapports d’éloignement que lui soumet la Police. « La loi en projet reste muette sur le point essentiel des critères en fonction desquels le bourgmestre ordonne une interdiction temporaire de lieu », note le Conseil d’État. Pour ne rien arranger, la personne visée n’est

pas en mesure de faire valoir ses explications : « Aucune voie de recours n’est formellement prévue ». Même le Syvicol n’est pas unanime sur la question. Son avis fait le grand écart. On parle d’une « innovation majeure » mais qui, étant donné sa « gravité », serait à employer « avec une grande circonspection ». Face au *Land*, le député-maire de Dudelange, Dan Biancalana (LSAP), ne dit ne pas vouloir d’un tel pouvoir « disproportionné » qui le mettrait « très mal à l’aise ». À voir si les bourgmestres socialistes *law & order* Guy Altmeisch (Differdange) et Bob Steichen (Ettelbruck) suivront la ligne de leur président de parti.

Quant au « Platzverweis élargi » (Henri Kox l’avait introduit pour les seules entrées et sorties d’immeubles), il apparaît, lui aussi, problématique aux yeux du Conseil d’État. Les notions du texte seraient actuellement « trop vagues » pour justifier une restriction des libertés publiques. Le projet de loi vise toute personne qui « se comporte de manière à importuner des passants ». Le Conseil d’État réplique : « Le fait d’importuner une personne ou d’être importuné par une autre personne peut difficilement être cerné par des critères objectifs, mais est le résultat d’une appréciation subjective ». En passant, le Conseil d’État rappelle que « la Police grand-ducale est placée sous l’autorité du ministre [...] ». Elle n’est pas placée sous l’autorité du bourgmestre ». À bon entendeur ! BT



Philippe Poirier, le titulaire de la chaire en études parlementaires, ce mardi à la Chambre des députés

Trendsetter

IIII Bernard Thomas

Peut-on se fier aux enquêtes Polindex publiées par la chaire en études parlementaires ?

Présenter en février 2025 un sondage réalisé en mai 2024, voilà qui crée une impression de déphasage. La Chambre des députés et sa chaire en études parlementaires conviaient ce mardi à une conférence de presse pour présenter un *best of* des données de l'enquête Polindex, pour la plupart publiées il y a neuf mois déjà. Au président de la Chambre, le sondage du printemps dernier a offert l'occasion de discourir avec gravitas sur les dangers encourus par la démocratie et de partager « quelques réflexions ». « Demokratie ass kee Selbstleifer », a-t-il répété comme un mantra. Claude Wiseler (CSV) s'est surtout inquiété pour les plus jeunes : Seulement 65 pour cent des Luxembourgeois âgés de 18 à 24 ans estiment que la démocratie est « la meilleure forme de gouvernement ». « La réponse devrait pourtant être évidente ! », a lancé Wiseler. Il se sentirait « responsabilisé » par ce chiffre (que Polindex décrit comme « le plus inquiétant » de son étude). Il faudrait désormais « déterminer plus en profondeur » ce que ces données « veulent dire exactement », a annoncé Wiseler. L'opération de com' s'est révélée un succès. La presse en a fait ses unes : « La démocratie a pris un coup » (*Le Quotidien*), « Demokratie mit Wachstumsproblemen » (*Tageblatt*), « Ein Drittel der Bürger hält Demokratie für 'ineffektiv' » (*Wort*). Avec pourtant des accents critiques. Le quotidien de Mediahuis s'étonne ainsi de la présentation tardive. Le journaliste de *Radio 100,7* cite, lui, « un participant » à la conférence qui lui aurait glissé en amont : « Il y a un peu tout et son contraire ».

En septembre 2023, Fernand Fehlen avait jeté un pavé dans la mare, en dédiant sa chronique dans *Forum* aux enquêtes Polindex. Les médias en commenteraient les résultats en long et en large, en oubliant toutefois que les bases empiriques seraient « bancales », écrivait le vétéran de l'analyse électorale. La méthodologie statistique de son successeur Philippe Poirier risquerait de produire du « Datenschrott ». C'est que les 1 558 personnes interrogées pour Polindex sont intégralement issues de MyPanel, le réservoir de volontaires à partir duquel Ilres distille ses échantillons supposés représentatifs. Il s'agit de 18 000 internautes qui ont fait la démarche proactive de s'inscrire chez Ilres, prêts à donner leur avis sur tout et n'importe quoi. Ce « Selbstselektionseffekt » risque de créer une distorsion. À cela s'ajoute un autre biais : Les panélistes sont rémunérés pour leur participation. « Entre dix et quinze euros pour un questionnaire d'une durée de trente à quarante minutes », lit-on dans l'introduction de Polindex.

Ce mardi, Poirier a estimé qu'il fallait autour de 45 minutes pour remplir le questionnaire. Ce qui paraît peu pour répondre à plus de 80 questions.

(Dans sa version déposée à l'Autorité de l'audiovisuel, le questionnaire fait 103 pages.) Or, la qualité d'un sondage est inversement proportionnelle à sa longueur. Plus il dure, plus les internautes sont tentés de cliquer vite pour s'en extirper. De nombreuses questions se révèlent très techniques. Dans l'édition 2024, on demande ainsi aux participants ce qu'ils pensent d'« une harmonisation fiscale de l'impôt sur les sociétés dans le domaine du numérique » ou d'« un marché intérieur des banques, placé sous l'autorité directe de la Banque centrale européenne ». D'autres questions peuvent laisser perplexes. Le sondé est ainsi prié de compléter la phrase : « Je voterai volontiers pour une femme parce qu'elle incarne... » par des mots comme « la précision », « l'ambition » ou « la sensibilité ».

Le recours à Internet s'imposerait ne serait-ce qu'à cause de la longueur des questionnaires, remarque Philippe Poirier. Le professeur de science politique à l'Uni.lu défend le recours à MyPanel comme « une méthodologie éprouvée en sciences sociales », utilisée également par « les grandes institutions avec lesquelles nous sommes en réseau » : « Nous ne pouvons pas rester dans des solutions techniques et des débats tranchés voilà déjà depuis plus de quinze années ». Les sondages en ligne continuent pourtant à être critiqués dans la communauté des statisticiens. Fin 2021, *Le Monde* a publié un long reportage sur « la fabrique opaque des sondages » et ces panels « sans véritable contrôle ni régulation ». Martial Foucault, le directeur du Centre de recherches politiques de Sciences Po (sur les enquêtes duquel l'équipe de Poirier se base en partie), s'y interroge sur les limites : « Quel est le profil sociologique des gens qui ne seront jamais dans les panels ? Les non-répondants, c'est une question majeure et on ne sait rien là-dessus. »

« À mon époque, on insistait toujours sur du cinquante-cinquante [téléphone et Internet] pour toute étude politique », dit Tommy Klein. Aux yeux de ce transfuge d'Ilres au Parti pirate, MyPanel attirerait un certain type de « profil », à savoir « ceux qui s'intéressent à l'actualité et qui aiment donner leur avis ». (Ce qui pourrait expliquer pourquoi 54 pour cent des sondés de Polindex estiment que les citoyens devraient être consultés par référendum pour les enjeux politiques importants.) « Cela a le mérite d'exister », relativise de son côté Charles Margue. Lex-député écolo (et ancien n°2 d'Ilres) estime que la décision de passer exclusivement par Internet serait « purement budgétaire » : « D'ailleurs, je ne l'approuvais pas ». Or, ajoute-t-il, Polindex donnerait toutefois « des tendances valables ».

Philippe Poirier s'est avancé très loin pour appuyer la validité de sa méthode : « Nous avons donné

exactement le résultat au siège près pour chaque parti ! », a-t-il déclaré lors de la conférence de presse de ce mardi. Relancé le lendemain via mail, il maintient son affirmation : « Nous avons publié des analyses en 2023 sur les transferts des votes entre partis potentiels et des panachages d'après Polindex. C'est ce qui nous a permis d'envisager, avant les élections, la distribution des sièges. » Or, on ne trouve pas de trace d'un tel pronostic dans les 105 slides présentés aux députés en juin 2023. Au contraire : « Polindex ne saurait être un instrument [...] de prédictibilité quant aux résultats des législatives », lit-on dans la note de recherche de septembre 2023. Étant donné la loterie des *Reschtsëtz* – quatorze en 2023, dont certains gagnés à quelques dizaines de voix d'écart –, un tel exercice aurait d'ailleurs été des plus hasardeux. « Nous avons communiqué oralement les prévisions au Bureau [de la Chambre] et, à chaque fois, répondant aux questions de certains députés », assure Poirier dans un mail au *Land*.

« Je ne me rappelle pas de réunions où de tels pronostics auraient été avancés. Et croyez-moi, je m'en souviendrais si cela avait été le cas », dit l'ex-chef de la fraction socialiste, Yves Cruchten. Même son de cloche chez l'ancienne présidente du groupe écolo, Josée Lorsché : « Les tendances oui, il en parlé. Par exemple que les migrations d'électeurs et les intentions des primo-votants ne nous étaient pas favorables. Mais il n'a pas fait de pronostics sur la distribution des sièges. » « Il nous parlait de tendances, il pensait par exemple que les Verts allaient perdre, ce qui était *obvious*, ou que l'ADR allait gagner, tout comme le CSV », se rappelle le Pirate Sven Clement. « Quant à notre score, il nous disait qu'il n'allait pas être aussi haut que ce que les sondages projetaient, ce dont nous étions conscients. » Le chef de la fraction libérale, Gilles Baum, dit ne se souvenir que vaguement : « Il nous avait pronostiqué onze ou douze sièges... Donc certainement pas de sièges supplémentaires, mais une perte ou une stagnation. » (Le DP finira par en gagner deux.)

En relisant l'édition 2023 de Polindex, on se rend pourtant compte que les grandes tendances qui y sont esquissées n'étaient pas à côté de la plaque. « La part croissante des plus hauts revenus profiterait avant tout aux libéraux ; cependant, les électeurs chrétiens-sociaux semblent avoir le revenu moyen qui correspond le mieux au salaire moyen du pays », lit-on à la page 11. Puis, à la page 23 : « Le Parti chrétien-social, actuellement dans l'opposition, semble être le plus populaire parmi les électeurs du niveau d'éducation secondaire, majoritairement méfiants, ce qui lui conférerait un avantage supplémentaire ». Enfin à la page 26 : « Ce sont les électeurs du Parti démo-

cratique qui montrent la plus grande tendance au panachage ». En creux se dessinait ainsi la perspective d'une alliance noire-bleue. À trois mois et demi du scrutin, Poirier estimait d'ailleurs face à *Paperjam* que « la coalition la plus probable est une coalition DP-CSV ».

Autour des données fournies par Ilres, Philippe Poirier tente de construire un discours qui dit s'inspirer de la théorie des clivages, de la relation « matérialiste/post-matérialiste » ou encore du concept jungien de « l'individuation ». Dans les faits, les rapports analytiques (d'une quarantaine de pages) restent relativement rudimentaires. Quant aux conclusions, elles sont d'ordre générique. Celles de 2023 pointe ainsi « un renouveau des valeurs 'matérialistes' plutôt que 'post-matérialistes' », celle de 2024 « un déplacement matérialiste de l'électorat ». Les données de base ne sont, elles, pas publiées (le député Sven Clement en avait fait la demande que la chaire avait refusée), sauf sous forme d'une avalanche de slides Powerpoint plus ou moins bâclés.

Philippe Poirier s'est efforcé ce mardi de présenter son enquête 2024 dans une perspective longitudinale et comparatiste, faisant défiler une quarantaine de slides en une vingtaine de minutes. Une batterie de chiffres, de barres et de camemberts. À l'issue de cette présentation, Claude Wiseler a remarqué que certaines données étaient « contradictoires ». Ainsi, 77 pour cent des Luxembourgeois se disent satisfaits avec le « fonctionnement de la démocratie ». En même temps, 54 pour cent des sondés disent éprouver de la « méfiance » vis-à-vis de la politique. (Un taux qui est de 29 pour cent en Allemagne et de 37 pour cent en France.) La tentation autoritaire n'est jamais loin. Poirier a ainsi pointé un chiffre qui constituerait « un risque systémique » : Un tiers des sondés se disent d'accord avec la phrase « en démocratie rien n'avance, il vaudrait mieux moins de démocratie mais plus d'efficacité ». (Chez nos grands voisins, ce taux a explosé, et atteint désormais 48 pour cent en France et 44 pour cent en Allemagne.)

En 2011, la Chambre des députés a conclu son premier accord avec l'Uni.lu pour la création d'une chaire en recherches parlementaires. En 2022, la quatrième convention a été signée. Elle court jusqu'en 2026. L'équipe dirigée par Poirier s'est vue allouer le montant de 810 000 euros, une hausse de 130 000 euros. Or, Polindex a laissé tomber ce qui, à l'origine, constituait sa raison d'être : l'analyse des résultats électoraux. « Nous ne faisons plus depuis 2019 les analyses sur les bulletins réels que nous avons faites entre 1999 et 2019 », explique Poirier. « Dans la chaire, les ressources humaines sont limitées et les projets de recherche sont nombreux. Polindex n'est qu'un des projets de la chaire. » Une tradition cinquantenaire prend ainsi fin dans l'indifférence générale. Les premières analyses réalisées pour la Chambre remontent au scrutin 1974, lorsque Michel Delvaux et Mario Hirsch, assistés par des politologues belges du Crisp, épluchaient les bulletins de vote pour percer les « matrices de proximité » et les mystères du panachage.

Alors que la date de péremption des sondages est éminemment courte, certains résultats de Polindex 2024 n'ont toujours pas été publiés. C'est le cas de « Est-ce que l'Eurovision est une manifestation importante de la culture européenne ? ». C'est également le cas des questions autour du conflit au Proche-Orient. Pour l'édition 2025, Poirier et son équipe comptent y revenir en une demi-douzaine de questions, notamment sur le mandat d'arrêt contre Netanyahu et la reconnaissance de la Palestine. (Le questionnaire, dont le *Land* s'est procuré une copie, reste un document de travail provisoire, le Parlement pouvant encore en réviser l'un ou l'autre élément.) Certaines questions transplantent un à un les termes du débat français au contexte luxembourgeois. On peut ainsi lire dans le *draft* : « Les pogroms du 7 octobre 2023 (massacres de juifs civils, prises d'otage, viols de femmes en série, etc...) sont une nouvelle manifestation de l'opposition entre l'Occident et l'islamisme ». Une vision essentialiste et civilisationnelle par rapport à laquelle les sondés sont priés de se positionner sur une échelle de 1 à 10, allant de « pas du tout d'accord » à « tout à fait d'accord ». ●

B L O G



POLITIK

Bettel gegen Sanktionen

Xavier Bettel (Foto: sb) verhinderte am Montag bei einem Treffen der 27 EU-Außenminister ein Sanktionspaket gegen ruandische Offiziere und die Miliz M23. Sie nehmen im Ostkongo Territorium ein und töteten dabei bisher um die 7 000 Menschen. In einer Pressemitteilung erklärt Xavier Bettel, man solle „die Ergebnisse der afrikanischen Vermittlungsbemühungen“ abwarten, „bevor Sanktionen umgesetzt werden“. Scharf kritisiert hat déi Lénk diese Entscheidung in einem Presseschreiben. Die Piraten und déi Gréng stellten parlamentarische Anfragen, um mehr über die Beziehungen zwischen Ruanda und Luxemburg zu erfahren. SM

Ehrensache

Flavio Becca, Geschäftsmann und Immobilieninvestor, hat

vergangenen Freitag einen Prozess gegen *RTL* in erster Instanz verloren. Er hatte das Medium im Rahmen der „Aurenaffär“ aufgrund von vermeintlicher Rufschädigung verklagt. Der damalige *RTL*-Journalist Eric Ewald hatte die Geschehnisse um die geplanten Geschäftsprojekte in Wickringen/Livingen in einem Artikel erklärt und die Korruptionsaffäre der Luxusuhren aufgegriffen. Becca hatte in der hiezulande größten Slapp-Klage insgesamt 365 000 Euro Schadensersatz verlangt. In ihrem Urteil schreiben die Richter, dass der Verdacht auf Geldwäsche schon lange in der Presse bekannt war und Flavio Becca, obwohl er „kein Filmstar“ ist, trotzdem als öffentliche Person zu gelten hat. Die Allgemeinheit habe demnach ein gerechtfertigtes Interesse, Informationen zu diesen Affären zu erhalten. Die Richter schätzen die Klage des Geschäftsmannes als ein Einschüchterungs- und Drohversuch ein „avec injonction de lui conférer un traitement préférentiel au vu (...) des autres procédures judiciaires en cours“. Becca muss dem Journalisten 1000 Euro für die Anwaltskosten zahlen. Ob der Kläger in Berufung geht, steht noch nicht fest. ^{SP}

SpaceLU-Gesetz

In der jüngsten Ausgabe der *Blätter für Politik* geht die Historikerin und Journalistin Jennifer Stange auf die Privatisierung des Weltraums ein. Luxemburg erließ 2017 als zweiter Staat, nach den USA unter Obama, ein Gesetz, das Unternehmen den Abbau von Ressourcen im Weltraum erlaubt. Seitdem sei das Großherzogtum zu einem „Heimathafen der Weltraumwirtschaft und ihren Lobbyorganisationen“ mutiert. Rechtswissenschaftler wie Stephan Hobe von der Universität Köln argumentieren, es existiere dennoch „keine internationale Vereinbarung, die das Geschäft privater Akteure im Weltraum legitimiert“. Denn die UNO verhandelten in den 1960er-Jahren einen Weltraumvertrag, in dem extraterrestrische Gebiete als Gemeingut definiert wurden. Am Luxembourg Centre for European Law sieht man das anders: dessen Jurist Günes Ünüvar hält es nicht für „realistisch“, Privatunternehmen „zu verbieten, Weltraumressourcen zu nutzen oder zu besitzen“. Er verweist darauf, dass der Weltraumvertrag sich nicht über Privatunternehmen äußert. Vielleicht weil man



sich vor 65 Jahren noch keine Privatunternehmer vorstellen konnte, die auf den Mars wollen. Unter der ersten Trump-Regierung wurde bereits ein Dekret erlassen, wonach der Weltraum nicht mehr als „globales Gemeingut“ gilt (und wurde bis 2025 nicht von den Demokraten revidiert.) SM

U M W E L T

Inakzeptabel

Es sei „absolut inakzeptabel, dass es keine fachliche Grundlage für die vorgeschlagenen Ausgleichsmaßnahmen des Umweltministeriums gibt“, rief Méco-Präsidentin Blanche Weber während einer Pressekonferenz über die Reform der Naturschutzgesetzgebung am Mittwochmorgen durch den Versammlungsraum. „Méi a méi seier bauen“, lautet das Motto der DP-CSV-Regierung und die Begründung für ihre Naturschutzgesetz-Reform. Eigentlich sei die Idee begrüßenswert, „pauschal“ große Natur-Ausgleichsprojekte anzugehen, doch das von Serge Wilmes (CSV) geführte Ministerium gehe blind vor: Es bestehe kein Inventar von der

vorhandenen Artenvielfalt auf bebaubaren Parzellen – somit ist unklar, ob und wie besonders schützenswerte Arten erhalten bleiben. Laut EU-Gesetzgebung muss jedoch eine längerfristige Erhebung von seltenen Arten, wie unter anderem der Haselmaus, dem Uhu, heimischen Orchideenarten und dem Königsfarn gewährleistet werden. „Auch Pionierbäume sind in Siedlungsräumen im vorliegenden Gesetzesvorschlag nicht mehr geschützt“, sagt Claire Wolff, Biodiversitätsbeauftragte des Méco. Falls das Ministerium nicht nachbessert, will das Méco sich an den Europäischen Gerichtshof wenden. Blanche Weber bedauerte zudem, dass oftmals insinuiert werde, das Naturschutzgesetz bremse Bauvorhaben. „Aber die Kommunen haben andere Herausforderungen, sie befürchten beispielsweise Folgekosten durch Bevölkerungswachstum. Außerdem stehen fünf bis zehn Prozent aller Häuser leer“, so die Méco-Präsidentin. SM

BILDUNG

Zurück in den Körper

Der liberale Bildungsminister Claude Meisch (Foto: sb) stellte im Rahmen der Screen-Life-Balance Kampagne analoge Angebote im Sinne einer Reduzierung der Bildschirmzeit bei jungen Menschen vor. Die Angebote richten sich an Kinder im Alter von null bis zwölf Jahren: Die Bëschchrëchen sollen ausgebaut und attraktiver werden; in den Maison Relais soll sich schon ab der



Rentrée 25/26 täglich mehr bewegt werden; die LASEP will ihrerseits ihr Angebot steigern und jeden Tag zwei solcher Kurse anbieten. Die Betreuungsstrukturen kriegen Geldspritzen, um in Gesellschaftsspiele (Ludotheken) zu investieren, die Erzieher/innen werden stärker darin ausgebildet, wie digitale Medien sinnvoll in den Alltag der Kinder und Jugendlichen eingebaut werden können. Schüler/innen der Septième, Sixième und Cinquième werden sukzessive in den Genuss von drei statt zwei wöchentlichen Stunden Sportunterricht kommen. Das SNJ baut außerdem die Ferienlager mit Fokus auf Sport aus. ^{SP}

BERICHTIGUNG

Denkmalschutz

Paul Ewen, Präsident der Lëtzebuenger Denkmalschutz Federatioun, ist Neuropsychologe im Hauptberuf und nicht Psychotherapeut, wie in der Ausgabe vom 21. Februar im Artikel „Graue Energie“ dargestellt. Die dort ebenfalls genannten „180 000 Wohneinheiten“ sind keine Schätzung Ewens, sondern eine des Institut national pour le patrimoine architectural. Wie es auch das Inpa ist, das empfiehlt, 21 038 Gebäude (nicht 21 000 Wohneinheiten) in den kommunalen PAG als „construction[s] à conserver“ auszuweisen.

|||||

Duschen mit der LSAP

||||| Peter Feist

„Es muss eine Garantie für stabile und erschwingliche Strompreise geben.“ So lautet die politisch brisanteste der zehn Forderungen, die am Mittwoch die LSAP-Fraktion zum Thema Strom machte. Auch würde sie fürs laufende Jahr den vollen Preisdeckel wieder einführen. Und am Jahresende prüfen, ob weiter gedeckelt werden sollte. Schon das stellt die in der EU seit rund 30 Jahren geltende Marktliberalisierung in Frage. Die Garantie-Idee rührt daran noch mehr. Denn die Preise auf der Produktseite soll der Markt regeln, die Netzegebühren legt ein unabhängiger Regulateur fest, in Luxemburg das ILR. „Ich weiß, dass wir das nicht zurückgedreht bekommen“, sagte der Abgeordnete und Ex-Minister Georges Engel auf der Pressekonferenz mit Fraktions-

chefin Taina Bofferding und dem Abgeordneten Ben Polidori. „Wir müssen aber eine Handhabe auf den Preisen behalten.“

Wie, wäre die interessante Frage. Die nun höheren Endpreise auf der Stromrechnung sind in erster Linie Folge des nur noch halben Preisdeckels auf dem Strom selber. Erst in zweiter Linie haben sie mit den neuen Netzegebühren zu tun; jedenfalls geht das aus zwei Beispielrechnungen hervor, die die LSAP präsentierte. Dass der Deckel irgendwann aufgehoben würde, war ihr klar, als sie ihn in der vorigen Regierung mittrug. Ihn weiterzuführen, wäre irgendwann marktverzerrend und gegen die EU-Regeln. Wie damit umzugehen wäre, um den Deckel auszuweiten und vielleicht weiter-

gelten zu lassen, ist die LSAP sich offenbar nicht sicher. Auch nicht darin, für wen sie sich einsetzt. Für Leute mit kleinen Einkommen vielleicht, denn sie möchte die „Energieramut“ neu definieren? Oder für die „Mittelschicht“, die besonders „bei d’Lisette gelooss“ wurde, wie Taina Bofferding findet?

Vielleicht für beide. Vor allem versucht die LSAP, ihre Rolle als größte Oppositionspartei zu spielen. Verglichen mit Grünen und Linken äußert sie sich zu den Strompreisen spät, versucht nun mit umso mehr Nachdruck, das anhaltende Rumoren um die Preise gegen die Regierung und DP-Wirtschaftsminister Lex Delles zu wenden. „Man kann doch von den Leuten nicht verlangen, die Kinder nachts um

zwei aus dem Bett zu holen, weil dann das Duschen billiger ist!“, trumpfte Georges Engel auf. Wie vielleicht Gilles Roth aufgetrumpft hätte, wenn er noch in der Opposition wäre. Dabei hatten Delles’ Beamte die neuen Netzegebühren mit dem ILR bis Ende vorigen Jahres gegenüber ersten Ankündigungen, die das ILR im Herbst gemacht hatte, geändert: Nur für Elektroautobesitzer soll ein über die Zeit gestreckter Verbrauch sich auszahlen. Beziehungsweise rasches Laden bei Volllast teuer werden. Die Heizung abends nicht einzuschalten, sollte nicht die Botschaft sein. Breit mitgeteilt aber wurde das nicht. Sodass Taina Bofferding nicht Unrecht hatte mit der Feststellung: „Die Leute finden sich nicht mehr zurecht. Es herrscht das reinste Chaos.“ ●

Der Tag danach

IIII Claire Meyers

Wie deutsche Wähler/innen, zwei Zeugen Jehovas und eine Luxemburgerin auf die Wahlergebnisse blicken



Eine Frau belädt ihren Porsche mit Klopapier

Es ist Montag, 13:00 Uhr, der Parkplatz vor dem Droge-riemarkt dm in der Dörrwiese in Perl ist halb voll. Gut gefüllte Einkaufswagen werden über den Parkplatz geschoben, Menschen treten mit vollen Armen hinter der Schiebetür des dm-Ausgangs hervor, Autos werden beladen. Einige spazieren an dem gegenüberliegenden Kik vorbei, andere holen sich was zu essen beim Asia Imbiss nebenan. Das *Land* verbringt den Nachmittag auf dem Parkplatz, um sich mit Passanten über die Wahl zu unterhalten.

„Zufrieden? Ja, das bin ich. Der Politikwechsel und dass es eine Zweiparteienmehrheit gibt, stimmen mich zuversichtlich. Zu zweit ist es einfacher zu regieren“, erzählt ein älterer Herr, der neben seinem Auto steht. „In Deutschland ist es so, dass wenn Schwarz an der Macht ist, die Wirtschaft besser läuft als bei Rot. War schon immer so. Und wenn die Wirtschaft brummt, dann geht es auch den Leuten gut. Außerdem komme ich aus Bayern, da wählt man schwarz. Egal wie die Situation gerade ist“, führt er aus. Zur SPD merkt er an, die brauche „neue Politiker, die was darstellen. Die haben zurzeit keine Sympathieträger“. Danach verweist seine Frau ungeduldig auf die Zeit. Das Paar verabschiedet sich und zieht weiter Richtung dm.

Am Dreiländereck gelegen, ist der dm in Perl mit seinen 1 250 Quadratmetern der größte in Europa. Billiges Klopapier, Windeln und Putzmittel sowie eine breite und günstige Auswahl von Kosmetikprodukten und Lebensmitteln garantieren große Beliebtheit in der gesamten Umgebung: Auf dem Parkplatz stehen Autos mit Kennzeichen aus Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg, den Niederlanden und sogar der Schweiz. Vom gelben Porsche-Cabrio bis zum kleinen Toyota sind Autos jeder Preiskategorie vertreten.

„Ich bin froh, dass Die Linke noch reingerutscht ist. Mal schauen, ob die noch bisschen die Waage halten können bei diesem ganzen braunen Mist.“

Christina

Die Wahlplakate in den umliegenden Straßen erinnern an den vorherigen Tag: Deutschland hat gewählt. Der Wahlsieg der Union hat einen bitteren Nachgeschmack – die Volkspartei hatte sich mehr als nur 28 Prozent erhofft. Die SPD hat eine historische Niederlage erlitten, die FDP ist aus dem Bundestag raus und die Grünen haben im Vergleich zu den Ampelpartnern wenig verloren. Nur an den Rändern des politischen Spektrums wurde gejubelt. Die AfD konnte ihren Stimmenanteil auf 20 Prozent verdoppeln und Die Linke ist mit ihren acht Prozent überraschenderweise nicht aus dem Parlament geflogen. Das BSW, das zum ersten Mal bei einer Bundestagswahl angetreten ist, scheitert an der Fünf-Prozent-Hürde. In den an Luxemburg grenzenden Wahlkreisen Saarlouis, Trier und Bitburg wurde die CDU dreimal stärkste Kraft. Alle andern Parteien schnitten ähnlich ab wie auf der Bundesebene.

„Ich bin gar nicht zufrieden mit den Ergebnissen, nein. Die hohe AfD-Zustimmung finde ich ganz schrecklich. Dass der Osten komplett blau ist, finde ich schlimm“, meint Christina, die gerade ihren Einkaufswagen abstellt. Sie wohnt in Perl und arbeitet in der Pflege psychisch kranker Menschen. „Da ist ein totaler Rechtsruck“, stellt sie fest. „Ich meine, es ist viel schiefgelaufen und man hätte sicher einiges anders machen können. Aber ich finde die momentane Entwicklung nach rechts schlimmer. Für die Wahl 2029 habe ich ein sehr beängstigendes Gefühl. Vor allem wegen der Kleinen hier“, erzählt die junge Frau, während sie sich über den Bauch fährt. „Ich war wählen, aber es ist mir sehr schwergefallen, mich mit einer Partei zu identifizieren.“ Im Endeffekt habe sie die gleiche Partei gewählt wie 2021. „Bei den großen Parteien habe ich immer das Gefühl, zwischen Pest und Cholera zu entscheiden. Ich denke aber, dass da die SPD das kleibe Übel ist“, erklärt sie.

[...]

[Fortsetzung von Seite 7]

Für sie gab es kein spezifisches Thema, das ihr besonders wichtig war bei der Wahlentscheidung. „In erster Linie ging es mir darum, diesen Rechtsruck nicht zu unterstützen und dagegen zu steuern. Wenn so viele schlimme Dinge passieren, kann man nicht immer nur eine Gruppe dafür verantwortlich machen und den Schuldigen bei den Schwachen suchen. Da muss der Einzelfall mehr betrachtet werden“, erklärt sie. „Ich bin froh, dass Die Linke noch reingerutscht ist. Mal schauen, ob die noch bisschen die Waage halten können bei diesem ganzen braunen Mist.“

Zwei Jugendliche verlassen gerade mit einigen Snacks in den Händen das Geschäft. Wie sie zum Wahlergebnis stehen, können sie nicht sagen. „Wir sind Zeugen Jehovas. Natürlich ist es schlimm, was gerade in der Welt passiert, aber wir wählen keine Regierungen. Wir vertrauen darauf, dass Gott sich um alles kümmert. Deswegen dürfen wir auch nicht über Politik reden“, erklärt der Ältere der beiden. Er erzählt, sie seien vor ungefähr drei Jahren aus der Ukraine nach Deutschland gekommen. Der Jüngere der beiden gehe in Perl zur Schule.

Weiter hinten auf dem Parkplatz, vor dem Kik, stehen ein Mann und zwei Frauen um ihr Auto und rauchen. Als die Verfasserin dieser Zeilen sie auf die Wahl anspricht lachen alle drei. Die beiden Frauen verweisen auf den beistehenden Mann, der sich als Thorsten mit Th vorstellt. „Ich bin sehr zufrieden mit den Wahlergebnissen“, sagt er gelassen. „Es ist klar, dass sich was ändern muss. Ich finde es nur schade, dass

man immer noch versucht, die AfD überall zu isolieren. Ich hoffe, dass die Leute das nicht mehr hinnehmen und sich dafür einsetzen, berücksichtigt zu werden. Man merkt ja, die Leute wollen, dass da was passiert.“

Das restliche Gespräch enthält viele Widersprüche. Die Wirtschaft hat, ähnlich wie für den älteren Herrn, auch für Thorsten eine zentrale Rolle bei der Wahlentscheidung gespielt. „Es muss wieder mehr in Deutschland produziert werden. Das Produzieren im Ausland und die Abhängigkeit von anderen Ländern wie Russland, das darf nicht sein“, erklärt er. „Deutschland sollte wieder selbst für sich sorgen. Und zwar für sich und nicht für andere. Was Deutschland alles im Ausland bezahlt, das geht doch nicht. Wir Deutschen schicken Geld nach Spanien, wenn es da brennt, aber ich habe keinen Spanier gesehen, der im Ahrtal geholfen hat. Wir haben da immer noch diesen Schuldstempel von damals. Wir kriegen den aufgedrückt, damit wir zahlen. Wir Deutschen sind immer noch die bösen Nazis.“ Auf die Nachfrage, wann genau man ein Nazi ist, antwortet er: „Keine Ahnung. Ich bin deutsch und das sollte man sehen. Ich mag das Radikale nicht.“

Thorstens Partnerin, deren kurzen Haare blau gefärbt sind, meint: „Mir gefällt es nicht, wie die AfD immer schlecht gemacht wird. Egal was sie machen, nichts ist gut genug“. Sie beklagt, dass die Partei von den Medien immer in die rechte Szene geschoben werde. „Man muss bei der Frau Weidel nur die Freundin ankucken. Also bitte. Ich finde das nicht in Ordnung. Die Frau Weidel ist eine klasse Frau, und die könnte schon was bewegen“, beteuert sie. Thorsten fügt hinzu: „Die Medien erzählen nur, wie schlecht und böse die AfD ist. Propaganda

„Es ist klar, dass sich was ändern muss. Ich finde es nur Schade, dass man immer noch versucht, die AfD überall zu isolieren.“

Thorsten

hieß das früher.“ Er schaue hauptsächlich den lokalen Sender, N-TV oder N24. „Dann nehme ich mir bei jedem Sender das raus, was für mich passt. Was ehrlich ist und keine Propaganda ist“, erklärt er.

Thorstens Partnerin verabschiedet sich, sie muss zur Arbeit. Nach der kurzen Unterbrechung erzählt er rauchend weiter. „Wenn ich diese Kontrollen da oben auf der Autobahn sehe, frage ich mich, was der Spaß gekostet hat und was es uns bringen soll. Es muss in dem Land anfangen, wo die Leute herkommen. Das sind alles junge Männer aus irgendwelchen Ländern und deren Familie sitzen dann da noch im Krisengebiet. Warum kämpfen die nicht für ihr Land? Warum ändern die nicht was? Die wollen hier dann Geld, um das nach Hause zu schicken, damit man da leben kann. Geändert hat sich dadurch aber nichts. Die nehmen alles hin, ohne was zu ändern. Das kostet den Staat Geld ohne Ende, und das kann ich nicht vertreten. Hier sind die Grundnahrungsmittel unfassbar teuer. Der Führerschein zum Beispiel kostet zwei- bis dreitausend Euro. Geht's noch? Was berechtigt denn solche Preise? Irgendwann sind wir ein Entwicklungsland.“ Der Rückfrage, ob linke Parteien nicht eher Politik für Menschen mit weniger Geld machen, weicht er aus. Zum Abschied meinte er noch: „Hat mich gefreut. Ich mag Menschen. Ich liebe es mit Leuten zu reden“.

Neben den Einkaufswagen steht Anna, eine Luxemburgerin, die in Perl wohnt und in Deutschland arbeitet. Wie die Wahl ausgegangen ist, wusste sie noch nicht. „Ich hatte in letzter Zeit nicht die Kapazitäten, mich viel mit der Wahl zu beschäftigen. Ich bin nicht wahlberechtigt hier, sonst hätte ich den Wahlkampf aktiver verfolgt“, erklärt sie. „Generell bin ich eher für linkere Regierungen, die konservativen Parteien stagnieren mir zu sehr. Man muss auch die kleinen Leute berücksichtigen, die für ihren Mindestlohn schwer arbeiten gehen.“

Die Grenzkontrollen sind für Anna ein zentrales Thema. Die seien „totaler Quatsch“, betont sie. „Das spaltet nur. Ich habe ein deutsches Kennzeichen und man kriegt die Unzufriedenheit und Wut der Menschen zu spüren, wenn man in Luxemburg mit dem Auto unterwegs ist. Während Corona war es noch schlimmer. Die deutschen Arbeitskollegen meiner Mutter, die in Luxemburg lebt und arbeitet, haben die Reifen aufgeschlitzt bekommen. Es treibt die Menschen auseinander und gegeneinander. Im Moment haben wir genug Probleme mit Hass und Wut, das muss nicht auch noch vom Staat gefördert werden“, erzählt die junge Frau, bevor sie ihren Einkauf beginnt.

Carsten Becker, der AfD-Kandidat für den Wahlkreis Saarlouis, in dem auch Perl liegt, ist nicht unbekannt dafür, Hass gegen bestimmte Menschengruppen zu schüren. 2023 schrieb er in einem Gastbeitrag bei dem rechtsextremen Medium *Info-Direkt* im Juni werde mit dem Pride Month „der Regenbogenterror auf Steroide gesetzt und die Propagandatrommel aus dem Hause Globohomo nochmal richtig angekurbelt“. Der Begriff „Globohomo“ stammt aus einem antisemitischen Computerspiel, das in Deutschland verboten ist. Die vom deutschen Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestufte Identitäre Bewegung verbreitet besagtes Videospiel, wie der *Saarländische Rundfunk* (SR) in einem Beitrag über Becker schreibt. Der Begriff werde nicht außerhalb der rechtsextremen Szene genutzt, woraus man schließe, dass Becker der Gruppierung nahe stehe, schreibt der SR. Becker erhielt 21,7 Prozent der Stimmen in Saarlouis. ●



Christina steht vor dem dm und hält die letzte Ausgabe vom Land in der Hand

COVID-19

Nicht zu viel reden

IIII Peter Feist

Aber damals war Pandemie, Notstand! In diesem Ton bezieht auf 37 der 130 Seiten, die der Rechnungshof am Montag über das *Large scale testing* (LST) auf Covid-19 veröffentlichte, die Regierung Position. Der Rechnungshof recherchierte im Auftrag des parlamentarischen Haushaltskontrollausschusses (Comexbu): Ob in den drei Phasen der Massentests zwischen Mai 2020 und September 2021 die Budgets eingehalten wurden. Ob die Regierung sich an die Regeln für öffentliche Ausschreibungen hielt. Ob es Kontrollmechanismen für die Tests gab.

Was er herausfand und am Montag in einer ersten Runde mit der Comexbu besprach, liest sich ungefähr so: Die Budgets wurden eingehalten. Die Ausschreibungsregeln kreativ ausgelegt. Kontrollen gab es, doch nicht immer klare Kriterien dafür, und über die Einhaltung von „Leistungsindikatoren“ lieferte die Direction de la santé dem Rechnungshof zum Teil keine Daten. Oder man sah – in Phase 3 – dass weniger Leistung verlangt wurde als in der Phase zuvor.

Interessiert das heute noch jemanden? Vermutlich nicht. Allenfalls den CEO des Privatlabors Bionext, dessen Klage vor dem Verwaltungsgericht noch anhängig ist und ergeben soll, ob das LST von schlechter Qualität war. Und ob der von der Regierung für die drei Phasen ohne eine regelrechte öffentliche Ausschreibung ausgewählte Auftragnehmer, ein Konkurrent von Bionext, die Tests nach allen Regeln der Kunst vornehmen ließ. Doch das

ist eine Sache für Experten. Ein Urteil könnte noch lange auf sich warten lassen. Bis dahin werden die Corona-Pandemie und die Tests immer weniger Leute interessieren.

Dabei wäre es nötig, die gesamte Corona-Politik kritisch zu beleuchten. Dabei auch zu klären, was das *Large scale testing* brachte. Die Erwiderungen der Regierung auf den Rechnungshofbericht deuten es an. Gesundheits- und Forschungsministerium sagen, Hauptziel des LST sei gewesen, „Leben zu retten“ (S.105). Dass das klappte, erkenne man zum Beispiel daran, dass die statistische Übersterblichkeit in Luxemburg vier Mal niedriger ausfiel als in Deutschland. Doch die Verhältnisse hierzulande mit einem 80-Millionen-Staat zu vergleichen, in dem es obendrein von Bundesland zu Bundesland zum Teil verschiedene Regeln gab, ist nicht nur wissenschaftlich gewagt, sondern auch politisch. Bis zum Ende der Massentests 2021 stand in jeder wöchentlichen Covid-Bilanz, dass durch das LST viel weniger positive Fälle aufgespürt wurden als durch Testung von Menschen mit Symptomen und Nachverfolgung ihrer Kontakte. Gut möglich, dass der Infektiologe Gérard Schockmel, der mittlerweile für die DP im Parlament sitzt, Recht hat mit der Einschätzung, das LST sei „rausgeschmissenes Geld“ gewesen.

Am 10. März geht die Diskussion mit dem Rechnungshof in der Comexbu weiter. Sie soll sich dann auch um die Einhaltung der Ausschreibungsregeln

drehen. Das ist ein heikler Punkt, aber die größere Frage lautet, wie die Corona-Politik insgesamt beschaffen war.

Vermutlich kommt der Ausschuss nur zu dem Schluss, die Kammer solle eine „Orientierungsdebatte“ zu den Tests führen. Weil der große Teil der politischen Klasse lieber nicht über Covid-19 reden möchte. Die CSV-Abgeordnete Stéphanie Weydert nannte es am Montag im RTL-Fernsehen zwar „skandalös“, dass der Rechnungshof „Daten hinterherlaufen musste“. Doch wenn die CSV einen offensiven Umgang mit Covid-19 will, dann ist unverständlich, wieso Gesundheitsministerin Martine Deprez den Vorentwurf ihrer Vorgängerin für ein Pandemiegesetz nicht diskutieren will.

Dass der LSAP an Covid-Transparenz gelegen ist, ist ebenfalls nicht sicher: Paulette Lenert könnte in ein schlechtes Licht geraten. Die DP wiederum ist die Partei, die während der Pandemie wie heute der Regierung angehört.

Dabei kommt die nächste Pandemie bestimmt. Es wäre wichtig zu wissen, welche Regeln dann in einer freien Gesellschaft ergriffen werden sollen, wenn man keine *Lockdowns* will. Es wäre wichtig zu wissen, wie man entscheidet, wann wieviel getestet werden soll, warum und mit welchen Qualitätsansprüchen. Am besten wäre, die Kammer bildet einen Sonderausschuss. Die Wahrscheinlichkeit dafür ist klein. Weil die wenigsten Abgeordneten über Covid-19 reden wollen und alle ohnehin genug zu tun haben. ●

ZUFALLSGESPRÄCH
MIT DEM MANN IN DER EISENBAHN

Heiße Ware

Für den Ukrainekrieg gab der Staat bisher aus: 246 Millionen Euro Militärhilfe, 21 Millionen humanitäre Hilfe, 187 Millionen zur Aufnahme von Flüchtigen. Rechnete Finanzminister Gilles Roth am 6. Februar auf eine parlamentarische Anfrage hin vor. Hinzukommen Ausgleichszahlungen für den Boykott russischen Erdgases: 2 905 Millionen Euro für „Energiedesch“, „Solidaritéispak“. Insgesamt kostete der Ukrainekrieg den Staat bisher 3,4 Milliarden Euro.

Wurden die 3,4 Milliarden sinnvoll investiert? Anfangs sollte der russische Aggressor besiegt werden. Mittels Waffen und Wirtschaftssanktionen. Die grüne Abgeordnete Stéphanie Empain versprach der Ukraine: „Mir wëllen lech weiderhi mat Waffeliwwerungen ënnerstëtzen, [...] fir dass Dir dëse Krich gewanne kënt“ (2.6.22).

Zwei Jahre später wartete der CSV-Abgeordnete Christoph Hansen noch immer auf den Sieg: „Wat se am Moment hunn, [...] geet awer net duer, fir dëse Krich ze gewannen.“ Im vollklimatisierten Plenarsaal rief Yves Cruchten (LSAP) zum Durchhalten auf: „A kommt, mir loossen eis och elo net an d’ler féiere vun deene falsche Friddensapostelen, déi elo Verhandlung fuerderen“ (27.2.24).

Seit zwei Jahren sind die Fronten festgefahren. Die USA wollen die Unkosten beenden. Sie haben Besseres zu tun. „The U.S. is prioritizing deterring war with China in the Pacific.“ Erklärte Verteidigungsminister Pete Hegseth am 12. Februar in Brüssel. „European allies must lead from the front.“

Die US-Regierung will sich mit der russischen auf ein Ende des Stellvertreterkriegs einigen. Die Stellvertreter dürfen zusehen. Sie billigt das russische Kriegsziel: eine neutrale Ukraine ohne Ostregion und Krim. Zur Durchkreuzung einer russisch-chinesischen Allianz bietet sie die eigene Freundschaft an.

Im November diskutierte die *Chamber* die Erklärung zur Außenpolitik. Zwei Wochen nach den Wahlen in den USA. Das Säbelrasseln wurde vorsichtiger. Xavier Bettel freute sich: Der Nato-Gipfel in Washington habe sich „drop gëeenegt, dass d’Zukunft vun der Ukrain och an der NATO ass“. Die US-Regierung „does not believe that NATO membership for Ukraine is a realistic outcome of a negotiated settlement“. Entschied Verteidigungsminister Hegseth.

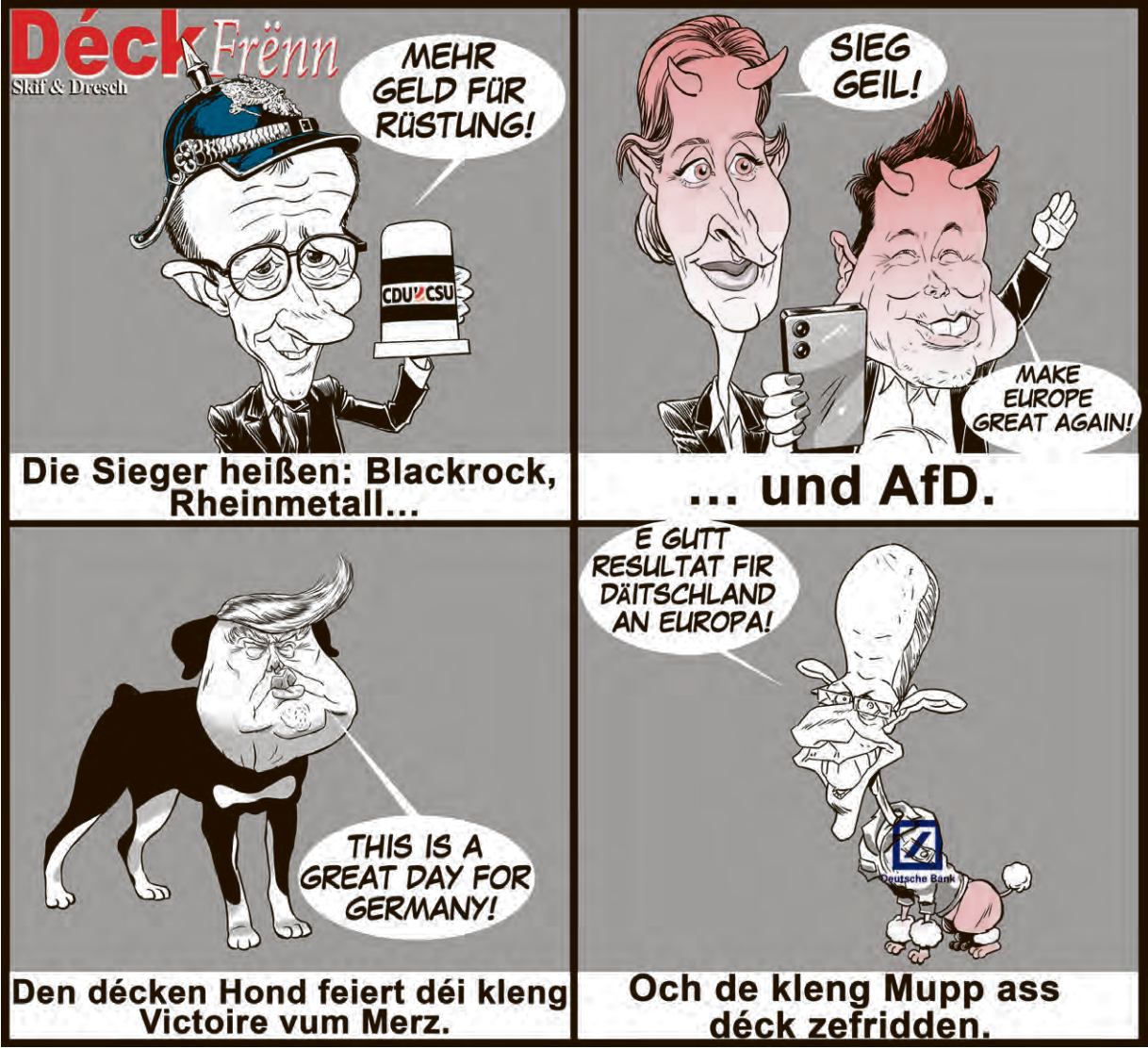
„Luxembourg remains steadfast in its support for UA territorial integrity.“ Schrieb Xavier Bettel am Montag auf X. Der US-Verteidigungsminister entschied: „That returning to Ukraine’s pre-2014 borders is an unrealistic objective.“

Vielleicht werden die USA und Russland handelseinig. Die besitzenden Klassen freuen sich auf neue Russlandgeschäfte. Dann stehen Ministerinnen, Abgeordnete, Leitartiklerinnen vor einem neuen Dilemma: Sie müssen zugleich den „doux commerce“ mit dem „Ennemi“ loben und Angst vor ihm schüren. Auch wenn seine Armee 30 Kilometer vor Kiew stecken blieb.

Denn nach dem Krieg sollen Deeskalation, Diplomatie, Interessenausgleich verpönt bleiben. „Dat Eenzezt, wat zielt, dat ass Stäerkt weisen.“ Drohte CSV-Abgeordneter Claude Wiseler (17.5.22). Luxemburger Militarismus klingt putzig. Er hat das Lager gewechselt: Von den Rechtsextremen zur bürgerlichen Mitte und Sozialdemokratie.

Außenminister Bettel am 19. November: „Mir hunn eis als Regierung och derzou engagéiert, bis 2030 zwee Prozent vum RNB an d’Verteidegung ze investéieren.“ Drei Monate später wollte Premier Luc Frieden die Steuerzahler „mental drop virbereeden, datt an deenen nächste Joeren dat héchstwahrscheinlech och op éischer bei dräi Prozent sech situéiert wéi bei zwee Prozent“ (14.2.25).

Das entspricht einer Erhöhung von 1,6 auf 2,4 Milliarden Euro jährlich. 7,5 Prozent der Staatsausgaben. „Rüstungsaktien sind die neue heiße Ware“, titelte die FAZ am 18. Februar. ● ROMAIN HILGERT





Juin 1982 : Deuxième Festival de l'immigration organisé par l'Asti

Bouillonnements et bureaucratisations

IIII Paul Zahren

Le « tiers secteur » (3) : Du militantisme associatif à la professionnalisation scolarisée

Familialisme

L'action sociale au Luxembourg s'est développée selon une logique que l'on pourrait qualifier d'hygiéniste. Elle a souvent pris la forme d'une lutte contre l'insalubrité et les épidémies et pour l'extension des vaccinations (notamment des enfants). Après la Deuxième Guerre mondiale, dans l'imaginaire politique et sociétal, c'est la famille nucléaire qui devient l'élément central, l'ossature de la société. Plus que jamais, la famille est décrite comme « cellule de base » de la société assurant sa stabilité et sa cohésion. Les grandes sociétés sidérurgiques avaient introduit dès la Première Guerre mondiale des allocations familiales pour atténuer la pauvreté et la précarité qui touchaient surtout les familles avec enfants. Mais ce n'est qu'en 1947 que les allocations familiales sont généralisées. Et elles se développent rapidement. Dans le domaine associatif, on peut citer les créations de l'Action familiale et populaire en 1946, du Jongenheem en 1951 et du Kannerschlass au cours de la même année. En 1952 est créé le Conseil supérieur de la famille et de l'enfance. Par contre ce n'est qu'en 1965 que naît le Mouvement Luxembourgeois pour le Planning Familial. En 2021, les dépenses de la branche « famille » représentent près de quinze pour cent des dépenses sociales au Luxembourg contre un peu plus de

ASTI, Inter-Actions, ASTM, Action Prisons : Les années 1970 ont vu un renouveau du tiers secteur, porté par les forces progressistes

huit pour cent dans l'Union européenne. À cela il faut ajouter les prestations familiales en nature, très développées.

Depuis l'industrialisation, la « famille », c'est-à-dire les structures familiales, a beaucoup (et très rapidement) changé : baisse de la natalité, famille nucléaire au lieu de la famille-souche, divorces

en hausse, tout comme les cohabitations non-institutionnalisées... Néanmoins, dans les représentations et les perceptions, il reste une part de « traditionalisme », une sorte de « famille mythifiée ». Il est intéressant de noter que même aujourd'hui, et même chez des analystes qui se disent progressistes, la parenté et les « liens parentaux » sont représentés comme la quintessence du lien social, alors que le retour à un modèle familial « cohésif » semble être de l'ordre de l'utopie. L'apparition de notions comme « Eltere-Fürerschäin » – et ceci dans une société où les enfants vont souvent dans des crèches ou des maisons-relais¹ – a des relents d'un paternalisme suranné (même si, évidemment, une parentalité sereine ne va pas de soi). Les années 1970 et 1980, en revanche, se caractérisent par une mise en cause radicale de l'ordre moral. Si on les place dans une perspective à long terme, ces années semblent plutôt correspondre à une parenthèse.

Entraide

D'autres associations issues de la société civile voient le jour dans les années 1950 et 1960, notamment dans le domaine de l'aide aux personnes en situation de handicap. En 1956

est créée la Ligue luxembourgeoise d'hygiène mentale qui s'inspire de la « Ligue française de prophylaxie et d'hygiène mentale » (1921) et de la « Ligue belge d'hygiène mentale » (1922). Cela montre deux constantes dans le domaine de l'intervention sociale au Luxembourg : Une ouverture aux évolutions internationaux, mais également un certain retard à l'allumage.

Toujours dans le domaine des personnes en situation de handicap, La Ligue HMC est fondée en 1963. Son objectif initial était la création de classes d'école pour les enfants en situation de handicap mental et cérébral. Quatre ans plus tard, d'autres parents créent l'APEMH, l'Association des parents d'enfants mentalement handicapés.

Les associations créées dans les années 1950-1960 ont donc une composante très forte d'entraide mutuelle. On peut encore signaler, au cours de cette période, la naissance, en 1963, de l'Amiperas (Amicale des personnes âgées, retraitées et solitaires) qui répond en fait à l'évolution démographique structurelle qui commence à se dessiner, celle du vieillissement de la population. Dans le domaine de l'aide sociale proprement dite, on voit la création du Comité national de défense sociale (CNDS) en 1967.

Du familialisme aux droits de l'enfant et à la parentalité

Si années suivant la Deuxième Guerre mondiale sont donc caractérisées par un fort accent mis sur la politique familiale, on s'est orienté à partir des années 90 vers une accentuation du principe des droits de l'enfant. Les domaines de la protection de l'enfance et de l'aide à la jeunesse ont connu une activité législative assez intense. Le 10 août 1992 a été adoptée la nouvelle loi sur la protection de la jeunesse et, en décembre 1993, la Chambre a ratifié la Convention internationale des droits de l'enfant de 1989.²

L'Ombuds-Comité pour les droits de l'enfant, qui a vu le jour en 2002, devient l'Ombudsman fir Kanner an Jugendlecher (OKAJU) en 2020. Finalement, on doit mentionner la loi du 16 décembre 2008 relative à l'aide à l'enfance et à la famille. Celle-ci consacre certains principes allant dans la direction d'un droit à une aide en cas de détresse, et crée l'Office national de l'enfance que d'aucuns considèrent aujourd'hui comme organisme bureaucratique centralisateur. Or, cette loi a laissé entière la législation sur la protection de l'enfance de 1992. Il en résulte une distinction artificielle (en termes de droits de l'enfant) entre aide à l'enfance et protection de l'enfance. On a formulé le problème ainsi : « Das sehr oft weitreichende Vorgehen des Jugendgerichts, welches meist erst aktiv wird, wenn die Situation der Familie bereits sehr instabil ist, wird durch die Trennung zwischen Jugendschutz und Jugendhilfe begünstigt. [...] Die Trennung beider Themenfelder führt dazu, dass Minderjährige und ihre Familien teils in zwei Systemen – mit unterschiedlichen Methoden und Sozialarbeitern – an denselben Problemen arbeiten. »³ (Des projets de loi visant une harmonisation de l'aide à l'enfance sont actuellement en discussion.)

Parallèlement à la question des droits de l'enfant se développe le concept de parentalité. Des services d'information voient le jour. Comme le familialisme, la notion recèle une large part idéologique : « Symptomatique de profonds bouleversements, la notion de parentalité est aussi révélatrice des incertitudes qu'ils engendrent. Les débats autour de l'instabilité du couple parental, des parents démissionnant de leurs tâches éducatives ou des homoparents révèlent la multiplication des prescripteurs de bonne parentalité dans le champ social (éducateurs, professionnels de la santé, de la famille et de l'éducation, psychanalystes, pédopsychiatres, voire parents eux-mêmes). Ainsi perçue, la parentalité forme un 'problème social' et une nouvelle 'question d'ordre public'. Elle reste donc, comme naguère la famille traditionnelle, un lieu fortement idéologique ».⁴

De l'explosion des années 1970...

Les années 1950-1960 sont marquées par un certain dynamisme au sein de la société civile, mais ce n'est rien par rapport à l'accélération foudroyante que le mouvement associatif va connaître dans les années 1970-1990. À cette époque naissent une pléthore d'organisations qui s'appuient sur l'engagement militant de leurs membres et se comprennent comme une sorte d'opposition extra-parlementaire aux politiques de l'État. Au Luxembourg, la parenthèse du gouvernement libéral-socialiste (1974-1979) a ajouté à la dynamique d'un secteur associatif militant. Dans les deux décennies suivantes, ces associations gardent le vent en poupe. Elles sont généralement « progressistes », s'opposant au conservatisme souvent identifié au CSV et au *Luxemburger Wort*. On peut ainsi citer, dans le domaine du développement, la création de l'Action formation des cadres qui deviendra l'ASTM (et dont est issu le centre de documentation Citim). Ses origines remontent à la fin des années 1960 et elle publiera à partir de 1973 le périodique *Brennpunkt Drëtt Welt*.

Dans les années 1970 se créent de nombreuses associations qui essaient de répondre aux nouveaux défis sociaux et sociétaux : place de la femme dans la société, migrants, drogues, milieu carcéral, psychiatrie, marché du travail et chômage structurel, etc. Les congrégations participent à ce mouvement. Les Sœurs de Ste Zithe s'étaient installées dans le quartier de la Gare en 1889 et s'occupaient à l'origine des jeunes filles cherchant un emploi de « domestique » et de soins ambulatoires, puis avaient ouvert une clinique après la Première Guerre mondiale. À partir de 1972, ces mêmes Sœurs vont gérer le Foyer St Martin à Eich qui accueille des travailleurs immigrés, pour créer en 1976 la « Maison de la Porte Ouverte » pour femmes en détresse (Foyer Paula Bové), puis en 1977, un foyer pour jeunes filles (Foyer St. Joseph).

À partir de 1979, l'association Inter-Actions s'attache d'abord à développer le travail communautaire social dans les faubourgs de la Ville, avant de s'intéresser également à l'insertion sur le marché du travail. L'association Femmes en détresse commence à travailler en 1979. Elle est issue d'un groupe de travail du Mouvement de libération des femmes qui avait été initié en 1971.⁵

En 1979 naît également l'ASTI (Association de soutien aux travailleurs immigrés)⁶. Une des premières associations portugaises d'entraide, l'União-Centro Cooperativo Asbl, fut fondée dans les années 1970. L'existence d'un certain nombre d'associations (notamment l'ASTI et l'ASTM) est étroitement liée au « catholicisme de gauche » qui avait trouvé une sorte de refuge au 23, avenue Gaston Diderich chez les Jésuites. La paroisse des jeunes (« Jugendpor ») qui se développe à la même adresse fut également un des viviers du militantisme associatif. Encore aujourd'hui on en retrouve les anciens militants en tant que bénévoles au sein de nombreuses associations. La création de la publication *Forum* en 1976 se situe également dans ce contexte. La revue publie évidemment des critiques de l'Église « officielle », mais elle s'improvise également en véritable porte-parole d'un mouvement associatif militant extrêmement dynamique. Il suffit de lire les éditions du Forum des années 1970 et 1980 pour se rendre compte de cette vitalité.⁷

Des domaines considérés jusque-là comme marginaux par les pouvoirs publics se trouvent désormais sous le feu des projecteurs. À la fin des années 1970 naît aussi l'Action prisons, une association s'intéressant au sort des prisonniers. On peut également évoquer la création, en 1977, du Mouvement ATD Quart Monde à Luxembourg (qui devient une Asbl en 1981)⁸. Ce sont les Sœurs de la Doctrine chrétienne qui sont à la base des premières activités de cette association. Encore une fois, c'est une idée venant de l'étranger qui est à l'origine de cette création. Dans le quartier du Pfaffenthal (un quartier défavorisé à forte proportion d'immigrés) une aide aux devoirs d'école est mise en place, ensemble avec un groupe de lycéens. D'ailleurs,

au début, il y a une collaboration très étroite entre Inter-Actions et ATD Quart Monde.

Finalement, la fin des années 1960 et les années 1970, voient l'essor des associations qui s'intéressent à la question écologique⁹: Jeunes et environnement est créé en 1968, le Mouvement écologique est fondé informellement en 1978 et formellement en 1981. La lutte contre la centrale nucléaire de Remerschen (1973-1977) contribue à accentuer le militantisme dans ce domaine.

Il y a eu évidemment des créations d'associations importantes dans la période qui a suivi le bouillonnement des années 1970, comme la création de la « Stëmm vun der Strooss » (qui s'occupe des sans-abris) en 1996. On peut également mentionner Médecins du monde Luxembourg, fondée en 2013 et garantissant aux plus démunis un accès aux soins. Pour la plupart, ce sont des associations qui répondent à des besoins structurels qui se développent à partir des années 1980 (sans-abrisme, pauvreté, addictions, ...). Une autre association qui reflète de nouvelles demandes sociétales est l'Asbl Rosa Lëtzebuerg, dont la création date de 1996. L'association défend les intérêts des personnes LGBTIQ.

Par ailleurs, le nombre d'organisations non-gouvernementales travaillant dans le domaine du développement (ONGD) augmente fortement depuis les années 1980. Le Cercle de coopération a vu le jour en 1979 et comptait six membres à l'origine. Aujourd'hui on en dénombre près de 90.¹⁰ La création du Cercle découle, lui aussi, d'un développement international. C'est la Direction de la coopération de l'Union européenne qui avait demandé de discuter avec un interlocuteur unique au Luxembourg ; encore un exemple de l'impact de l'évolution internationale sur le Luxembourg dans le domaine du tiers secteur

... au « bénévolat nomade »

Les années 1970-1990 sont donc marquées par différentes formes de militantisme allant du politique à l'associatif. Aujourd'hui il serait plutôt indiqué de parler de « bénévolat ». Comme l'a relevé l'économiste Danièle Demoustier, ce concept résulte de différents mouvements historiques, « de la laïcisation du paternalisme du XIX^e siècle et des activités de charité basées sur un objectif d'ordre moral et politique, ainsi que de la dépolitisation des mouvements d'entraide ouvrière »¹¹. Fondamentalement, on peut distinguer deux courants dans l'engagement associatif : La solidarité que l'on pourrait qualifier de mutualiste (entraide) et, d'autre part, l'engagement d'une classe plus aisée qui se penche sur une classe moins aisée¹². Aujourd'hui le mouvement d'entraide continue évidemment d'exister, mais la conception du bénévolat répond actuellement plutôt à la logique philanthropique de la classe aisée qui aide la classe moins aisée.

Les comportements bénévoles changent aussi. Ils sont « plus éphémères, plus ponctuels, plus utilitaristes ». Le sociologue Jean-Pierre Worms parlait à ce sujet de « nomadisme associatif »¹³. Celui-ci concernerait d'ailleurs aussi bien les usagers que les bénévoles. Que le bénévolat soit une courroie de transmission importante de l'action sociale (privée et publique) ne fait guère de doute. Mais il s'est développé depuis une quinzaine d'années en véritable « marché du bénévolat » qui est le reflet plus global de l'économie de marché au sens néolibéral du terme. Les associations sont en compétition pour « récupérer » les bénévoles et les compétences des bénévoles. Pour cela, elles développent (ou sont obligées de développer) de véritables stratégies pour renforcer leur attractivité et leur compétitivité sur ce marché du bénévolat.

L'Agence du bénévolat, créée en 2002, est le reflet de cette évolution. D'après sa présentation sur Internet, l'agence « facilite la mise en relation entre votre organisation et les bénévoles » ; elle accompagnerait en outre les associations « pour améliorer

[...]



CHFEP
Chambre des fonctionnaires
et employés publics



De Ball läit elo bei lech!

Sozialwalen am ëffentlechen Déngscht
bis de 26. Mäerz.



www.chfep.lu/sozialwalen



Conférence de presse du Comité pour un devoir de vigilance fin 2021, avec entre autres le cardinal Hollerich et l'ex-député Hoffmann

[Suite de la page 11]

la visibilité, la lisibilité et l'impact » de leurs annonces d'appel aux bénévoles. On ne peut s'empêcher d'y voir une véritable « bourse » du bénévolat. Si le travail des associations se professionnalise avec l'engagement de salariés ayant des compétences spécifiques, c'est également le bénévolat qui se spécialise. Il en résulte d'ailleurs, à l'intérieur des associations, une certaine ambiguïté concernant les fonctions des salariés et des bénévoles.

Du professionnalisme militant à la professionnalisation scolarisée

En parallèle au militantisme associatif des années 1970, on assiste à une professionnalisation de l'action sociale. Il s'agit en quelque sorte d'un « professionnalisme militant » qui s'impose. À la fin des années 1970 et au début des années 1980, une génération de jeunes diplômés commence à rentrer au pays, que ce soient des psychologues, des assistant(e)s sociaux (sociales), des assistant(e)s d'hygiène sociale ou des éducateurs et éducatrices. Parfois ceux-ci ont des liens d'amitié ou de visions professionnelles similaires. Inter-Actions en constitue un des exemples. C'est le résultat d'une initiative commune de quelques assistant(e)s sociaux (sociales) rentrant à la même époque de l'université ou d'écoles d'enseignement supérieur. En 1978 est créée l'ANCE, l'Association Nationale des Communautés Éducatives (qui devient, en 2011, l'ANCES), qui diffuse un bulletin¹⁴ qui relaie au Luxembourg les savoirs et pratiques innovantes d'autres pays.

À la même époque, on assiste à une sorte de « relocalisation » des professions socio-éducatives, même si beaucoup de jeunes continuent à choisir l'étranger pour leurs études. En 1974 est créé l'IFEM, chargée de former les éducateurs. Cinq ans plus tard, les études et les attributions de la profession d'assistant social sont réglementées. En 1990, l'Institut d'études éducatives et sociales (IEES) voit le jour. Il devient le Lycée Technique pour Professions Éducatives et Sociales en 2005. La création de l'Université du Luxembourg (en 2003) accentue la professionnalisation « nationalisée » des métiers éducatifs et socio-éducatifs. Dès 2003, un *bachelor* en sciences sociales et éducatives est créé, suivi, en 2011, d'un master intitulé « Management und Coaching im Bildungs- und Sozialwesen ».

Que la formation au Luxembourg puisse concourir avec des formations à l'étranger est peu discutable. Néanmoins, il manque peut-être le contact avec le dynamisme des initiatives sociales à l'étranger. (Celles-ci sont parfois très innovantes, notamment dans les grandes villes.) Il va sans dire que les enseignants à l'Université du Luxembourg ne font pas l'impasse sur les évolutions internationales. Mais s'y frotter directement peut s'avérer crucial dans des professions où l'engagement est peut-être aussi important que le parcours scolaire.

L'État contrôleur ?

C'est à partir du milieu des années 1970 que se développe la pratique du conventionnement. Elle est notamment une réponse aux difficultés financières rencontrées par les associations catholiques et les congrégations dont les ressources humaines commencent à se tarir. Le conventionnement conduit à des mutations au sein du tiers secteur. On constate un pullulement assez incontrôlé des associations actives dans le domaine social

« Cette protection du public à l'égard de la tyrannie des secteurs adjacents (religieuse, militaire, économique, ou autres) [...] est une condition sociale et institutionnelle de l'égal exercice et de l'égale jouissance des libertés politiques »

Pierre France et Antoine Vauchez, *Sphère publique. Intérêts privés. Enquête sur un grand brouillage*, 2017

et notamment parmi les ONGD. De nouveaux chantiers sociaux s'ouvrent, auxquels le mouvement associatif répond par de nouvelles initiatives. Certains acteurs étendent leurs activités jusqu'à couvrir parfois l'intégralité du champ de l'intervention sociale (allant du surendettement aux maisons-relais, en passant par l'aide aux sans-abris, etc.). Ces véritables conglomerats, comme Caritas, la Croix-Rouge, Inter-Actions, deviennent des acteurs systématiquement indispensables (occupant des centaines de personnes). De facto, ils sont « too big to fail »¹⁵. Quoique l'on puisse penser de la reprise des activités de Caritas par « Hëllef um Terrain » (HUT), il était et il est impensable que toutes ces activités ne soient pas continuées avec l'aide de l'État.

Le subventionnement obéit à un principe de base, à savoir la recherche d'un équilibre de financement et de subventionnement entre les acteurs importants de la société civile, notamment entre Caritas, Croix-Rouge, Inter-Actions, Elisabeth. Et cela sans que l'on puisse déceler une véritable priorisation de la part des pouvoirs publics.

Au Luxembourg, le champ de l'aide sociale « sur le terrain » est aujourd'hui largement entre les mains d'associations (le plus souvent conventionnées par l'État). Ce fait ne doit pas cacher qu'au XIX^e siècle et jusque dans les années 1970, c'était plutôt l'État qui apportait l'innovation dans ce domaine. Qu'en est-il aujourd'hui ? On ne peut pas dire que l'État ait fui toute forme d'autoréflexion sur ses activités sociales. En témoignent les nombreux (nous en avons dénombré sept) « Conseils supérieurs » qui ont été créés à partir de 1952 dans le domaine social, éducatif et socio-économique. Ils reflètent les principes du modèle luxembourgeois de concertation et de consensus entre partenaires sociaux (ici entre État et associations). Mais certains de ces Conseils laissent peu de traces écrites sur leurs activités. Deux autres évolutions parallèles accompagnent cette volonté de concertation : La création des divers « observatoires » (chargés de faire des analyses) d'une part, et de services centralisateurs et de contrôle d'autre part.

En réalité, l'État a toujours fait des efforts de coordination (à travers les comités interministériels, par exemple). Avec la création des offices nationaux, on entre dans une nouvelle ère où les motivations d'innovation (observatoires) et de contrôle (offices nationaux) coexistent. Avec, évidemment, un risque de bureaucratisation.

D'une manière générale, l'évolution du tiers secteur au Luxembourg pose implicitement la question des frontières entre secteurs. Cette question centrale a été et est peu discutée au Grand-Duché. Or, le brouillage de la frontière public-privé (dans le domaine économique, comme dans le domaine social), « met aussi en jeu les conditions mêmes dans lesquelles se définit l'intérêt général », écrivent Antoine Vauchez et Pierre France¹⁶. Les deux chercheurs plaident en faveur des frontières clairement tracées : « L'émergence d'un espace démocratique a été rendue possible par la formation d'un ensemble de frontières, toujours incertaines, toujours contestées, qui ont permis d'asseoir l'autonomie relative de la sphère publique. Cette protection du public à l'égard de la tyrannie des secteurs adjacents (religieuse, militaire, économique, ou autres) ou, pour le dire autrement, cette politique du *containment* qui les tient à distance des espaces de délibération de l'intérêt général est une condition sociale et institutionnelle de l'égal exercice et de l'égale jouissance des libertés politiques. »¹⁷

L'absence de travaux sur la structure générale du tiers secteur au Luxembourg est problématique. Comment y remédier ? En France, il existait pendant un temps un Conseil d'analyse de la société (CAS), organisme gouvernemental auprès du Premier ministre, ayant pour mission « d'éclairer les choix politiques du gouvernement par l'analyse et la confrontation des points de vue, lorsque les décisions à prendre présentent des enjeux liés à des faits de société ». Signe des temps, ce conseil (créé en 2004) fut supprimé en 2013 et intégré dans Commissariat général à la stratégie et à la prospective (France Stratégie). Avant d'être dissoute, le CAS avait produit un rapport sur « la représentation du monde associatif dans le dialogue civil ». L'affaire Caritas ne pourrait-elle pas devenir le déclencheur d'une analyse similaire pour le Luxembourg ? ●

¹ En ce qui concerne la discussion sur l'« éducation non-formelle », voir notamment Sarah Pepin, « Bauchgefühl », d'*Land* du 17 janvier 2025 : « Über die Maison Relais wird seltsam undifferenziert diskutiert. Die Debatte spiegelt Angst vor gesellschaftlicher Veränderung wider »

² En ce qui concerne l'histoire du CNDP, voir Katja Rausch, *Comité national de défense sociale Asbl. Les 45 premières années d'un pionnier du social*, Luxembourg, 2012

³ Fanny Dedenbach, « Jugendchutz im Wandel der Zeit. Das Jugendschutzgesetz von 1992 im Kontext der Kinderrechte », in : *Forum* n° 427, September 2022

⁴ Julie Doyon, Lorraine Odier Da Cruz, Anne-Françoise Praz et Sylvie Steinberg, Normes de parentalité : modélisations et régulations (XVIII^e-XXI^e siècles, in : *Annales de démographie historique*, n° 125, 2013, pp. 7 à 23

⁵ En ce qui concerne l'histoire du mouvement féministe au Luxembourg, voir la page cid-fg.lu/en/geschichte/ sur le site du Centre d'information et de documentation CID-Femmes.

⁶ Sur l'histoire de l'ASTI, voir asti.org (chronologie en images commentées)

⁷ Archives des éditions de *Forum* depuis 1976 : forum.lu/issue/

⁸ En ce qui concerne l'histoire d'ATD Quart-Monde au Luxembourg, voir atdquartmonde.lu/qui-sommes-nous/notre-histoire

⁹ Denis Scuto, Le Mouvement écologique dans les longues années 1960, in : *Tageblatt*, n° 286, 8/9 Dezember 2018

¹⁰ En ce qui concerne l'histoire du Cercle de 1979 à 2019, voir la documentation publiée sur cercle.lu

¹¹ Danièle Demoustier, Le bénévolat, du militantisme au volontariat, in : *Revue française des affaires sociales*, n° 4/2002, pp. 99-105

¹² M. Barthélémy, *Associations : un nouvel âge de la participation ?*, Paris, Presses de Sciences Po, 2000, p. 13, cité par Demoustier, op. cit.

¹³ J.P. Worms, L'individu, défi et chance pour les associations, in : *Projet* n° 264, hiver 2000-2001, p. 41 cité par Demoustier, op. cit.

¹⁴ Les bulletins de l'ANCE qui sont incontournables pour appréhender l'évolution dans le domaine social ou socio-thérapeutique au Luxembourg La publication est accessible à partir de e-luxemburgensia (sous « Bulletin de l'ANCE »).

¹⁵ Bernard Thomas dans une interview avec Michel Simonis (directeur de la Croix Rouge) publié dans le *Land* du 11.10.2024

¹⁶ Pierre France, Antoine Vauchez, *Sphère publique. Intérêts privés. Enquête sur un grand brouillage*, Les Presses de SciencesPo, 2017, p. 153

¹⁷ Idem.

Grün, wenn's nützt

III Julian Bernstein

Die Luxembourg Sustainable Finance Initiative hat eine Neuauflage ihres Plans für einen nachhaltigen Finanzplatz vorgestellt. Viel Konkretes enthält er nicht

Am Luxemburger Finanzplatz vergehen gefühlt keine zwei Wochen, in denen nicht auf irgendeiner Tagung oder in einer öffentlichen Stellungnahme der Kampf gegen den Klimawandel beschworen wird. Konzidiert wird dabei zuweilen, dass der Finanzsektor in der Vergangenheit nicht immer seinen gesellschaftlichen Verpflichtungen nachgekommen sei. Jetzt aber wolle man mit einer an Nachhaltigkeitskriterien orientierten Finanzwirtschaft, mit *sustainable finance*, Teil der Lösung sein.

Eifrig verbreitet wird dieses Narrativ auch von der Politik. Liest man die Vorworte der Minister Gilles Roth (Finanzen, CSV) und Serge Wilmes (Umwelt, CSV) zur *Luxembourg Sustainable Finance Strategy 2030*, die Anfang dieses Monats präsentiert wurde, könnte man auf den ersten Blick meinen, es mit Aktivisten von Fridays For Future zu tun zu haben statt mit Vertretern des politischen Establishments: „Klimawandel, Umweltzerstörung und soziale Ungleichheit“ erforderten, dass der Finanzsektor an „vorderster Front für positive Veränderungen“ wirkt, schreibt Roth. Und Wilmes verlangt, Investitionen in Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Biodiversität „erheblich“ auszuweiten. Gekoppelt werden derartige Forde-

rungen allerdings an das Versprechen, der Finanzplatz werde von dieser Entwicklung profitieren. Investitionen in die Umwelt seien nicht nur richtig, schreibt Wilmes weiter, „sondern auch eine Chance, Renditen zu erzielen“.

Damit dürfte der eigentliche Grund der seit einigen Jahren wie Pilze aus dem Boden schießenden Roadmaps, Strategien und Punktepläne für einen nachhaltigeren Finanzplatz benannt sein: Wechselnde Regierungen sowie maßgebliche Akteure des Sektors wollen in einer breiten Allianz Luxemburg gegenüber anderen Finanzplätzen einen strategischen Vorteil verschaffen. Hierfür wurden in den letzten 20 Jahren eine ganze Reihe von Agenturen kreiert, deren vornehmste Aufgabe zu sein scheint, die vermeintliche Nachhaltigkeit des Finanzplatzes zu bewerben. Gemeinsam haben diese Private-Public-Partnership-Organisationen, dass sie sich nach außen als unabhängig präsentieren, ihre Verwaltungsräte jedoch allesamt von Staat und Finanzsektor kontrolliert werden. Das trifft auch auf die im Jahr 2020, unter anderem von Umwelt-, Finanzministerium und Luxembourg for Finance, geschaffene Luxembourg Sustainable Finance Initiative (LSFI) zu – die Autorin des jüngst veröffentlichten Strategiepapiers.

Der Hintergrund der LSFI lässt bereits erahnen, dass dem neuen Fünfjahresplan weniger eine ernstzunehmende – da unabhängig entwickelte – Analyse zugrunde liegt, aus der dann eine Nachhaltigkeitsstrategie abgeleitet wird, sondern es in erster Linie um Finanzplatz-Marketing geht. Verstärkt wird dieser Eindruck dadurch, dass sich die immerhin acht Mitarbeiter zählende LSFI bei der Entwicklung ihrer Strategie maßgeblich von der Beratungsfirma Oliver Wyman unterstützen ließ – in der Finanzwelt eine große Nummer bei Fragen zu Regulierung, Risikomanagement und Geschäftsstrategien. Dass ein Unternehmen, das selbst hochgradig vom Finanzsektor abhängig ist, kritische Aspekte betont oder gar einen Strategieentwurf vorlegen würde, der zu einer stärkeren Kontrolle schädlicher Finanzinstrumente und damit ihrer eigenen Kunden aufruft, ist eher unwahrscheinlich. In der Vergangenheit trat Oliver Wyman vielmehr gegenteilig in Erscheinung: Im Jahr 2005 etwa drängte sie die Citigroup, ihre Geschäfte mit sogenannten Collateralized Debt Obligations (CDOs) deutlich auszuweiten – einem Finanzprodukt, das es zwei Jahre später zu trauriger Berühmtheit bringen sollte. Die Citigroup folgte der Empfehlung und wurde zu

einem der weltweit größten Händler dieser Wertpapiere, die man sich als gebündelte, handelbare Pakete von Schulden vorstellen kann. Ab den 2000er Jahren füllte man diese Pakete fatalerweise mit Hypothekendarlehen, darunter vielfach mit wertlosen Subprime-Krediten. Deren massenweiser Ausfall löste 2007 die globale Finanzkrise mit all ihren bis heute spürbaren ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Folgen aus.

Wer sich durch die 56-seitige Strategie liest, findet also – durchaus erwartbar – lediglich vage gehaltene Ziele. Dafür aber zahlreiche PR-Floskeln und ein penetrant vorgetragenes Bekenntnis zur Vorreiterrolle Luxemburgs. Es sollen „Chancen“ genutzt, „Stakeholder“ eingebunden sowie „Best Practices“ gefördert werden. In schönster Marketingprosa werden „Leadership“, „Innovation“ und „Transformation“ beschworen, ohne diese Begriffe auch nur ansatzweise inhaltlich zu definieren. Was das aktuelle Papier von der 2021 erschienen ersten Fassung unterscheidet, ist, dass nun kurioserweise die Entwicklung der LSFI selbst im Zentrum der Strategie steht. Der Plan:

[...]



CHFEP
Chambre des fonctionnaires
et employés publics

**De Ball läit elo
bei lech!**

Gitt Är Stëmm of!

Sozialwahlen am ëffentlechen Déngscht
bis den 26. Mäerz.


www.chfep.lu/sozialwahlen

[Fortsetzung von Seite 13]

Die Organisation soll in den kommenden Jahren zu einem „Centre of Excellence“ und „Knowledge Hub“ ausgebaut werden. In verständliche Sprache übersetzt bedeutet das, dass man die LSFI zu einem Koordinierungs- und Informationszentrum machen will für alles, was mit nachhaltigen Finanzen zu tun hat. Speziell soll sie Finanzmarktakteuren als eine Art Serviceprovider bei der Bewältigung von EU-Vorgaben zur Seite stehen. Denn nur, indem Luxemburg den hier angesiedelten Unternehmen bei der Umsetzung neuer Regularien helfe, könne das Land seinen Wettbewerbsvorteil erhalten, heißt es. Angeboten werden sollen unter anderem „praktische Leitfäden“ und „Coaching“, um Unternehmen dabei zu helfen, ihre „Compliance-Kosten“ zu senken. Eigene regulatorische Vorschläge der LSFI sucht man in dem Papier vergebens.

Aufgezählt werden stattdessen einige Bereiche, bei denen es sich anscheinend besonders lohne („key areas of opportunity“), kommenden regulatorischen Anforderungen voraus zu sein. Neue Investitionschancen böten unter anderem „Blue Economy“ (Investitionen in den Erhalt maritimer Ökosysteme), „Transition Finance“, der Handel mit aufgrund ihrer zweifelhaften Auswirkungen hochumstrittenen CO₂- und Biodiversitätszertifikaten sowie generell die Bereiche „Natur“ und „Biodiversität“. Was das im Einzelfall bedeuten soll, erfährt man in der stichwortartigen Aufzählung nicht.

Dafür werden noch einige weitere vage Ideen aufgetischt. In den Bereichen Privatbanking, Versicherungen und Trusts ließen sich „neue Marktchancen“ erschließen und Kapital für nachhaltige Investitionen generieren. Zudem solle das Kapital von *High-* und *Ultra-High Net Worth Individuals*, philanthropischen Organisationen, Privatbanken und Stiftungen für nachhaltige Zwecke mobilisiert werden. Nahezu unvermeidlich weisen die Autoren auch auf die Chancen neuer Technologien wie KI für die Automatisierung von Compliance-Prozessen im Finanzsektor hin. Deren Einsatz solle Luxemburg fördern. Die Private-Public-Partnership-Initiativen, die in den letzten Jahren aus der Taufe gehoben wurden, weiter zu pflegen, biete ebenfalls Chancen.

Angesichts der doch recht dünnen Strategie, die gerade einmal die Hälfte des Textes ausmacht, wundert es nicht, dass in dem Papier das Feiern vermeintlicher Erfolge und die Präsentation angeblich jetzt schon weitgehend nachhaltiger Bereiche des Finanzplatzes breiten Raum einnimmt. Explizit hervorgehoben werden unter anderem der Investmentfondssektor, nachhaltige Anleihen und die Mikrofinanz, die sich bei genauerer Analyse jedoch als Luftschlösser herausstellen. Besonders stutzig macht die Einschätzung des mehr als 5 000 Milliarden Euro schweren Fondsstandorts. Sage und schreibe 72 Prozent aller in Luxemburg ansässigen Ucits sollen bereits ESG-Kriterien berücksichtigen – also ökologische, soziale und Governance-Standards. Woher kommt diese Zahl?

Die Luxembourg Sustainable Finance Initiative war seit ihrer Gründung nicht untätig und hat als „Knowledge Hub“ drei größere Studien initiiert, die die „Ergrünung“ des Finanzplatzes wissenschaftlich belegen sollen. Ähnlich wie beim Strategiepapier ließ man sich auch hier von einer Beratungsfirma unter die Arme greifen, in diesem Fall von PWC. Aus der letzten Studie dieser Reihe (*Sustainable Finance in Luxembourg 2024. A Maturing Ecosystem*) stammen die 72 Prozent angeblich nachhaltiger Fonds. Wer die vorherigen Papiere kennt, dürfte über diese hohe Zahl nur mäßig überrascht gewesen sein. Kam man in der ersten Auflage im Jahr 2022 zu dem Schluss, dass schon damals 54 Prozent aller Fonds ESG-Richtlinien berücksichtigten, wuchs diese Zahl im darauffolgenden Jahr rapide auf 68 Prozent an. Eine weitere Erhöhung schien nur fol-

Dass man mit ESG-Investing das Klima retten könne, war immer schon eine von Banken und großen Vermögensverwaltern geschürte, lukrative Illusion

gerichtig – jede Strategie braucht schließlich ihre regelmäßigen Erfolgsmeldungen.

Wer versucht, die Zahlen aus den verschiedenen Studien zu vergleichen, stößt auf ein unüberwindbares Problem: Die Methodik zur Datenerhebung hat sich von Studie zu Studie gewandelt. Ein Vergleich ist schlichtweg unmöglich. Das scheint allerdings nicht weiter zu stören, solange die Zahlen selbst in die richtige Richtung deuten. Bei der Politik kommen die jährlichen Berichte denn auch gut an. Serge Wilmes lobt sie in seiner Einleitung zur neuen Nachhaltigkeitsstrategie als Ressourcen „von unschätzbarem Wert zur Messung des Fortschritts“.

Zweifelhafte Studien sind, was den Fondsstandort angeht, jedoch noch das geringste Problem. Die in Luxemburg domizilierten Fonds investieren die Mehrheit ihres Kapitals auf dem globalen Aktienmarkt, der, technisch ausgedrückt, lediglich

ein Sekundärmarkt ist – mit begrenzten Auswirkungen auf wirtschaftliche Prozesse. Denn am Aktienmarkt kauft ein Marktteilnehmer – zum Beispiel ein Fonds – eine Aktie einem anderen Marktteilnehmer ab, um sie später, möglichst mit Gewinn, wiederum an einen weiteren Marktteilnehmer zu verkaufen. Ein direkter Kapitaltransfer zu einem Unternehmen findet, vom Tag des Börsengangs abgesehen, de facto nicht statt. Das bedeutet, dass die realwirtschaftlichen Effekte, die von ESG-Fonds ausgehen, sofern sie denn nicht-nachhaltige Unternehmen überhaupt aus ihren Portfolios verbannen, kaum messbar sind.

Dass man mit ESG-Investing das Klima retten könne, war also immer schon eine von Banken und großen Vermögensverwaltern geschürte, lukrative Illusion. Sie veranlasste den wohl berühmtesten Renegaten der Finanzwelt, Tariq Fancy, einst Chef für nachhaltiges Investieren bei Blackrock, frustriert das Handtuch zu werfen und ESG insgesamt als „gefährliches Placebo“ zu bezeichnen. An Luxemburg, dem zweitgrößten Investmentfondsstandort der Welt, scheint diese Debatte gänzlich vorbei gegangen zu sein.

Die beiden anderen vermeintlichen Erfolgsgeschichten des Strategiepapiers, die Mikrofinanz und grüne Anleihen, entfalten im Gegensatz dazu tatsächlich realwirtschaftliche Wirkungen – allerdings selten die erwünschten. Gerade zu grünen Anleihen ist in den letzten Jahren eine kaum noch überschaubare kritische Literatur entstanden. Die Kritik reicht von systematischem Greenwashing über fehlende Additionalität – die meisten Projekte wären auch mit konventionellen Anleihen finanzierbar – bis hin zu mangelhafter Regulierung. Vor allem bleiben aber die tatsächlichen Umwelteffekte meist im Dunkeln. Die seit 2016

bestehende Green Exchange als Erfolgsgeschichte zu präsentieren, erscheint angesichts dieser fundamentalen Probleme gewagt.

Auch die Mikrofinanz, mit der sich Luxemburg gerne als Vorreiter bei der Armutsbekämpfung präsentiert, steht seit Jahren in der Kritik. Denn die Zinsraten von teilweise über 100 Prozent, die den Ärmsten der Armen dieser Welt von Mikrofinanzinstituten und ihren Luxemburger Finanziers abgepresst werden, sind nur schwerlich dazu geeignet, Armut zu reduzieren. Sie führen die Kreditnehmer im globalen Süden nur vielfach weiter ins Elend.

Eine Nachhaltigkeitsstrategie, die es ernst meint, müsste sich mit genau diesen Aspekten beschäftigen. Sie müsste zuallererst eine Bestandsaufnahme der Schäden liefern, die vom luxemburgischen Wirtschaftsraum, in diesem Fall vom Finanzsektor, ausgehen – und Vorschläge erarbeiten, wie sie zu reduzieren wären. Wie gering die Bereitschaft dazu ist, zeigt jedoch die von der LSFI lancierte Pacta-Studie aus dem Jahr 2021. Die Studie sollte messen, inwieweit die Investitionen und Kredite luxemburgischer Finanzinstitute mit den Pariser Klimazielen übereinstimmen. Bis heute haben weder die LSFI noch die teilnehmenden Finanzinstitute konkrete Ergebnisse veröffentlicht. An dieser Inszenierung von Nachhaltigkeitsbemühungen dürfte sich auch künftig wenig ändern – zu eng sind die Verflechtungen der LSFI mit genau jenen Akteuren aus Finanzsektor und Staat, deren Aktivitäten sie kritisch überprüfen müsste. ●

Julian Bernstein ist Koordinator von Etika



CSV-Finanzminister Gilles Roth: Der Finanzsektor müsse „an vorderster Front“ gegen Klimawandel, Umweltzerstörung und soziale Ungleichheit wirken

Sven Becker

Règlement de comptes au Film Fund

IIII Pierre Sorlut (avec France Clarinval)

Un producteur belge s'attaque au proconsul du cinéma luxembourgeois. Un litige sur fond de potentielle bulle dans l'industrie cinématographique

La semaine passée, le tribunal administratif a considérablement avancé la date des plaidoiries dans une affaire qui bouscule le Landerneau de l'industrie cinématographique. L'audience aura lieu le 2 avril et non le 19 novembre. Le litige opposant la société Nowhere Land Productions au Fonds national de soutien à la production audiovisuelle (ou Film Fund), pose la question d'une éventuelle bulle menaçant le secteur. Il interroge aussi (et encore) sur la gouvernance de ce fonds qui fait vivre le cinéma luxembourgeois et ses producteurs. Cette accélération du rythme judiciaire, « un pur hasard » selon le greffier, tombe à pic car le Film Fund est en passe d'être réformé. Les députés arrivent aux dernières étapes de la discussion sur le projet de loi déposé en août 2023 par le Premier et alors ministre de tutelle, Xavier Bettel (DP), quelques semaines avant les élections. Le même mois, Willy Perelsztejn déposait un recours en annulation contre une décision du directeur du Film Fund. Le tout-puissant Guy Daleiden (et proche de Bettel) avait, en avril 2023, décidé de suspendre l'accès de la plateforme de financement à la société de production luxembourgeoise dudit Willy Perelsztejn. Nowhere Land Productions se retrouvait alors privée de sa seule source de financement au Grand-Duché et subissait un préjudice estimé à plusieurs centaines de milliers d'euros, mettant en péril les productions en cours.

D'aucuns voient derrière ce refus une inimitié ancienne. À commencer par Willy Perelsztejn lui-même. « Guy Daleiden me hait personnellement depuis trente ans », témoigne le producteur belge, 64 ans aujourd'hui. Ce dernier l'explique par les refus d'allégeance au directeur historique du Film Fund, omnipotent dans les décisions de financement. Dans les années 1990, Willy Perelsztejn avait refusé de rembourser les droits sur la part de financement luxembourgeoise du film *La Bande dessinée a cent ans*. « C'était un subsidé », fait valoir le Belge. Pour financer son documentaire *Heim ins Reich*, Willy Perelsztejn avait ensuite fait appel au Centre national de l'audiovisuel. Ce documentaire « de tous les records » (relate un communiqué du gouvernement) sur le Luxembourg sous l'Occupation nazie a remporté, en 2005, la deuxième édition du Filmpräis, soufflant le prix aux productions soutenues par le Film Fund. Perelsztejn, qui opère aussi via sa société belge Les films de la mémoire, a alors perçu une sorte de ressentiment à son égard. Il aurait vécu « une traversée du désert » avec le Film Fund, jusqu'à son long métrage *Ashcan, the Secret Prison*, sorti en 2018 et cofinancé par le Film Fund.

« Guy Daleiden m'a toujours vu comme un étranger », se plaint Perelsztejn. Le Belge relève un certain « arbitraire » dans les décisions du Film Fund. En faveur des nationaux ? Dans son rapport spécial remis en 2022, la Cour des comptes identifie de nombreux problèmes dans le suivi des financements et des remboursements qui n'ont pas prêté à conséquences. Interrogé par le *Land* au sujet d'éventuelles autres sanctions prononcées par le Film Fund, Guy Daleiden dit qu'il en existe mais n'en donne pas le nombre. Le Luxembourgeois n'a en revanche jamais caché la préférence nationale du Film Fund. En 2007, Daleiden prônait déjà une « discrimination positive » pour les professionnels locaux. Aujourd'hui, dans sa justification de refus systématique de financement, Daleiden reproche à Nowhere Land Productions de Perelsztejn de ne pas avoir de substance au Luxembourg. Mais pas que. Le directeur prétexte surtout que les comptes de Nowhere Land Productions ne remplissent pas les critères de comptabilité voulus par l'auditeur partenaire du Film Fund dans le contrôle des comptes des sociétés de production demandant des financements.

[...]

Guy Daleiden
le 12 février
lors de la
présentation du
Luxembourg
City Film
Festival

[Suite de la page 15]

Le cabinet Baker Tilly a été mandaté en août 2022 pour vérifier les comptes de Nowhere Land Productions. Lors d'une réunion en février 2023, les comptables ont informé les représentants du fonds (sans inviter Perelsztejn) de « nombreuses anomalies significatives laissant présumer un risque élevé de fraude ». Baker Tilly reproche alors au producteur belge de classer les œuvres audiovisuelles et les aides financières « directement en compte de pertes et profits et non dans le bilan de la société ». S'ensuivent des échanges entre le producteur et Baker Tilly pour régulariser la situation, mais avant même que le rapport définitif ne soit publié, Guy Daleiden sucre l'accès aux financements à Nowhere Land Productions. C'est cette décision que Perelsztejn conteste devant les juridictions administratives. Au cœur du problème : la volonté de l'auditeur du Film Fund de classer les films produits à leur prix de revient (et non selon leur potentiel rendement) à l'actif du bilan dans la partie immobilisations incorporelles.

Willy Perelsztejn est un producteur atypique. Avant de se lancer dans le cinéma, le Belge travaillait dans le droit et la finance. Il a commencé comme conseiller en droit fiscal du ministre de la Justice belge Jean Gol (Parti réformateur libéral). Il ensuite officié chez Deloitte puis chez Kredietrust à Luxembourg, alors le principal domiciliataire de la place. Il prétend donc savoir de quoi il parle. Il estime ainsi que la catégorisation comptable préconisée par Baker Tilly risque « de tromper gravement et systématiquement les créanciers des sociétés audiovisuelles luxembourgeoises, dont les établissements bancaires susceptibles de leur octroyer des lignes de crédits ».

Selon Perelsztejn, le Film Fund masque la vulnérabilité du secteur en gonflant les bilans. Le Belge constate que l'ensemble du poste immobilisations incorporelles repris à l'actif des sociétés audiovisuelles a explosé à la suite des préconisations de Baker Tilly. Il s'élevait à 65 millions d'euros en 2021, 92 millions en 2022 et 129 millions en 2023, « soit entre 500 et mille fois plus que les perspectives raisonnables » de recettes des films pour les producteurs luxembourgeois, juge le Belge. Le cinéma opère à perte. Selon le règlement du Film Fund, les producteurs luxembourgeois qui ont reçu des aides financières du Film Fund doivent lui restituer les trois quarts des recettes du film soutenu, les producteurs étrangers l'intégralité. Or, la Cour des comptes a mis en exergue en 2022 que le Film Fund n'a récupéré, selon ce principe, que 0,22 pour cent des 173 millions

« La surévaluation des bilans masque les pertes et les endettements astronomiques »

Willy Perelsztejn

d'euros d'aides versées. « Le fonds a souligné que les aides financières sélectives sont destinées principalement à des œuvres luxembourgeoises et l'objectif des aides publiques n'a jamais été de faire du bénéfice au niveau des remboursements, mais de promouvoir le développement du secteur audiovisuel national », complète le rapport spécial.

Soit. Mais pour Willy Perelsztejn, « la surévaluation des bilans masque les pertes et les endettements astronomiques » de certaines sociétés de production audiovisuelle. Le gonflement de l'immobilisation incorporelle cache les fonds propres négatifs de ces entreprises. Il se réfère au naufrage de Superclub en Belgique dans les années 90. Cette société achetait les droits pour distribuer les cassettes VHS. « L'exploitation des films se terminait au bout de six mois, mais Superclub faisait trainer l'amortissement dans l'actif pendant cinq ans », explique le producteur. « Les pertes abyssales étaient ainsi masquées par le mirage de revenus futurs inscrits à l'actif de la société », jusqu'à ce que le manque de liquidités pousse les créanciers à provoquer la faillite. Perelsztejn se réfère à la norme IFRS qui est censée guider les comptables : « Une immobilisation incorporelle doit être comptabilisée si, et seulement si (...) il est probable que les avantages économiques futurs attribuables à l'actif iront à l'entité ». Tel n'est donc pas le cas ici.

Perelsztejn tente d'alerter les autorités depuis un an. Notamment la Cour des comptes, laquelle sera appelée à un contrôle régulier du Film Fund si son projet de réforme passe en l'état. Son président Marc Gengler explique au *Land* que le programme de travail est déjà fixé et que l'institution ne peut investiguer pour l'instant : « On lui a dit de contacter l'Institut des réviseurs d'entreprises ». Willy Perelsztejn a déjà contacté l'instance de contrôle des auditeurs en juillet en lui envoyant un dossier de 250 pages, accusant Baker Tilly d'avoir bafoué « les règles déontologiques, notamment d'intégrité, d'objectivité, de compétence professionnelle et d'indépendance à l'égard de ses clients ». Contactée par le *Land* pour savoir ce que de l'IRE a entrepris dans ce dossier et éventuellement à l'encontre de Baker Tilly, la directrice générale, Valérie Gouiin, répond qu'elle « ne souhaite faire aucun commentaire ».

Dans un email au *Land*, Guy Daleiden se borne à rappeler la loi de 2014 régissant le Film Fund, que l'octroi des aides financières est réservé « à des sociétés disposant de structures administratives stables et durables, ainsi que d'une organisation comptable et de procédures de contrôle interne appropriées ». Pour ce qui concerne la comptabilité, « le Fonds ne fait que s'assurer que les sociétés bénéficiaires des aides respectent les normes comptables applicables au Luxembourg ». Daleiden fait néanmoins mine de ne pas vouloir s'immiscer dans une affaire pendante devant les juridictions administratives. Celle-ci révèle à nouveau le pouvoir discrétionnaire du directeur général du Film Fund, en place depuis trente ans. À trois ans de la retraite selon *Reporter*, il bénéficie toujours de l'aura protectrice de son parti. Après l'alternance de 2023, la tutelle ministérielle est passée du Saint-Maximim, dorénavant entre les mains du CSV de Frieden, aux Terres rouges, dirigé par l'étoile montante du DP, Eric Thill.

La statue de Daleiden est aussi choyée par les producteurs. Dans son avis sur le projet de réforme du Film fund, l'Union luxembourgeoise de la production audiovisuelle (Ulpa), juge « important que le Directeur, qui a un rôle prédominant, soit au centre des événements ». Les signataires, le président Donato Rotunno et le secrétaire général Nicolas Steil, s'inquiètent même du futur statut du directeur : « La loi précise que le Directeur et le personnel du Fonds seront engagés sous le régime du droit privé. Nous supposons que cet article ne remet pas en question le statut du Directeur actuel, lequel est fonctionnaire ». Le secteur s'interdit de dire du mal de son manitou. Dans un échange d'emails datant de mars 2021, les membres de l'Ulpa regrettent la couverture médiatique qui vaut au fonds une surcharge de travail. On aimerait que la popotte du cinéma et la distribution des sous reste en dessous du radar. Et tant pis si elle doit être le fait du prince. « Veut-on que les ministres de tutelle interviennent lourdement pour changer la gouvernance du Fonds et réglementer différemment le Comité de sélection ? Souhaiter, ou pire, agir activement pour provoquer un tel changement serait une formidable erreur, résultat d'une stratégie myope voire aveugle qui risquerait de faire faire un saut dans le vide, et sans filet, à la seule administration qui tient notre industrie debout, notre seul référent », écrit l'un des participants.

Contacté ce mardi, le président de l'Ulpa, Donato Rotunno, présente Guy Daleiden « comme quelqu'un qui sait combien c'est délicat et qui protège les producteurs locaux ». Ils sont entre vingt et 25. Le monde du cinéma emploie un millier de personnes. Donato Rotunno assume le besoin de financement étatique au nom du *soft power* démocratique, de l'exception culturelle, mais rappelle que l'argent du Film Fund « n'est qu'une petite part » du budget des films produits (et le plus souvent coproduits) par les entreprises luxembourgeoises. De nombreux autres fonds de nombreux autres États abondent également pour financer les œuvres. Le contexte géopolitique général n'aide pas : « Vous êtes exposé à mille choses », relate celui qui tourne en ce moment dans une Géorgie en proie à une crise politique interne. « La crise on vit avec », poursuit Rotunno. Puis il rassure lorsque l'on évoque une réunion organisée en février 2024 avec le Premier ministre, inscrite au registre des entrevues, pour s'assurer des financements dans les prochaines années. « Le secteur est pris au sérieux. Monsieur Thill est très présent ». Les seules réunions inscrites au registre par le ministre de la Culture concernent justement celles avec l'Ulpa. Contactés, ses services ne veulent pas s'exprimer sur le litige et la question de fond de la potentielle survalorisation des entreprises. Ils n'informent pas non plus sur une éventuelle recherche d'informations sur le risque auquel le secteur est exposé. Tout repose donc sur les juges administratifs. Un article paru lundi dans le quotidien *L'avenir* en Belgique relate comment Willy Perelsztejn, éconduit pour un financement, bouscule la Commission du cinéma belge et provoque le changement de cadre légal. Au Luxembourg, le producteur belge a adapté ses comptes en juillet dernier, conformément aux préceptes de Baker Tilly, mais Daleiden ne lui a toujours pas rouvert l'accès à la plateforme de financement. ●



Willy Perelsztejn (à gauche) lors de la première d'Ashcan en 2018 à Waterloo

Tariff man

IIII Georges Canto

Donald Trump menace d’augmenter les droits de douane et d’attaquer les barrières non-tarifaires, y compris pour l’UE. Analyse

L’économiste américain Paul Krugman, prix Nobel en 2008, estimait en décembre dernier que « si Trump ne cesse de changer de position sur de nombreux sujets, il reste obstinément fixé sur son objectif d’augmenter les droits de douane ». Cela tourne à l’obsession pour le locataire de la Maison-Blanche. Il est allé jusqu’à déclarer en septembre 2024 que « les tarifs douaniers sont la plus grande chose jamais inventée ». Il en rajoutait une couche le mois suivant devant l’Economic Club of Chicago, avouant que pour lui « tarif est le plus beau mot du dictionnaire ». Ce serait son mot préféré et il se qualifie volontiers de « tariff man ».

Dès son premier mandat il avait ressorti du placard ces « espèces en voie de disparition », renouant en fait avec une longue tradition : Krugman rappelle que les droits de douane ont été un trait permanent de la politique économique américaine de 1860 à 1933, avant de tomber dans les années 2010 à un niveau moyen inférieur à quatre pour cent. Pour prouver la pertinence de sa décision, Donald Trump n’a pas manqué de rappeler pendant la campagne de 2024, que la rupture initiée par lui en 2017 a été reprise à son compte par l’administration Biden, qui a conservé les taxes imposées à 360 milliards de dollars de marchandises chinoises.

Le président américain considère les tarifs douaniers comme une sorte de « couteau suisse » permettant à la fois de réduire les déficits commerciaux, de remplir les caisses de l’État fédéral, de protéger les entreprises américaines de la concurrence et d’inciter les étrangers à investir aux États-Unis. Mais il entend aussi en faire un outil politique pour obtenir des concessions des dirigeants étrangers dans divers domaines. Tournant le dos au multilatéralisme et se retirant de facto de l’OMC, il a décidé début février de revoir les tarifs douaniers appliqués par les États-Unis à 17 000 produits provenant de 186 pays. Ils seront recalculés produit par produit et pays par pays, ceux avec lesquels les États-Unis sont lourdement déficitaires étant en tête de liste.

Après la Chine et les deux voisins immédiats, le Mexique et le Canada, menacés dès le 4 février, l’Europe est dans le collimateur, pour cause d’un prétendu excédent de 300 milliards de dollars sur ses échanges de biens avec les États-Unis, bien que les chiffres officiels indiquent un surplus presque deux fois moindre (158 milliards d’euros en 2023) et que l’UE soit déficitaire dans le domaine des services. Les droits applicables les plus souvent évoqués sont de 25 pour cent en plus des tarifs douaniers actuels.

Bien que les détails ne soient pas encore connus, plusieurs secteurs européens pourraient être particulièrement ciblés : l’industrie automobile et la métallurgie étaient concernées dès février. En avril ce sera au tour de l’industrie pharmaceutique. Des mesures à l’encontre de l’aéronautique, de l’agro-alimentaire, des machines et du luxe ne devraient guère tarder. Selon une étude du cabinet Roland Berger publiée en août 2024, le manque à gagner des entreprises européennes, dont les produits deviendront nettement plus chers, est estimé à plus de 500 milliards de dollars d’ici 2029.

La première approche privilégiée par l’UE serait de négocier avec les États-Unis. Le commissaire européen au Commerce, le Slovaque Maroš Šefčovič, a déclaré que la Commission était prête à « discuter de tout » pour éviter les droits de douane. L’UE pourrait notamment réduire son excédent

commercial avec les États-Unis en augmentant ses importations (gaz naturel liquéfié, soja), une solution déjà évoquée par Christine Lagarde, la présidente de la BCE. Si les négociations échouent, l’UE pourrait appliquer des mesures de rétorsion, comme des droits de douane supplémentaires sur toutes les importations en provenance des États-Unis, à l’exception des produits dont elle est fortement dépendante. Les droits de douane européens sur les produits américains sont actuellement très faibles (0,9 pour cent en moyenne pondérée, selon l’OMC).

Dans un premier temps il suffirait de réactiver les taxes douanières sur 3,6 milliards d’euros d’importations américaines décrétées lors du premier mandat de Trump, mais qui avaient été suspendues après l’élection de Joe Biden. L’UE pourrait aller plus loin, par exemple par des actions ciblées sur les entreprises technologiques comme Apple, Google, X et Meta, mais surtout en utilisant l’instrument anti-coercition (ACI selon son sigle en anglais) mis en place en 2023 et initialement dirigé contre la Chine. Il permettrait de restreindre l’accès des entreprises américaines aux marchés publics européens, de limiter leurs activités dans les services (plus particulièrement les services financiers) et de réduire la protection des droits de propriété intellectuelle. Une action en justice devant l’OMC serait théoriquement possible mais inefficace en pratique.

Pour Pascal Lamy, ancien commissaire européen au commerce et ex-directeur de l’OMC, ces mesures seraient dissuasives pour les entreprises américaines, car la force de l’UE réside dans la taille de son marché intérieur : avec quelque 450 millions d’habitants elle pèse un tiers de plus que les États-Unis. Les dépenses publiques y sont élevées, de sorte que certaines sociétés américaines, dans le domaine de la défense par exemple, seraient très affectées par la fermeture du marché européen. Pour certains experts, il faudra se résoudre à sortir dès que possible cette « artillerie lourde » car une autre menace se profile.

En effet, les droits de douane ne sont qu’un volet de la nouvelle doctrine tarifaire américaine. L’administration Trump 2 souhaite voir abrogées les « barrières non-tarifaires » de ses partenaires, présentées comme toutes les lois, réglementations, et même « tout acte, politique ou pratique d’un gouvernement étranger dégradant la compétitivité mondiale des entreprises américaines ». Le 20 février, le président américain a signé un texte intitulé « Défendre les entreprises et les innovateurs américains contre l’extorsion internationale



Ce lundi, Emmanuel Macron a essayé de convaincre Donald Trump de quitter le chemin de la hausse des droits de douane

et les amendes et pénalités injustes ». Ce mémorandum, qui ne cite pas — pour le moment — deux directives européennes majeures, la DSA (Digital Service Act) et la DMA (Digital Markets Act) qui visent directement les géants du Net, menace de sanctions financières et « d’autres actions » non précisées les gouvernements imposant aux entreprises américaines « une amende, une pénalité, une taxe ou tout autre fardeau discriminatoire ou disproportionné ».

La France est particulièrement visée avec ses taxes de 2017 sur Youtube (pour financer le cinéma local) et de 2019 sur les GAFA (elle a rapporté 756 millions d’euros en 2024). Trump en veut surtout à la TVA, qui a conquis une grande partie du monde à l’exception notable des États-Unis. S’en prendre à elle traduit, selon le *think tank* Tax Foundation, à Washington, « une complète incompréhension » de son fonctionnement. Le mémorandum s’attaque aussi à la justice européenne en raison des amendes infligées à Apple, Google ou Facebook, évaluées à plus de trente milliards de dollars. Dès lors, on n’est plus dans la négociation tarifaire. Les pressions exercées sur d’autres États pour leur faire modifier leur fiscalité ou leur réglementation, voire pour intervenir dans des décisions de justice portent directement atteinte à leur souveraineté. Seule une réponse ferme et déterminée est alors envisageable.

Toutefois certains en viennent à se demander s’il sera bien nécessaire d’en arriver là, car Trump pourrait finalement reculer en raison de l’impact de plus en plus visible de ses décisions tarifaires et autres (notamment en matière d’immigration) sur l’économie. Il y a un précédent avec l’expérience des droits de douane sur l’acier et l’aluminium lors du premier mandat en 2018. Elle s’est soldée par un échec, car peu d’emplois ont été sauvés tandis que la qualité des produits s’est dégradée et que leurs prix ont flambé. C’est le cœur du débat. Paul Krugman prévoyait dès décembre 2024 une augmentation de trois à quatre pour cent du coût de la vie en 2025. Et, comme les nouvelles taxes toucheront davantage les biens que les services, les ménages les plus modestes, qui en consomment proportionnellement davantage, verraient leur revenu réel amputé de 5,7 pour cent (contre -1,4 pour cent chez les plus riches).

Les chiffres de l’inflation de janvier 2025, donc avant la prise de fonction et les annonces de Trump, montraient déjà un rebond avec un rythme annuel de trois pour cent. Depuis, une enquête de la Fed révélait que les entreprises « tenteraient de répercuter les coûts de production plus élevés résultant d’éventuels droits de douane sur les consommateurs ». Ces derniers ne se font guère d’illusions selon une étude parue mi-janvier*. De fait, dès février, les anticipations d’inflation sont subitement remontées. Et le 22 février, dans sa lettre aux actionnaires de Berkshire Hathaway, Warren Buffett, se référant aux derniers baromètres révélant l’inquiétude des chefs d’entreprise et des consommateurs, mettait les autorités en garde contre un « retour de flamme » inflationniste.

Sur les marchés financiers l’état de grâce a déjà pris fin. Pour la première fois depuis quinze ans, sur les deux premiers mois de l’année, les indices boursiers européens ont augmenté nettement plus vite que leurs homologues américains : entre 11,3 et 13,3 pour cent pour le CAC 40, l’Eurostoxx 50 et le DAX 40, contre 1,8 pour cent pour le Nasdaq et deux pour cent pour le S&P 500. Les craintes sur l’inflation, le maintien des taux d’intérêt à un niveau élevé et l’évolution défavorable des profits expliquent cette situation. Ainsi, le 25 février une étude a révélé que les tarifs douaniers de Trump menaçaient la rentabilité des compagnies d’assurance américaines, en raison notamment des risques de désorganisation des chaînes d’approvisionnement.

Trump a déjà reculé temporairement sur les droits appliqués au Mexique et au Canada, et, toujours aussi imprévisible, il a évoqué le 20 février la possibilité d’un nouvel accord commercial avec la Chine en 2025, après celui conclu en 2020, qualifié par lui d’« excellent ». Rien ne dit que, fidèle à sa réputation de *dealmaker*, il ne tentera pas la même chose avec l’UE. « Entre alliés on ne peut pas se faire souffrir avec des tarifs douaniers », déclarait le 22 février le président français Macron. ●

* “The Upcoming Trump Tariffs: What Americans Expect and How They Are Responding”, Université de Berkeley, 17 janvier 2025, huit pages

Produire sur place

Début avril les médicaments, vaccins et matériels médicaux importés aux États-Unis pourraient être frappés de 25 pour cent de droits de douane. Ce serait la première fois dans l’histoire que des produits vitaux seraient ainsi taxés. La raison est que la pharmacie est le deuxième secteur le plus déficitaire derrière l’automobile. Les grands laboratoires européens seront directement impactés car ils réalisent

une partie importante de leur chiffre d’affaires sur ce juteux marché : 57 pour cent pour le danois Novo Nordisk et cinquante pour cent pour le français Sanofi, auxquels on peut ajouter les britanniques GSK (51 pour cent) et AstraZeneca (39 pour cent). Mais ces acteurs peuvent échapper aux droits de douane en produisant sur place, ce qui est déjà largement le cas, par exemple chez Sanofi : la moitié de ses ventes locales est assurée par son médicament-

phare le Dupixent (immunologie) dont le principe actif est fabriqué dans ses usines américaines. Une stratégie familière à certains constructeurs automobiles allemands comme VW et Mercedes qui possèdent de longue date des unités de production sur place. La plus grande usine mondiale de BMW se trouve d’ailleurs à Spartanburg en Caroline du sud. Les droits de douane frapperaient néanmoins les pièces venues d’Allemagne. gc



Helge Schneider
in seinem Studio
in Mülheim an
der Ruhr

„Hör auf zu kiffen!“

III Interview: Max Dax

Der Komiker und Musiker Helge Schneider über woken Fußball, seinen Besuch beim Schulpsychiater und Pixie-Bücher

d'Land: Helge Schneider, was haben Sie eigentlich gemacht, bevor Sie als Quatschmacher, Filmregisseur und Musiker berühmt geworden sind?

Helge Schneider: Ich hatte als junger Mann eine frühe Liebe zum Stummfilm entwickelt. Ich fand es einfach toll, dass in diesen alten Filme nie einer gesprochen hat. In Düsseldorf habe ich in einem Kino an einer Orgel Filme begleiten dürfen. Ich mochte den Job. Ich durfte improvisieren. Ich habe mich mit einem anderen Organisten, einem gewissen Professor Blarr, abgewechselt, wobei jeder von uns immer Schichten von sechs Stunden abgerissen hat. Es wurden die Filme von Louis Feuillade gezeigt, einem französischen Filmemacher aus den Zehnerjahren des 19. Jahrhunderts, der hat ganz früh bereits Serien gedreht, in 75mm, die Leinwand war damals noch fast quadratisch. *Fantômas* hieß die eine Serie, *Die Vampire* die andere. Als die vor über hundert Jahren aktuell und neu waren, hat in den Pausen zu diesen 15-Minuten-Filmen stets jemand auf der Bühne getanzt oder Musik gespielt – in Schuppen und Scheunen, den Vorgängern des Kinos. Feuillade war zu seiner Zeit sehr berühmt. Und zu diesen Filmen habe ich Orgel gespielt. Dabei ist mir aufgefallen, dass der andere Organist alles nach Noten spielte, der konnte überhaupt nicht improvisieren.

Das heißt: Wenn man ihm die Noten weggezogen hätte ...?

Dann wäre da plötzlich Stille gewesen. Professor Blarr konnte Noten, ich hingegen war langhaarig. An der Orgel gab es viele Knöpfe für viele tolle Sounds, alles war mechanisch. Wenn ich auf den „Regen“-Knopf gedrückt habe, fielen im Raum hinter der Leinwand getrocknete Erbsen in einen

Trichter, die anschließend durch einen kleinen Aufzug wieder nach oben befördert wurden. Und das hat geklungen wie Regen. Die Orgel stand links vor der Leinwand, die ich dadurch steil seitlich vor meiner Nase hatte. Ich habe die ganze Zeit in einer unnatürlichen Körperhaltung gespielt.

Haben Sie davon eine Nackenzerrung bekommen?

Ein funktionaler Schiefhals ist daraus hervorgegangen. Und obwohl ich herumgereicht wurde und immer wieder neue Jobs bekam, hat letztendlich Professor Blarr dann doch die meisten Auftritte abbekommen, denn es hieß: Der Schneider, der kann ja keine Noten. Da nehmen wir doch lieber den Blarr. So war das, und so ist es eigentlich auch heute noch in vielen Bereichen der Kunst.

Also wie im Fußball eigentlich.

Wie im Fußball, ganz genau ... Moment! Wieso Fußball?!

Im modernen Fußball ist Improvisation eigentlich nur sehr begrenzt zugelassen. Es dominiert die Taktik.

Haben Sie da wirklich Recht?

Haben Sie nicht das Viertelfinalspiel Italien : Schweiz während der Europameisterschaft 2024 gesehen?

Ja, ich habe jedes Spiel gesehen. Ich bin ein echter Fan. Aber in dem Spiel ist Italien 2:0 untergegangen. Ich habe 90 Minuten lang wegucken müssen.

Die Italiener waren eingeschnürt in die Taktik ihres Trainers Luciano Spalletti, die sie offenbar nicht verstanden haben, weshalb sie einfach stehen geblieben sind. Die Schweizer haben eiskalt zwischen den Italienern hin und her rochiert.

Ich habe mir das damals eigentlich nur so erklären können, dass Spalletti mit drei Fünferketten spielen ließ.

Das wären ja dann 15 Feldspieler – ohne Torwart Donnarumma.

Genau, und das haben die einfach nicht verstanden. Donnarumma hat zu Recht gefragt: „Und, was ist mit mir?!“

Gab es für Sie ein Schlüsselerkenntnis?

Es war die erste EM, bei der die KI alle Spiele entschieden hat. Bei jeder Partie sitzt jemand in einem Keller und guckt sich alles noch einmal ganz genau an – ob jemand zum Beispiel mit seiner pinkfarbenen Haartolle zwei Millimeter im Abseits steht. Und dann wird ein Tor nicht anerkannt. Das heißt – nachdem der Schiri zum Rand gelaufen ist und mit den Händen das unsägliche TV-Zeichen gemacht hat. Das ist das verhängnisvollste Zeichen der Moderne, und es passt zu unserer Überwachungsgesellschaft. Ich spreche seit der EM auch nur noch vom „Woke“-Fußball.

Das erklären Sie bitte einmal.

„Woke“ bedeutet ordentlich und korrekt. Und deshalb wird das Spiel für mich langsam aber sicher immer uninteressanter. Es wird im Fußball auch gar nicht mehr richtig geholt.

Sie meinen: umgeholt?

Ja, genau. Früher kam oft der Krankenwagen. Also, wer schon mal wirklich beim Fußballspiel dabei war, wenn Sie mal in die Städte im Ruhrgebiet gehen würden, wo sie noch auf Bolzplätzen spielen, in Hagen oder in Oberhausen, dann schleppen die sich mit schweren Beinen durch den Matsch, und der Ball ist ganz schwer. Ich gehe oft auf solche Spiele. Und auf einmal hörst du so ein lautes Knacken, weil da zwei zusammen geknallt sind. Dann kommt der Notarztwagen. Das ist Fußball. Da gibt es auch keine drei Fünferketten.

Zurück zur Künstlichen Intelligenz!

Vor 150 Jahren hätte niemand gedacht, dass man eine künstliche Hüfte haben kann aus Stahl. Und heute laufen alle mit künstlichen Hüften herum, die ganze Stadt klappert, wenn man nur hinhört.

Hatten Sie schon immer so gute Ohren?

Ja. Das ist einfach so, ich weiß auch nicht, warum. Es gibt einfach Talente, von denen weiß man gar nicht, wo man die her hat. Zum Beispiel auch mein Mut zur Improvisation. Wo habe ich den her? Hat es in meiner Familie vielleicht mutige Vorfahren gegeben? Etwas anzufangen, es nicht vor sich her zu schieben und einfach zu machen – das ist für mich die Definition von Mut. Einfach nicht in die Schule zu gehen zum Beispiel. Mit 14 den Mut zu haben, die Unterschrift des Vaters vom Lottoschein abzupausen, die Entschuldigungen selbst zu schreiben und einfach ein halbes Jahr nicht in die Schule zu gehen. Das ist dann aber aufgefliegen, als ich irgendwann geschrieben hatte, ich hätte Angina



Feuilleton

Mit seinem
Gitarristen Henrik
Freischlager auf
dem Fahrrad und
seinem jüngsten
Sohn Charly am
Schlagzeug

land
28.02.2025

19

Pectoris. Das war auffällig, weil das umgangssprachlich für Herzinfarkt ist. Mein Klassenlehrer, Herr Becker, der zugleich Lateinlehrer war, wurde hellhörig und bestellte meinen Vater zum Rapport in die Schule.

Sind Sie dann von der Schule geflogen?

Ich musste zum Psychiater, das war ein richtig toller Typ. Der guckte mir tief in die Augen und sagte nur: „Hör auf zu kiffen!“ Als Substitut hat er mir Tabletten verschrieben, die hießen Librium 10, so eine Art Valium. Habe ich sofort verschenkt. Ich wurde von ihm rückwirkend für ein ganzes Jahr vom Schulunterricht befreit. Das wünsche ich mir für meine Kinder auch.

Was macht eigentlich einen guten Witz aus?

Ja, darüber denke ich auch manchmal nach. Spontanität und irgendwie auch eine überraschende Pointe, mit der man überhaupt nicht rechnet. Aber es ist schwer geworden. Die Welt wird immer humorloser. Es wird erwartet, dass man sich selbst die Schere im Kopf ansetzt, dass man kontrolliert, was man erzählt. Ich könnte Ihnen jetzt einen Witz erzählen, der ist sehr, sehr lustig: Geht ein Mann in den Puff ...

Und?

Tut mir leid. Der Witz ist nicht woke.

Und was ist mit den ganzen Blues-Sängern? Können die jetzt nicht mehr singen: „When I woke up this morning“?

Genau, das können die jetzt nicht mehr. Da könnte sich ja jemand, der morgens nicht mehr aufwacht, benachteiligt fühlen. Und an solche Sachen denke ich natürlich auch auf der Bühne. Ich frage mich: Darf ich eigentlich noch „Spaghettisierung“ sagen? Also sage ich lieber nichts und spiele Klavier.

Was genau bedeutet „Spaghettisierung“?

Ich bin ja kein Wissenschaftler. Aber der Begriff beschreibt wohl, was mit uns Menschen geschieht, wenn die Erde durch ein Schwarzes Loch hindurch gesogen wird, und wir für eine kurze Zeit alle ganz dünn werden – wie Spaghetti. Und wenn

*Der Begriff
Spaghettisierung
beschreibt wohl, was
mit uns Menschen
geschieht, wenn die
Erde durch ein
Schwarzes Loch
hindurch gesogen wird,
und wir für eine kurze
Zeit alle ganz dünn
werden – wie Spaghetti*

wir dann auf der anderen Seite wieder rauskommen, sind wir wieder normal, haben aber alles vergessen. Die gängige These lautet: Man wird spaghettisiert, aber man vergisst es gleich wieder. Das passiert ja vielen auch im echten Leben, dafür braucht es gar kein Schwarzes Loch. Also, mir passiert das auf alle Fälle öfter. Das hat aber nichts mit dem Alter zu tun. Es hat eher mit dieser Informationsdichte zu tun. Es kreisen in meinem Kopf einfach permanent sehr viele Gedanken gleichzeitig herum. Sie könnten beispielsweise denken, ich sitze hier, höre Ihnen zu, und wir reden ganz normal. In Wirklichkeit denke ich aber gerade an meine nächste Komposition, bereite in meinem Kopf bereits alles vor.

Denken Sie immer so weit in die Zukunft?

Ich bin eigentlich immer auf Tournee, trete permanent auf. Aber heutzutage muss ich ein Jahr vorher schon die Auftritte und das Programm festlegen, das ich in einem Jahr spielen werde. Ich finde das furchtbar. Ich möchte als Zuschauer spontan entscheiden können, ob ich heute Abend in ein Konzert gehen will, deshalb bestehe ich auch darauf, dass es bei jedem meiner Konzerte auch noch Abendkasse gibt. Wenn ich mich zum Beispiel mit einem Freund für nächstes Jahr verabreden möchte, dann sagt der: Du, das geht leider nicht, am 10. Oktober gehe ich zu Al Jarreau. Als Künstler macht mich das fertig.

Schauen Sie eigentlich gerne Science-Fiction-Filme?

Nein, solche Filme gucke ich nicht mehr. Aber ich habe Jules Verne gerne gelesen, alle Romane. Auch Karl May, alle 72 Bände. Ich bin dann aber irgendwann umgestiegen auf Pixie-Bücher.

Weil man bei denen so schnell sagen kann: Ich habe schon wieder ein Buch gelesen?

In den Pixie-Büchern werden meistens einfache Geschichten erzählt. Man sieht auf der ersten Seite ein Schaf, und dann sagt es auf der zweiten Seite Mäh, auf der dritten Seite kommt die Mutter, auf der vierten trinkt es Milch, und dann kommt auf Seite fünf der Bauernhof und auf Seite sechs der böse Wolf, und dann ist das Buch zu Ende. Irgendwann begann ich Lupo modern zu lesen, Fix und Foxi und sowas. Mein Vater war aber dagegen. Für ihn war das Schund.

Erinnern Sie sich gerne an Ihre Schulzeit?

Ja, irgendwie schon. Meine Lehrer waren alles komische Typen. Und meine Oma, also die Mutter meines Vaters, ist nie in die Kirche gegangen. Sie hat in der Kirche auch Kerzen geklaut.

Auf was für eine Schule sind Sie gegangen?

Auf das staatliche Gymnasium für Jungen, ich konnte ja schließlich fließend Latein.

Nachdem Sie von der Schule geflogen sind, sind Sie dann Musiker geworden?

Ich war vorher schon Musiker, auf Partys habe ich Klavier gespielt. Ich wurde mit der Zeit so erfolgreich, dass ich davon leben konnte.

War Ihr Alleinstellungsmerkmal damals schon der Quatsch, den Sie zwischen den Stücken gemacht haben?

Quatsch habe ich tatsächlich schon immer gemacht.

Haben Sie damals bereits Jazz gespielt?

Ich habe zunächst Bach studiert. Das wohltemperierte Klavier hat mir sehr gut gelegen, ich bin schließlich selbst wohltemperiert. Und meine Klavierlehrerin hat immer neben mir gestanden

und hat mir ab und zu mal einen Hieb auf die Hand gegeben. Mit einem Lineal.

War das Lineal aus Holz oder aus Plastik?

Aus Holz. Ich sollte am Tag sechs bis acht Stunden Bach üben, habe mir zu Hause aber lieber selbst Boogie Woogie beigebracht. In dieser Zeit habe ich auch angefangen zu improvisieren. Ich habe begonnen, mir Melodien ausdenken und Harmonien zu ihnen finden. Ich habe alles aber adaptiert von Bach, der uns mit seiner Musik ja viele modulare Bausteine mitgegeben hat.

Haben Sie auch die Goldberg-Variation gespielt?

Die Goldberg-Variationen habe ich zwei, dreimal durchgespielt, habe dann aber gesagt, nee, das ist nicht so mein Ding. Zu schnulzig.

Warum geben Sie eigentlich keine Interviews mehr?

Man muss Markierungen setzen, man muss Dinge behaupten. Mein Vorbild, Adriano Celentano, ist nie geflogen, deshalb war er nie in Amerika. Er ist immer nur mit dem Zug gefahren. Sollte also mal eine Anfrage als Fußballtrainer kommen, zum Beispiel nach Adelaide oder São Paulo, dann kann ich immer sagen: „Ich fliege nicht, tut mir leid.“

Einer Schiffsreise würden Sie sich nicht verwehren?

Nein, auch da sage ich konsequent nein. Obwohl ich früher in einer Rudergemeinschaft im Wassersportverein Mülheim an der Ruhr gerudert habe. Ich war auch im Gymnasial-Turnverein und konnte Flickflack und so einiges anderes mehr. Aber als ich einmal an die Ringe gehoben wurde und dann in drei Metern Höhe an diesen Ringen hing, habe ich mich einfach fallen lassen. Damit war dann auch diese Karriere zu Ende. ●

Helge Schneider tritt dieses Wochenende am 28. März in Köln auf. Weitere Shows folgen am 16. März in Koblenz und am 22. März in Trier.

Investigations soniques

IIII Karolina Markiewicz

Impressions de la 19^e exposition internationale d'architecture - La Biennale di Venezia



Sonic investigations, un projet de Valentin Bansac, Mike Fritsch et d'Alice Loumeau

Le projet présenté à Venise mettra en avant la richesse sonore du Luxembourg

un travail d'enquête, une volonté de révéler ce qui est souvent imperceptible ou ignoré.

Les deux jeunes architectes racontent qu'ils se sont inspirés des recherches de Bernhard Leitner sur les *Espaces Sonores*. Dans ce cheminement, le pavillon proposera une réelle immersion, où le son deviendra le principal vecteur d'exploration. Délesté de la saturation visuelle omniprésente dans nos sociétés contemporaines, il invitera à une expérience sensorielle radicale, nous plongeant dans un univers presque dépourvu de lumière, où l'écoute deviendra un acte conscient, sans doute même transformateur. Aussi banale qu'elle puisse paraître, une écoute focalisée sur le paysage sonore révèle des dimensions insoupçonnées de notre environnement, elle peut modifier notre perception de l'espace.

Sonic Investigations présentera par ailleurs, une collection de contenus originaux, composée d'une pièce sonore immersive, de textes et d'une documentation de terrain. Plutôt que d'accumuler des objets physiques, le projet souhaite faire de la Biennale de Venise une plateforme de recherche et de production de savoirs. Son objectif est de proposer de façon généreuse une réflexion et si possible une discussion sur la place du son dans nos environnements construits et naturels, à partir d'intuitions.

Dans cette perspective, la scénographie du pavillon est pensée comme une intervention minimale, conçue pour offrir un cadre acoustique optimal à la présentation des paysages sonores enregistrés au Luxembourg. Son architecture repose sur des principes éco-responsables : les éléments de construction sont volontairement peu modifiés afin de faciliter leur réintégration pour réduire l'impact environnemental.

Dès l'extérieur du pavillon, un haut-parleur interpellera, éveillant la curiosité et amorçant l'expérience auditive. Une fois à l'intérieur, l'immersion sonore enveloppera, permettant d'explorer le territoire luxembourgeois à travers une cartographie acoustique inédite. À la sortie de cet espace d'écoute, nous serons tous invités à découvrir une zone de *making-of*, dévoilant les coulisses du projet.

Par cette approche, *Sonic Investigations* ne se limite pas à une simple expérience immersive. Le projet propose une réflexion critique et sensible sur notre relation aux paysages sonores. En plaçant l'écoute au cœur du dispositif, on comprend que le pavillon interrogera réellement les perceptions, questionnera l'omniprésence du visuel et ouvrira de nouvelles perspectives sur la manière dont nous habitons et ressentons les espaces.

Dans l'idée de l'œuvre silencieuse 4'33" de John Cage, *Sonic Investigations* invitera à fermer les yeux et à écouter activement, parce que face à l'hégémonie visuelle, l'écoute devient un acte politique, ouvrant de nouvelles perspectives pour explorer les environnements construits et naturels, déplaçant ainsi notre attention et donnant voix aux entités — plus qu'humaines — terrestres, vivantes ou non, un peu en référence à Bruno Latour, philosophe, anthropologue et sociologue avec lequel Alice et Vincent ont pu se former. Ils sont tous deux diplômés du master d'Expérimentation en Arts Politiques dirigé par feu

Bruno Latour et Frédérique Aït-Touati, à l'Institut d'études politiques de Paris (Sciences Po).

Les concepteurs avancent aussi que le projet de *Sonic Investigations* vise également à mettre en avant toute la richesse sonore du Luxembourg, un territoire où se concentrent et se superposent les bruits industriels, urbains et naturels. Les trois architectes ainsi que le reste de l'équipe (au complet avec l'artiste sonore, Ludwig Berger, le philosophe et musicologue, Peter Szendy ainsi que le designer graphique, Pierre Vanni) accordent ici une place centrale au son, afin d'accéder à une nouvelle forme de compréhension spatiale et sensorielle.

À la croisée de la pratique et de la théorie, ce projet interroge le territoire dense du Luxembourg, une étude de cas représentative des enjeux globaux d'aménagement, où se mêlent sons biologiques, géologiques et anthropiques au sein du paysage sonore complexe de l'anthropocène. Comment peut-on révéler l'entrelacement des réalités contemporaines propres à ce territoire exigu ? Les architectes sont convaincus que cela peut passer à travers une écoute attentive et des enregistrements de terrain capturant une diversité sonore issue de multiples environnements. Ils parlent tous deux, d'une expérience incarnée de l'espace. Ils pensent que cette démarche offre aussi une opportunité d'imaginer de nouvelles perspectives et d'introduire une approche multisensorielle dans les pratiques architecturales et spatiales.

Le projet s'intéresse également aux résonances historiques et culturelles des sons. Chaque territoire possède une signature sonore unique, un écho de son passé et de ses transformations. Le projet, qui s'adresse à tous les publics, permet de cartographier les strates auditives qui influencent nos perceptions et nos interactions. La restitution de ces ambiances sonores dans un pavillon immersif peut offrir une nouvelle façon de ressentir et d'appréhender l'espace, par-delà la simple observation visuelle.

En construisant de nouveaux récits et en proposant une lecture du territoire au-delà des perspectives anthropocentriques, sera révélée la dynamique auditive de paysages marqués par les infrastructures humaines. Le pavillon devient dans ce contexte précis, un espace immersif qui révèle l'invisible et redonne une place au son dans la compréhension de l'environnement commun. Cette approche s'appuie sur des concepts tels que l'*écologie acoustique* de Murray Schafer des années 1960 et la notion de *guerre sonore* développée par Steve Goodman, où le son devient vecteur de tension abordant les défis d'un monde en mutation accélérée.

Au-delà de la simple écoute, *Sonic Investigations* incite à une réflexion critique sur notre environnement sonore et sur la manière dont il est façonné par les activités humaines. Comment les transformations du paysage sonore influencent-elles notre bien-être et notre rapport aux lieux ou encore, comment l'urbanisation, les infrastructures et les flux énergétiques modulent nos perceptions auditives. Ce projet permet un cadre d'expérimentation et d'analyse, pour l'équipe créatrice tout d'abord, mais aussi pour le public dans son spectre le plus large. Il permettra sans aucun doute d'envisager de nouvelles pratiques d'aménagement plus sensibles aux réalités acoustiques.

En réintroduisant l'écoute comme un mode essentiel de perception, *Sonic Investigations* propose une immersion sonore qui redéfinit notre rapport aux espaces et aux territoires. En offrant une alternative à la domination du visuel, cette démarche ouvre de nouveaux horizons pour la compréhension et la conception de notre environnement, en intégrant pleinement la dimension auditive dans nos expériences spatiales et architecturales.

Au centre du pavillon, une œuvre sonore conçue avec l'artiste Ludwig Berger, tel un acusmonium, invitera à explorer l'espace autrement. Ce sera le résultat de rencontres avec des experts de diverses disciplines, telles que l'écologie, les sciences sociales, l'ingénierie, mais aussi l'histoire et les sciences des données.

Et pour finir, le projet sera étendu aussi bien matériellement que dans le temps avec une publication intitulée *Ecotones: Investigating Sounds and Territories*. Le tout sera encadré par des moments d'activation qui comprendront entre autres une performance sonore hors les murs de Ludwig Berger avec des lectures de la publication. Et une courte résidence avec Gaia Ginevra Giorgi qui aboutira à une performance dans l'espace du pavillon ainsi qu'une promenade audio sur la lagune, guidée par Nicola Di Croce. ●

Von Wunderheilern, toxischen Vorbildern und anderen Scharlatanen

IIII Jeff Schinker

Es dürfte für viele ein Dilemma gewesen sein: Den politischsten Film des Berlinale-Wettbewerbs zu würdigen hätte bedeutet, nach Nicolas Philberts *Sur l'adamant* und Mati Diops *Dahomey* zum dritten Man in Folge den einzigen Dokumentarfilm des Wettbewerbs mit dem Goldenen Bären auszuzeichnen – und somit zu verdeutlichen, dass Fiktion im Wettbewerb nicht mehr viel zu sagen hat.

Kateryna Gornostais von a_Bahn koproduzierter Dokumentarfilm *Timestamp* über ukrainische Schulen, in denen trotz des Krieges weiterhin unterrichtet wird, mit dem Goldenen Bären auszuzeichnen, wie so manche Kritiker/innen es vorausgesagt hatten, hätte gleichzeitig von politischem Mut und ästhetischer Feigheit gezeugt, fehlt es doch, bei einem einzigen Dokumentarfilm, an Vergleichskriterien. Auch ohne Bären bestechen Gornostais während 14 Monaten in der Ukraine eingefangene Bilder von zerbombten Schulen, von Schüler/innen, die sich ihre militärische Zukunft vorstellen und Unterrichtsstunden, die immer wieder wegen Bombenalarms unterbrochen wird. Gornostai filmt stoisch, aber politisch nicht neutral eine Lehrerin, die einer Grundschulklasse mithilfe von Fotos erklärt, wie man zwischen harmlosen und mit Sprengstoff gespickten Plüschtieren diskriminiert. *Danger, Danger*, schreien die Kleinen – und die Frage, die *Timestamp* eindringlich stellt, ist überdeutlich: Was bringt eine humanitäre Erziehung in einem Land, dessen Jugend in den Krieg zieht – und inwiefern soll der Unterricht auf ein Leben im Krieg vorbereiten?

Fast wirkt es also so, als sei sich die Jury um Todd Haynes ihrer Aufgabe, die Fiktion auf der Berlinale zu rehabilitieren, bewusst gewesen: Anders erklärt sich der Goldene Bär für Dag Johan Haugeruds guten, aber nicht außergewöhnlichen *Dreams*¹ wohl kaum. Der Film ist eine deutliche Hommage an die Macht der (Auto)Fiktion. Nach der Lektüre von Janine Boissards *L'esprit de fille*, ein Roman über ein junges Mädchen, das sich in einen älteren Mann verliebt, verguckt sich die 17-jährige Johanne (Ella Øverbye) in einem Prozess umgekehrter Mimesis in ihre Französischlehrerin und hält ihre Gefühle in einer Autofiktion fest, die sie ihrer Großmutter Karin (Anne Marit Jacobson) zeigt. Überwältigt (und auch ein wenig neidisch) meint Karin, Johanne dürfe ihrer Mutter Kristin (Ane Dahl Torp) diesen Text nicht vorenthalten. Diese wiederum will nach dem Lesen des Textes die Lehrerin erst wegen Missbrauchs und Manipulation verklagen, feiert die Prosa ihrer Tochter am darauffolgenden Tag dann als „queer-feministisches Manifest“. Haugeruds (gegen Ende etwas zu voraussehbarer) Film ist jedoch weniger ein Manifest als eine feinfühlige Darstellung der ersten Liebe und ein Porträt generationsübergreifendem weiblichen Zusammenhalt – und schließt nach *Sex und Love* eine über den Zeitraum von nur zwölf Monaten produzierte Trilogie würdig ab.

Überhaupt waren die Themen Mutterschaft, weibliche Solidarität und die Kehrseite davon – toxische Beziehungen junger Frauen zu weiblichen Identifikationsfiguren – rote Fäden, die sich durch einen qualitativ überraschend ausgeglichenen Wettbewerb zogen. In Mary Bronsteins *If I Had Legs I'd Kick You* spielt Rose Byrne (Silberner Bär für die beste schauspielerische Leistung in einer Hauptrolle) die hoffnungslos überforderte Mutter und Therapeutin Linda, die sich um ihre kranke Tochter kümmern muss. Der Ehemann ist gefühlt 366 Tage im Jahr auf Geschäftsreise, verteilt dafür aber tagtäglich via Telefon doofe Ratschläge (Linda legt ihm quasi in jeder Szene auf). Ihre Patienten sind bestenfalls in sie verknallt, schlimmstenfalls Kindesmörder *in spe*. Als ein Leck ein

Post aus Berlin, Teil 2: Gedanken zu den Preisen der 75. Berlinale

klaffendes Loch in die Decke ihrer Wohnung frisst und diese überschwemmt, bricht ihre Welt definitiv zusammen. Bronsteins Film ist radikal – Linda ist so unsympathisch, dass man nicht anders kann, als sie zu mögen und bis zur Schlusssequenz wird ihre Tochter nie gezeigt, obwohl man sie in jeder Szene jammern, klagen oder lachen hört – womit Bronstein verdeutlicht, wie sehr die Tochter für Byrnes alleinerziehende Mutter zu einer abstrakten To-do-Liste versachlicht wird.

Byrnes beeindruckende Performance ist definitiv Bärenmaterial – würde die Berlinale jedoch noch Preise für eine männliche *und* eine weibliche Hauptrolle vergeben, hätte man unbedingt Ethan Hawke für seine Verkörperung des alkoholsüchtigen Musicaldichters Lorenz Hart in Richard Linklaters brillant geschriebenem, wahnsinnig lustigen und zu Tränen rührendem Huis Clos *Blue Moon* auszeichnen müssen. Wie Hawke hier den vom eigenen Ehrgeiz zerfressenen und dem doppelten Verrat seines früheren Partners (Andrew Scott) niedergeschmeterten Dichter spielt – das hätte die Jury eigentlich würdigen müssen. Hat sie irgendwie auch: Dass Andrew Scott hier mit dem Silbernen Bären für die beste schauspielerische Leistung in einer Nebenrolle ausgezeichnet wurde, ist eben nur so lange absurd, bis man diesen Trostpreis als heimliche und bisweilen auch ironische Hommage an Hawke interpretiert: Schließlich steht Hawkes Figur im Schatten seines künstlerischen und amourösen Widersachers. Selten war eine Auszeichnung gleichzeitig so metaleptisch und so zynisch.

Weil Anikas Mutter in der Psychiatrie ist, kümmert sich Großmutter Myriam (Mara Bestelli) um sie

– und nutzt Anikas vermeintliche Gabe, mit den Haustieren ihrer Kunden in Kontakt treten zu können, aus. In Iván Funds *The Message* (Silberner Bär Preis der Jury) geht es um Aberglauben – und um die Schere zwischen reich und arm. Der Film ist weitaus kontemplativer, als es die schräge Prämisse vermuten lässt: Hier passiert wenig, die bestechende Schwarzweißästhetik hält Alltagsschnipsel fest, ein bisschen wie auch Hong Sangsoo es in seinem alljährlichen Wettbewerbbeitrag *What Does That Nature Say to You tut*.

Im Gegensatz zur Wunderheilerin Anika hat Marielle (Laeni Geiseler) tatsächlich eine Gabe: Seitdem ihr beste Freundin sie gehorft hat, hört und sieht sie alles, was ihre Eltern tun. Dass Mutter Julia (Julia Jentsch) während der Rauchpause explizite sexuelle Fantasien mit dem Arbeitskollegen Max austüfelt, kriegt sie ebenso mit wie Vater Tobias' (Felix Kramer) Demütigung auf der Arbeit. Frédéric Hambaleks Wettbewerbbeitrag *Was Marielle weiß* ist ein amüsanter Thesenfilm, der die Frage stellt, wie viel Lüge es braucht, um sich, seinen Partner und seine Kinder im Alltag auszuhalten. Schnell erfährt Marielle, dass das Erwachsenenleben aus permanenter Selbsttäuschung besteht, der ein sehr dehnbares Wahrheitsverständnis zugrunde liegt. Durch Marielles Gabe werden beide Eltern – hier wird der Film etwas zu pädagogisch – wieder ehrlicher mit sich selbst und lernen, im Alltag mutiger zu sein.

Johanna Moder geht in *Mutterglück* noch einen Schritt weiter: Nachdem sich Julia (Marie Leuenberger) ihren Kinderwunsch endlich erfüllen kann, stellt sie fest, dass etwas mit ihrem Baby nicht stimmt. Das ist nicht meins, meint die Chefdirigentin, ihr Ehemann und der Arzt diagnostizieren eine postnatale Depression, während Julia zu ermitteln beginnt. Wie in Henry James' *Turn of the Screw* oder Thomas Pynchons *The Crying of Lot 49* lebt Johanna Moders übernatürlicher Film von dem, was Tzvetan Todorovs Unschlüssigkeit des Fantastischen nannte: Lange bleibt es für die Zuschauer/innen unbestimmbar ob das, was mit dem Baby nicht stimmt, sich nur in Julias Kopf abspielt – oder ob sie sich gut daran tat, dem Kind keinen Vornamen zu geben.

Drei von der Jury preisgekrönte Filme bringen etwas Kapitalismuskritik in diese politisch eher

zahme Berlinale: Neben der bereits vorige Woche besprochenen brasilianischen Dystopie *Blue Trail* (Grand Prix du Jury) zeichnete die Jury Huo Ming mit dem Silbernen Bären für die beste Regiearbeit aus. In *Living the Land* porträtiert der Regisseur ein chinesisches Dorf, das mit dem wirtschaftlichen Wandel der 90er-Jahre konfrontiert wird – Eltern lassen ihren Sohn zurück und ziehen in die Stadt, eine Frau fürchtet eine staatliche Zwangssterilisierung, eine andere eine Zwangshochzeit. Umrahmt von drei Todesfällen, in der Mitte von einer morbiden Hochzeitszeremonie geprägt, stellt *Living the Land* mit wenig Handlung und viel Empathie ein Dorf dar, dass die Spätfolgen des globalen Turbokapitalismus zu spüren bekommt.

Am neoliberalen Virus ist auch das transsilvanische Cluj erkrankt, in dem eine Gerichtsvollzieherin die schwere Aufgabe hat, einen Obdachlosen aus dem Keller, in dem dieser Unterschlupf gefunden hat, zu verweisen – das Haus soll abgerissen werden und einem Boutique Hotel weichen. Als sie ihn 20 Minuten nach dem Rauswurf an einer Heizung erhängt auffindet, plagt sie das schlechte Gewissen. Seinen mit dem besten Drehbuch ausgezeichneten *Kontinental 25* hat Radu Jude quasi nebenbei gedreht, während er in Transsylvanien seine *Dracula*-Verfilmung fertigstellte. Tatsächlich ist Judes mit einem iPhone gefilmte dritte Zusammenarbeit mit Paul Thiltges Distributions weniger verspielt als *Good Luck Banging or Loony Porn* oder *Do Not Expect Too Much from the End of the World*. Dennoch fesselt der Film mit schwarzem Humor, endlosen Dialogen in bester Hong Sangsoo-Manier und betörenden finalen Bildern einer Stadt, in der neue Gebäude wie Pilze aus dem Boden sprießen, während ein Obdachloser um ein paar Lei bettelt und von Roboterwachhunden angeschnauzt wird. Insbesondere während der Angangs- und Schlusssequenz erinnert Cluj frapierend an das heutige Luxembourg-City.

Eine Tradition hat die Berlinale auch dieses Jahr erhalten: Abgesehen vom Silbernen Bären für eine besondere künstlerische Leistung an Lucile Hadžihalilovićs recht redundanten *La Tour de Glace* gingen die französischsprachigen Filme leer aus – darunter auch die Luxemburger Koproduktionen *Reflet dans un diamant mort* (Films Fauves) und *La cache* (Red Lion). In letzterem verdichtet Lionel Baier Christophe Boltanskis jahrhundertumspannenden Roman auf die Mai-68-Ereignisse und zeichnet mit viel Leichtfüßigkeit, etwas dramaturgischer Orientierungslosigkeit und einem nicht immer zündenden Humor ein Familienporträt, das eigentlich als utopische Metonymie für die französische Gesellschaft steht – wäre da nicht der bereits 1968 wieder salonfähige Antisemitismus, gegen den sich die Boltanskis durch ihren unkonventionellen Lebensstil widersetzen. ●

¹ Nicht zu verwechseln mit Michel Francos Wettbewerbbeitrag *Dreams*.

Ethan Hawke und Margaret Qualley in Richard Linklaters *Blue Moon*

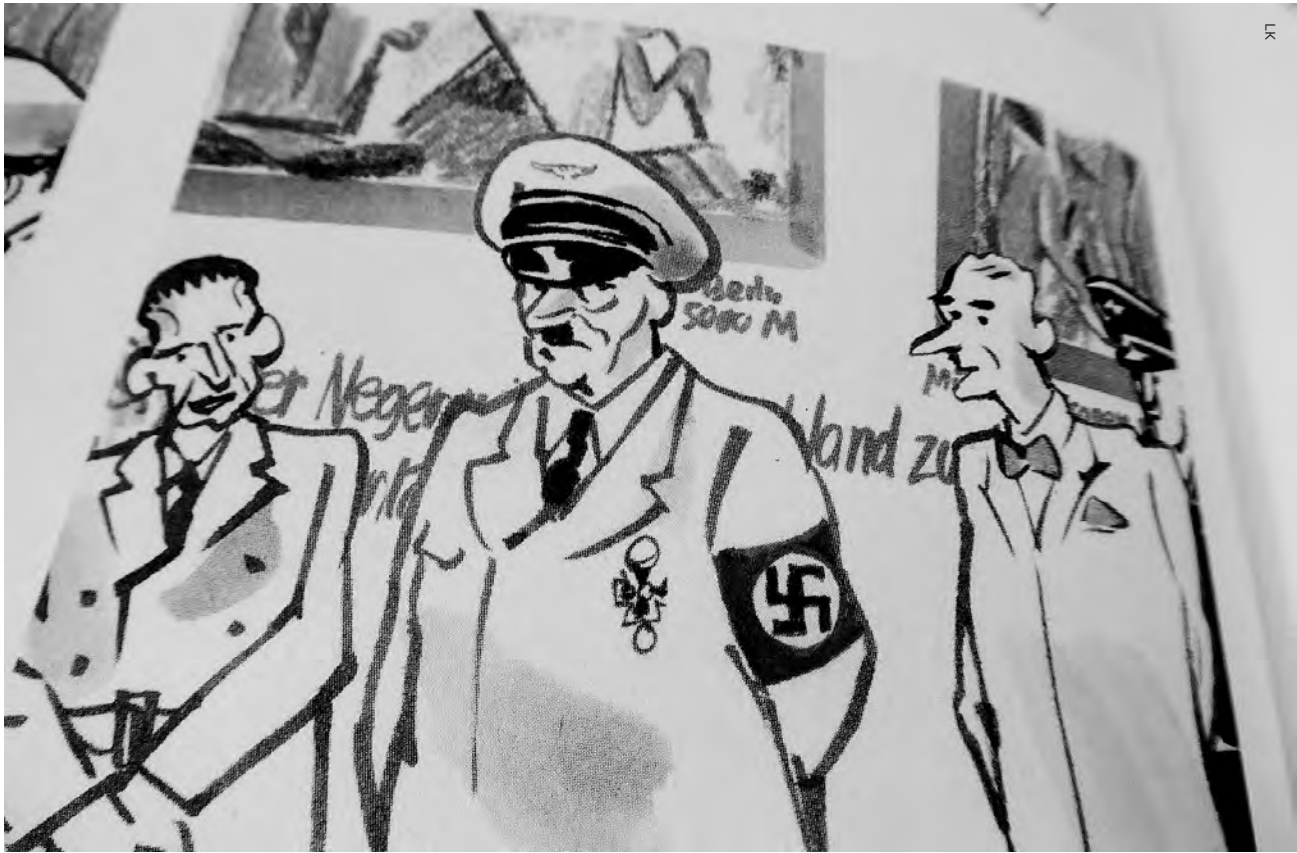


« ART DÉGÉNÉRÉ »

Tribulations de deux filles nues

IIII Lucien Kayser

Comment le dessinateur Luz a retracé le destin d’un tableau d’Otto Mueller, de la création à la restitution en passant par l’opprobre des temps nazis



Hitler, Goebbels et Ziegler visitant l'exposition Entartete Kunst

Les nazis lui ont donné comme un certificat de bonne moralité en le qualifiant d’« entartet »

vue des dessins, c’est lui qui voit et qui vit son propre destin. D’où des cadrages inhabituels, insolites, ajoutant au dynamisme des images, des situations, des fois tragiques, à d’autres reprises carrément grotesques.

Et les épisodes, les uns plus désolants ou rageants que les autres, tous extrêmement prenants, de se succéder, même s’il y a au départ cette heureuse acquisition par l’avocat Littmann, très vite victime de la répression antisémite qui le fera succomber à une tentative de suicide en septembre 1934. Après, c’est la descente aux enfers, la confiscation, l’exposition orchestrée par Goebbels et Ziegler, président de la Chambre des Beaux-Arts du Reich, la vente aux enchères en Suisse... avec le salut qui vient du rachat par Josef Haubrich, autre avocat, basé à Cologne, qui fera don de sa collection à la ville au lendemain de la guerre (après quand même un autre suicide, celui de son épouse en 1944).

Et un peu comme une réhabilitation viendra fin des années 1940 et plus tard, la présence des deux filles nues de Mueller dans une tournée d’expositions internationale qui fait entrer le Luxembourg et son musée dans le livre de Luz. Avant la restitution du tableau à la famille Littmann, sa fille Ruth, épouse Haller, et son rachat définitif par le musée Ludwig. Au bout d’une terrible leçon d’histoire contemporaine à travers le regard pas si innocent que ça de deux jeunes femmes, d’un tableau qui est un survivant. ●

Pas plus tard que la semaine passée, une page entière de la *Süddeutsche Zeitung* nous a appris combien les autorités allemandes, en l’occurrence bavaoises, sont réticentes dans leurs recherche des anciens propriétaires des tableaux volés par les nazis. Pas moins de 200 œuvres, marquées d’un point rouge sur une liste secrète, et dévoilée maintenant, appartenant aux Staatsgemäldesammlungen, font partie de ce qu’on appelle *Raubkunst*, quelque 800 restent suspectes, marquées de couleur orange. Il est vrai que Munich était à l’époque, les années trente, quarante, un haut lieu du trafic de ce butin, c’est à Munich aussi que fut organisée l’exposition *Art dégenéré*, avant de faire le tour des grandes villes allemandes.

Munich a donc normalement, par la force des vilaines choses, une place de choix, des pages entières, dans la dernière bande dessinée de Luz,

le dessinateur rescapé de *Charlie Hebdo*, consacrée à un tableau d’Otto Mueller, *Zwei weibliche Halbakte*, de 1919, aujourd’hui au musée Ludwig de Cologne. Luz, de son vrai nom Renald Luzier, après s’être remis à dessiner, après *Catharsis*, où il avait confessé avoir été dépossédé en même temps de son art et de ses amis, le voici, un peu comme sa consœur Catherine Meurisse, se tournant vers l’art justement pour ressusciter pour de vrai, bien qu’il s’agisse encore de malheurs, de calamités.

Luz retrace en effet le destin du tableau de Mueller, depuis sa création jusqu’à sa restitution et sa consécration muséale, mais la plupart du temps, nous nous trouvons en face des pires malheurs, d’une infortune misérable, pour l’œuvre, pour l’artiste, pour les propriétaires. Laissons de côté, pour ne pas réchauffer une sujet traité ici-même

il y a très peu, ce que d’aucuns, et de façon sans doute injuste, ont pu conclure d’une exposition Mueller toute récente à Münster, très critique par rapport aux femmes et aux tziganes (ou faut-il écrire Sintés et Roms). Luz y touche avec un moment de baiser volé à une étudiante à l’académie de Breslau.

L’essentiel est bien ailleurs. Pour Otto Mueller, dans son art, et les nazis en le qualifiant d’« entartet » lui ont donné comme un certificat de bonne moralité. Pour Luz, et cela dès les premières pages, avec des bribes, des éclats de dessin, le tableau est en pleine facture, en plein air, on saisit l’artiste et Mascha, sa muse, qui a d’ailleurs hâte de se rhabiller à l’intrusion d’un voyeur. Dès ces premiers instants, et tout au long, à part son dévoilement tout à la fin, dessiné par Luz, c’est le tableau qui lui-même qui donne le point de



T A B L O

LAND ART



Swift

La carte blanche à un artiste a été confiée ce mois à Dirk Mevis. Né en 1978, le Luxembourgeois est un photographe autodidacte qui affiche cependant une solide expérience de ce média : il a pris un appareil photo à l’âge de douze ans et n’a jamais cessé de prendre des photos. Lors d’un séjour aux États-Unis en 2008, il découvre et se passionne pour la photo-graphie de rue. Il s’engage dans la promotion de la photographie en tant que membre du Luxembourg Streetphoto col-lective qui organise chaque année le Light Leaks Festival. Il est également l’un des membres fondateurs du zine photo Filter.

Les images présentées en page 23 se penche sur un petit phénomène peu connu : les Suzuki Swift en Hongrie. Suzuki était une des premières marques non soviétiques à s’établir en Hongrie après la chute du rideau de fer, avec une usine ouverte à Esztergom en 1991. Des milliers de ces voitures abordables ont été vendus en Hongrie, à tel point qu’en 1999 la Suzuki Swift représentait un quart de toutes les voitures en Hongrie. « L’image d’un vieux hongrois dans la petite voiture japonaise est presque un cliché. Presque chaque hongrois avait un père, un oncle ou un autre membre de famille avec une Swift. Beaucoup ont appris à conduire dans une Swift.

Cette petite série rend hommage à cette absurdité de l’histoire », résume-t-il. FC

NACHRUUF

Escher Feministin

Nelly Moia ist im Alter von 87 Jahren in Esch/Alzette verstorben. Die Schriftstellerin und Lehrerin hat unter anderem für das *Lëtzebuurger Land* Texte verfasst. Die *Land*-Redaktion schrieb 1958 über die damals 20-Jährige, man schätze an ihren Beiträgen den „quicklebendigen, leichtflüssigen Stil“. Moia „segelt und reitet, schreibt und dichtet, vor allem aber ist sie eine leidenschaftliche

Bergsteigerin, die auch vor extremen Klettereien an der steilsten Wand nicht zurückschreckt“, so das *Land*. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts trat Moia für Frauen- und Tierrechte ein sowie für den Laizismus ein. Ihre Buchtitel waren Programm: *Für die Frauen* (1992), *Für die Tiere* (1991) oder auch noch *Géint d’Pafen* (1994). Sie sprach sich zudem seit den 1970er-Jahren im *Journal* für einen staatlich kontrollierten Haschisch-Verkauf aus. Und während der Euthanasie-Debatte 2009 sprach sie sich für die Sterbehilfe aus. In den gleichen Jahren kämpfte sie gegen den radikalen Islam an: Frauen seien die ersten Opfer der Islamisten, schrieb sie im Januar 2010



im *Tageblatt*. Einen Monat später in der gleichen Zeitung: Die Burka sei infam, sie empfinde „Entrüstung über diejenigen, die ihren Frauen dies aufzwingen“ (Foto: CC). SM





À Delme, retour à la peinture de Salon

IIII Loïc Millot

Il peut paraître étrange de produire six pages émaillées de citations et de références artistiques pour justifier le fait d'organiser un Salon international de peinture au Centre d'art contemporain-La synagogue de Delme¹. Pareille précaution venant de la part du directeur de cette structure semble bien curieuse quand, chaque semaine, se tiennent en France et ailleurs des expositions qui en révèlent la diversité des pratiques et les multiples formes données à son actualisation. La peinture, art du silence, n'en demandait pas tant ; selon les voies de l'abstraction ou de la figuration, mais aussi des chemins indéfinis qui se sont frayés entre elles, la peinture existe de fait, parcourant les siècles comme les aires culturelles, s'imposant à nous dans toute son évidence historique et esthétique.

Organiser en milieu rural un salon de peinture n'en est pas moins un projet tout à fait pertinent, qui réactive à notre époque la grande tradition des salons du XIX^e siècle. D'autant plus que cette initiative a lieu dans un cadre aussi lumineux que celui de la synagogue de Delme, ancien lieu culturel construit en 1881 par Otto Saup et converti, en 1993, en espace d'art contemporain en raison du recul de la pratique juïque, explicable par la

guerre et l'exode rural (le dernier office s'est tenu en 1978). Un écrin parfait, avec son architecture orientalisante et son intérieur étagé particulièrement lumineux, pour accueillir et mettre en valeur des œuvres d'art. Ils sont au total une douzaine d'artistes à dévoiler leurs toiles dans ce lieu singulier, pour la plupart émergents et aux styles disparates, sans unité thématique venant relier leurs travaux. Le principe est donc ouvert, même si on aurait aimé savoir sur quel(s) critère(s) éventuellement ces artistes ont-ils été sélectionnés. De valeur inégale, l'ensemble donne à voir un portrait de notre époque et de ses enjeux démocratiques. Ainsi, par exemple, des peintures numériques réalisées par Audrey Coupé de Kermadec, qui comblent un vide concernant la représentation des femmes *queer* racisées. Elle le fait en recourant à une esthétique dont les textures luisantes évoquent celles des graffitis, tout en mobilisant des références syncrétiques, de l'iconographie chrétienne à la littérature médiévale, comme dans ce tableau intitulé en créole *Négligé fanm nwé ki queer sé on péché, repanti ! (Négliger les femmes noires et queer est un péché, repentissez-vous !, 2022)*, où cohabitent armure, serpent mordant une main, partage de l'hostie. Aux revendications

affirmatives de l'action militante, l'artiste préfère saisir des figures féminines imposantes mais en retrait, pris dans des moments de suspension, de repos, de tendresse. Une façon de déjouer les clichés produits sur la communauté *queer*, mais aussi de prendre position par rapport à la tendance capitaliste à la surproduction, à l'injonction de toujours en faire plus au risque du burn out ! Une autre proposition remarquable se situe à l'étage supérieur de l'édifice, là où étaient traditionnellement assignées les femmes durant la liturgie juive. On y trouve, de part et d'autre des allées latérales, deux huiles de grand format de Cédric Rivrain, qui se déploient dans des tons sourds, dans un camaïeu de gris, de vert et de bleu pâles. L'une d'elle montre un homme, sweat à capuche et sac sur le dos, étrangement isolé dans la grisaille malade du métro de Paris (*Métro, 2023*). Il nous observe d'un regard impassible, comme pour nous interroger sur la condition de l'humain au XXI^e siècle, réduit à une particule au sein d'un environnement automatisé. On songe, pour cette étrangeté figurative, à l'œuvre de Jean Rustin et à celle de Lucian Freud, voire à celle de Gilles Aillaud. Sauf qu'à la différence de ce dernier, les animaux emprisonnés sont ici des humains, irréductiblement seuls. La seconde toile de Cédric Rivrain est un portrait de femme (*Constance, 2024*), qui nous fait face le corps entièrement dévêtu, crâne rasé, assise sur un tabouret au côté d'un interrupteur. Un portrait sensible, admirablement exécuté par le peintre, où le visiteur est happé par la force du regard de la jeune femme, à la fois intense et mystérieux. Pareille impression d'étrangeté se

On songe, pour cette étrangeté figurative, à l'œuvre de Jean Rustin et à celle de Lucian Freud, voire à celle de Gilles Aillaud

ressent au contact des tableaux à l'acrylique de Matthieu Palud, dont les visages, sans pupilles, oscillent entre la peinture et la sculpture (la portraiture romaine, en l'occurrence).

Autre symptôme d'époque rencontré en cours de déambulation : les toiles de Ash Love, artiste née en 1996 à Bordeaux et formée à la HEAD de Genève, dont le format rectangulaire se métamorphose en interface de smartphone. On y lit notre propre vide existentiel, restitué à l'aide de deux textos sans rapport apparent entre eux, évidemment écrits au plus court, mêlés à des éléments pragmatiques comme l'indication de date et d'heure. Ailleurs, une toile noire ponctuée d'une

CHRONIQUES DE L'URGENCE

Utopies de combat contre nérocapitalisme

IIII Jean Lasar

Couramment considérée comme synonyme de naïveté ou d'idéalisme, l'utopie a mauvaise presse. Considérée comme mort-née, elle ne mérite pour la majorité des commentateurs qu'un haussement d'épaules. Les VSP (« very serious people ») traitent par le mépris ceux qui proposent d'aborder les problématiques politiques en partant de valeurs ou d'idéaux plutôt que de fonder leur approche, comme eux, sur le monde « tel qu'il est » (le « pragmatisme »), les rapports de force internationaux liés à l'exploitation des ressources (la « realpolitik ») ou la recherche de rentabilité ou de croissance (le « point de vue de l'économiste »). Il est aisé de se gausser de ceux qui mettent en avant « un monde qui n'existe pas ». Les utopies de combat sont pourtant en passe de devenir, mine de rien, le principal ressort de la résistance contre les cauchemardesques spirales fascinantes qui envoient le monde en vrille. L'écart entre la marche du monde et les possibles trajectoires de survie se creuse au point qu'il rend inopérantes les stratégies classiques de transition faites de recherche oiseux de compromis, d'impossibles mécanismes de marché, de paris fous sur des technologies à venir et de patience de martyr. Elles constituent désormais l'unique passerelle entre le marasme et un avenir viable.

Dans une récente chronique publiée dans *Le Monde*, l'économiste Tomas Piketty prône l'avènement en Europe d'un « modèle de socialisme démocratique et écologique qui doit maintenant être pensé à l'échelle du monde ». Dans le *Guardian*, le journaliste-activiste George Monbiot, évoquant les multiples façons dont les errements du trumpisme pourrait déboucher sur un effondrement global, recommande à ceux qui entendent résister de construire « des réseaux de voisinage, fondements d'une démocratie délibérative et participative », puis de construire à partir de celle-ci une nouvelle façon de faire de la politique, de bas en haut, plus démocratique, garantissant « davantage de diversité, de redondance et de modularité ». Quand bien même Piketty et

Monbiot ne s'en réclament pas explicitement, leurs visions n'en relèvent pas moins de l'utopie, érigée en réponse à la montée généralisée des mouvements réactionnaires et au délitement des structures sociétales existantes que promeuvent les régimes autoritaires qui en émergent. Car il ne s'agit pas seulement de résister, mais de venir à bout des sinistres archanges de cette dérive.

L'utopie est-elle par nature vertueuse ? On pourrait objecter qu'il existe bien, à l'autre bout du spectre, une sorte d'utopie capitaliste. La doxa néo-libérale professe qu'il suffit d'éliminer la majeure partie des appareils et dépenses étatiques pour que les forces du marché propulsent l'humanité vers un nirvana de consommation et de croissance infinie. C'est cette projection, en parfaite contradiction avec les limites du monde physique, qui tient aujourd'hui le haut du pavé. Il ne s'agit pas d'une utopie, au sens d'un univers inexistant auquel on aspire, mais plutôt d'un mensonge répété à l'envi pour faire accepter dans l'opinion les mirages du nérocapitalisme.

Le défi consiste désormais à repousser le nihilisme oligarchique sans pour autant ni retomber dans la défense du statu quo, celui-ci s'étant avéré incapable d'offrir une perspective collective de survie, ni perdre de vue l'impératif de décarbonation et de restauration du vivant. Pour le relever, les utopies en phase avec les visions de Piketty, de Monbiot et de quelques autres jouent un rôle crucial : celui de montrer non seulement qu'une société fondée sur la solidarité et la décarbonation est possible, mais qu'elle est la seule perspective susceptible de concilier la préservation des espaces de liberté nécessaires avec l'urgence d'une réduction massive et rapide des émissions de gaz à effet de serre.

En d'autres termes, il est temps d'assumer pleinement la fonction pédagogique de l'utopie. Lorsque les politiciens conservateurs soutiennent qu'il est impossible d'imposer des

mesures de décarbonation contre la volonté des populations, et que leur insistance coïncide — surprise — avec la montée d'autoritarismes niant l'urgence climatique, seule une vision volontariste fondée sur des modes d'organisation sociétale radicalement différents de ceux en vigueur est susceptible de nous extraire de ce cercle vicieux. Sachant que la droitisation rampante des sociétés occidentales débouche systématiquement sur un détricotage des timides mesures de décarbonation déjà adoptées, renoncer au pouvoir d'évocation de l'utopie, c'est se condamner à mener une bataille perdue d'avance, faite de restrictions rampantes des libertés publiques et d'abandon de toute ambition climatique.

Au sein des mouvements de gauche, le refus d'intégrer un dessein utopique dans leurs stratégies débouche sur un positionnement qui n'est guère plus convaincant puisqu'il les prive des puissants leviers de radicalité inhérents aux utopies. Ils doivent se donner les moyens d'imaginer un avenir viable, compatible tant avec des aspirations universelles (à l'opposé des myopies nationalistes et racistes) qu'avec la réalité scientifique, en d'autres termes, un avenir souhaitable et plausible. L'éventail des actions nécessaires au sauvetage de l'espèce humaine étant l'exact opposé d'un jeu à somme nulle, face au nérocapitalisme, le véritable réalisme est à rechercher, désormais, du côté des utopies de combat, tremplins d'une résistance gagnante contre les cauchemardesques spirales fascinantes. Experte américaine de la communication sur la crise climatique, Genevieve Guenther, qui considère qu'il ne suffit plus de « résister » contre « l'alliance épouvantable entre capital fossile, grandes entreprises technologiques et confiscation autoritaire », mais qu'il faut « renverser ces gens », propose de travailler sur une « vision collective qui soit vraiment concrète et vivante », d'en dériver un chemin stratégique pour s'organiser, communiquer, recourir à la désobéissance civile (ou incivile) ou aux grèves, et faire de cette vision une réalité. ●

inscription (« démission ») et de deux éléments visuels (des lèvres, façon emoji, ainsi qu'un chien tirant la langue) configurent une forme de rébus au moyen duquel une pensée s'exprime par la seule mise en réseau de signifiants écrit et visuel. Un nouvel art pop critique qui prendrait pour cible nos objets du quotidien ?

Bien d'autres travaux sont à découvrir à l'occasion du Salon International de la peinture de Delme, qui met en avant une pluralité de techniques et d'usages contemporains. Ainsi des toiles à tendances optiques et psychédéliques de Charlotte Houette, qui vont jusqu'à creuser la surface du support (*Secret egg / blue*, 2024), ou des herbiers gracieux et mélancoliques obtenus sur carton par Louise Sartor (*Incenso*, 2024). De son côté, Marilou Bal reprend à l'huile les imperfections digitales du Net, puisant à cette source un corpus d'images ordinaires (*Girl in pajamas*, 2024) qu'elle vient sublimer. Un mélange des genres pour le moins incongru auquel contribue Nicolas Ceccaldi, avec une toile accueillant sur un fond marin une figure cinématographique échappée de *Star Wars*. Sans oublier, dès l'entrée du parcours, la très belle fresque chevaline de Jacent qui prend place au sein de l'aron, arche sainte habituellement réservée aux rouleaux de la Loi. ●

¹ Cf. <https://cac-synagoguedelme.org/assets/exhibition/191/TEXTE-BENOIT-SPD-FR.pdf>

D'GEDICHT VUN DER WOCH

Eng kal Dusch

IIII Jacques Drescher

Militärhëllef fir d'Ukrain: „Wa mer et net maachen, da gi mer bueden“ (Charles Goerens, RTL 25.02.25).

D'Welt ass e Staats-Theater –
E groussen Zirk am Fong,
Mat Clownen an Artisten
A vill ze grouse Schong.

„Europa“ rífft entgeeschtert:
„Wou bleift dann do d'Moral!“
Dat stëmmt och, well wien d'Muecht huet,
Deem ass all Frënd egal.

Déi blo-giel Kärekummer,
Déi gouf schonn dacks geplëmmt;
A wann sech d'Hären eens ginn,
Dann ass de Kniecht gefëmmt.

Geet deen ounst Waffe bueden?
Wëllt hien net och eng Kusch?
De Bauer huet seng Bidden;
Vläicht kennt en nach keng Dusch.

Damals, in schwarz-weiß

IIII Claire Barthelemy

Luxemburgs Comiclandschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten stark entwickelt. Geschichtliche Themen bleiben beliebt



Bücherstand bei der Diskussionsrunde im CNL

Claire Barthelemy

Ein Reiter flieht mit seinem Pferd aus einer brennenden Burg. Bei der Überquerung des Wassergrabens stürzt er und bricht sich den Hals – so beginnt das Gespenster Dasein des Reiters in Marc Angels *De Schëmmelreider vun Useldeng* von 2016, ein Band das von der Gemeinde Useldingen beauftragt wurde. Den fatalen Unfall des Reiters stellt der Comiczeichner in einem vereinfachten Malstil dar, wie man es von mittelalterlichen Zeichnungen kennt, ein Kontrast zu den sonst sehr detaillierten und modernen Zeichnungen des Bandes.

„Ein Comicbuch ist eine unglaublich langwierige Arbeit. Da sitzt man echt lange dabei und manchmal muss man sich halt selbst einen Spaß draus machen“, so Marc Angel. Die Darstellung des fatalen Unglücks ist ein Stilwechsel, mit dem der Künstler seinen Lesern, aber auch sich selbst, Abwechslung bietet. Unterhaltsame Exkurse in die Welt der Luxemburger Comics, die sich mit Geschichte befassten, bot Mitte Februar das Centre National de Littérature in Mersch während der Diskussionsrunde „Gezeechent Geschicht(en)“. Mit dabei waren die Künstler Marc Angel und Antoine Grimée und der Historiker Benoît Majerus. Moderiert wurde der Abend von Claude Kremer des CNL.

Das Mittelalter ist eine Periode, die in kollektiver Erinnerung keine Spannungen produziert.

Benoît Majerus, Historiker

Wie auch in Marc Angels Band über den verunglückten Schimmelreiter zieht sich das Thema Mittelalter durch die Comicgeschichte Luxemburgs. Superjhemp, der einzigartige nationale Superheld, zieht 1989 im Band „Dynamit fir d'Dynastie“ auf Zeitreise durch die Geschichte des Landes. Das Duo Lucien Czuga und Roger Leiner erzählen von nationalen Figuren und Mythen, die wohl so bekannt wie Superjhemp selbst sind: Graf Siegfried (Siggy), Johann von Luxemburg (Jang de Blannen) und Melusina. Letztere ist von Roger Leiner als halbnacktes Pinup-Girl porträtiert, eine Darstellungsweise, die den Comicstreifen heute recht veraltet erscheinen lässt.

Woher kommt die Faszination für die dunkle Epoche? Dank den Burgen und Festungsmauern Luxemburgs ist diese Periode noch immer ein wirksamer Topos im Geschichtenerzählen, erklärt Benoît Majerus. Es ist eine Zeit, die für Erzähler hierzulande keine politischen Risiken darstellt. „Das Mittelalter ist eine Periode, die in kollektiver Erinnerung keine Spannungen produziert“, erklärt Majerus, der als Professor für Europäische Geschichte an der Uni Luxemburg tätig ist. Schlecht sitzende Ritterausrüstungen und Kanonenkugel, die ihr Ziel verfehlen, bieten außerdem geeignetes Material für Slapstick-Witze. „Eine humoristische Geschichte über den Zweiten Weltkrieg? Das ist schon komplizierter“, sagt Majerus.

Auch in frühen Comics wurde das Mittelalter eher zahm dargestellt. *Lottie, e Grofekand* von Nico Schneider (1947) ist ein minimalistisch gezeichneter Comic über das Burgleben. Die humorvolle Serie „Ritter mit Furcht ohne Tadel“ von Gab Weis ist eine „Geschichte aus der guten alten Zeit“, in der von Pest und Hexenjagd nicht die Rede ist. Diese Streifen, die in den 50er-Jahren in der Zeitschrift *Revue* veröffentlicht wurden, kann man auf *Eluxemburgensia* nachlesen. Zwischen akademischer Geschichtsschreibung und populären Interpretationen aus Romanen, Filmen

und Comics gibt es natürlich einen großen Unterschied. Die Begeisterung für geschichtliche Fiktion kommt der Wissenschaft jedoch zugute, findet Benoît Majerus. „Die Tatsache, dass wir dauernd neue Studenten hinzubekommen, hat damit zu tun, dass Geschichte und Vergangenheit noch immer super präsent in unserem Alltag sind“, sagt der Historiker.

Mit dem Zweiten Weltkrieg beschäftigten sich Zeichner in Luxemburg nur wenig. Meistens handelte es sich um vereinfachte Erzählungen, die sich an junge Leser richteten. Pierre Bergem zum Beispiel schrieb Geschichten über heldenhafte Soldaten. In seinem Comic *De l'ange Wé* von 1946 schließt sich ein Luxemburger Soldat der amerikanischen Armee an. „Du kanns elo op eiser Seit fir d'Freiheit vun denger Hémecht kämpfen“, so begrüßt der U.S. Captain den Luxemburger.

Das Medium diente in den 90-ern dazu, Kinder und Jugendliche vor den Gefahren des Drogenkonsums zu warnen. *Jimmy* heißt das etwas schwerfällige luxemburgische Äquivalent von Lucien Czuga und Roger Leiner, in der ein Teenager 1992 scheinbar unbedingt ungute Freunde sucht: „Ech géif gär an är Clique kommen!“, kündigt er vor einer Gruppe Rüpel in einem maroden Haus an. Eine zerrissene Tapete deutet auf Chaos und Gefahr hin. Leiners Stil ist auch in diesem Werk unverkennbar, doch Slapstick gibt es dieses Mal keinen.

Die Marktlandschaft für Comics ist in Luxemburg sehr klein, und Künstler sind oft auf öffentliche Institutionen oder private Auftraggeber angewiesen, um ihre Projekte zu finanzieren. Dabei kann es zu Differenzen kommen. Auftraggeber wollen natürlich mit einem Comic eine Botschaft vermitteln, und Autoren ist es wichtig, mit kreativem Freiraum eine Geschichte zu erzählen. „Es ist eine Herausforderung, dieses Gleichgewicht zu finden“, sagt Antoine Grimée, der sich an seinen Comic

De Coyote am Schofspelz erinnert, den er 2007 für Fairtrade erstellte.

Enthusiastischer klingt er, als er über seine Arbeit mit dem *Luxemburger Wort* spricht. Die Zeitung beauftragte biografische Erzählungen, die er über renommierte Persönlichkeiten erstellte. Sein Comic über den niederländischen Künstler Piet Mondrian spielt mit Akzenten in rot, blau und gelb auf die bekanntesten Werke des Malers an. Wie ein Szenario eines expressionistischen Films wirkt sein Streifen über Fred Junck, der luxemburgische Cinephil und Gründer der hauptstädtischen Cinémathèque. Diese Arbeit „war eine Riesenchance für mich, mein Talent zu zeigen und auch veröffentlicht zu werden“, so Grimée. „Und das in kompletter kreativer Freiheit! Das war einfach super.“

Dank Luxemburgs Comic-Künstlern wurde die Lokalgeschichte in den letzten Jahrzehnten recht bunt. Andy Genen und John Rech zum Beispiel illustrierten einen zweiteiligen Comic über die Stadt Dudelange (*Gefaangen an der Diddlenger Geschicht 1 und 2*), während die sieben Autoren und Autorinnen für die Gemeinde Mondorf lokale Geschichten in dem Sammelband *Mondorf-Les-Bulles* (2022) erzählten. Hier zeigt Claude Kremer zwei Panels von Marion Denglers „Tora“, leider die einzige Künstlerin, deren Werk am Abend erwähnt wird.

Nach dem Eintauchen in gezeichnete Vergangenheiten, fragt Claude Kremer Historiker und Künstler, was sie sich für die Zukunft des Luxemburger Comics erhofften. „Ich würde gerne Reportagen lesen über gesellschaftliche Themen in Luxemburg“, sagt Benoît Majerus. Antoine Grimée würde „etwas Explosives über rein luxemburgische Themen“ interessant finden. Man kann nur hoffen, dass sich die Finanzierung des Sektors ein wenig diversifiziert, damit Leser auch bald solche Werke in den Händen halten können. ●

S

T

|

L

Micropousses tech

|||| Béatrice Dissi

Pour visiter la prochaine ferme urbaine à Luxembourg, il va falloir patienter encore un peu. La start-up Aurel&Axel en prépare l'ouverture partielle pour dans quelques mois, dans le cadre de la LUGA (Luxembourg Urban Garden Exhibition) au Kuebebiert, sur le Kirchberg. Les trois amis et associés Melvin, Aurélien et Axel, qui ont fréquenté la même école de commerce en France, se sont retrouvés à Luxembourg pour répondre à cet appel à projets LUGA qu'ils ont remporté en 2022 parmi plus d'une centaine de candidatures. L'aventure luxembourgeoise commence, après l'établissement d'une ferme urbaine à Nancy et des serres à Thionville. Actuellement, Aurel&Axel gère également des serres de culture en hydroponie à Bettembourg, une culture de plantes réalisée sur un substrat neutre et inerte (de type sable, billes d'argile par exemple), ce substrat étant irrigué d'un courant de solution qui apporte des minéraux et des nutriments à la plante. Avec leur solution, ils ont gagné un prix du Ministère de l'Économie... ils ont aussi réussi à être sélectionnés par le City Incubator de la Ville de Luxembourg.

Issus de familles agricoles, les associés s'intéressent tous les trois au coeur du métier, l'agriculture, mais pratiquent une division du travail assez distincte. Melvin s'occupe du marketing, de la communication et de l'image de marque, alors que Aurel prend en charge la production (les cultures, l'installation,...) et Axel le côté administratif et commercial ainsi que l'informatique. Avec leurs deux employés de formation maraîchers, ils travaillent bien plus que quarante heures par semaine : « Nous en sommes encore à un stade où il faut davantage augmenter la production pour devenir rentable. » Production qui couvre une diversité surprenante : légumes et fruits, herbes aromatiques, fleurs comestibles (bourrache et capucine), une quarantaine de micropousses différentes et surtout quatre sortes de champignons, destinés à être leur produit phare. « Pour l'instant on vend davantage de micropousses car il s'est avéré que leur culture est moins compliquée, plus productive que celles des champignons, mais les derniers sont des produits à plus grande valeur ajoutée. » Pleurotes, shiitake et erynii sont au menu en ce moment, cultivés dans des containers maritimes dont Aurel&Axel possède une bonne douzaine désormais (à 30 000-40 000 euros pièce avec leur équipement technologique), et qu'ils sont en train, avec leur méthode, de faire breveter à l'aide de LuxInnovation. Avec huit containers en production, ils réussissent à rentabiliser les nouvelles acquisitions après un an environ.

Les paramètres tels l'hydrométrie, la température, le dioxyde de carbone dans l'air sont autant de facteurs qu'il faut maîtriser avec précision pour arriver au résultat optimal. Si leurs produits de maraîchage ne sont pas encore labellisés bio, le processus est en cours. Tous les champignons et micropousses le sont. « Nous entretenons de vrais laboratoires agricole », explique Melvin. Leurs expérimentations ont mené à un impressionnant arsenal de micropousses. À côté des espèces plus connues telles cresson, fenouil, basilic ou mélisse, on peut s'émerveiller devant des sortes plus exotiques : livèche, moutarde, mizouna, shiso pourpre ou toona... Même des produits dérivés tels de la bière infusée à la

micropousse de coriandre ou de basilic citron ont vu le jour grâce à des partenariats gastronomiques avec des producteurs en France. Ou encore du vinaigre ou des glaces à la micropousse... Parmi les grossistes clients ils comptent désormais Metro, Grosbusch et Cactus. Au Luxembourg, les restaurants commencent à s'arracher les produits. Les micropousses sont d'ailleurs surtout utilisés pour leur aspect décoratif, tout comme les fleurs comestibles. En termes de comparaison de marché, il est intéressant d'observer que les clients luxembourgeois sont plus pressés dans les négociations tarifaires que de l'autre côté de la frontière... histoire de culture ?

Si l'équipe ignore encore le vrai potentiel de la nouvelle ferme urbaine en face de RTL, elle est convaincue de la valeur ajoutée qu'apportera leur présence en termes de visibilité dans ce futur quartier hype d'une capitale ultra internationale. Ils espèrent ainsi populariser leur idée de base, qui est de « donner une nouvelle jeunesse au maraîchage » et de « placer la vie du maraîcher au coeur de la ville », ainsi que de repenser l'agriculture en cultivant des produits à court circuit de production et forte valeur ajoutée : « Notre avantage est aussi de pouvoir proposer une offre de produits toute l'année, peu importe la saison. » Est-ce que Axel&Aurel se voit alors comme une concurrence aux agriculteurs traditionnels ? « En-dehors du fait que nous proposons des produits assez spécifiques, nous sommes clairement leur partenaires en reconnectant les citadins avec l'agriculture. » En contribuant à la visibilité agricole, en ouvrant de nouveaux horizons et en popularisant le concept, mais aussi en redirigeant les clients vers les agriculteurs ruraux. « Nous avons tous les trois grandi avec des parents qui bossaient comme des fous, en mettant toute leur énergie dans la terre et leur bétail, sans prendre de vacances, sans gagner des masses, pour l'amour du métier (et par nécessité). » Evoluer dans l'agritech est alors aussi une façon de rendre à ce secteur essentiel, qui subit à plein fouet les transformations du monde contemporain.

Parmi les précurseurs inspirants, Melvin nomme par exemple Infa, entreprise qui a initié un engouement pour les fermes urbaines un peu partout dans le monde notamment en tentant d'automatiser le plus possible les processus, ou Agricoool, pionnier dans l'utilisation des containers comme cellules de production. Agricoool a mis la clé sous la porte. « Le défi aujourd'hui est de faire marcher un projet viable économiquement, contemporain, mais pas totalement automatisé. » Le prochain défi ? Terminer la ferme urbaine à Luxembourg, faire fonctionner les deux fermes, et étendre le modèle avec des partenaires qui croient en eux.

Axel et Aurélien se sont par ailleurs récemment fait introniser comme disciples d'Escoffier, cette association à l'origine française qui a pour but de transmettre aux nouvelles générations de cuisiniers et gastronomes l'esprit du travail du chef français Auguste Escoffier. Connu pour la modernisation des recettes de haute cuisine, ce cuisinier, ancien militaire, était aussi célèbre pour l'ordre et le sens de la discipline qu'il imposait à ses employés. L'association poursuit également un but caritatif. ●



L'agriculture en ville

L'ENDROIT

Meilleures frites

Le classement 2024 des meilleures friteries wallonnes a été publié. Chez Brian d'Aubange (Eibéng) n'a pas pu défendre son titre, mais reste tout de même à la deuxième place. Un excellent score, car pas moins de 1 200 friteries étaient en lice. La province



luxembourgeoise de Belgique est « bien représentée » dans le top 15, comme le salue le *Quotidien* pour cette région frontalière. Et il décoche une pique aux hipsters de Bruxelles qui ne sont représentés qu'une seule fois. Ainsi, plusieurs friteries situées non loin du Luxembourg apparaissent dans la liste : La Friterie Dewit d'Athus ; Friterie le bon appétit de Habay ; La FrAtrie de Paliseul et Chez mimil de Hamipré. Non représentées dans le classement, mais obtenant de bonnes évaluations sur *Restaurant-Guru*, on trouve la Friterie de la Spätz (« Je recommande à cent pour cent ») et la Friterie

du Cerf (« Ne vous fiez pas à l'apparence de cette petite friterie. Les frites sont succulentes !») d'Arlon. L'éthnographie des friteries de la province du Luxembourg n'a pas encore été écrite. Un exemple le long de la N4, entre Martelange et Bastogne, à quelques centaines de mètres de distance, se trouvent les friteries Chez Claude et Chez Cindy. Une question sociologique s'impose : s'agit-il d'une *moieté*, c'est-à-dire le lieu où se révèle l'organisation duale d'un village, d'un clan, d'une famille ? SM

CATÉGORIE

Wie in Bordeaux

Clement Scherer hat seinen Busfahrerjob beim Tice gekündigt, um eine Weinbar in Düdelingen zu eröffnen. Er krepelte einen Blumenladen um, stellte hohe Holztische rein, hängte Schwarz-Weiß-Fotos von Gegenständen aus dem 20. Jahrhundert an die Wand und bestellte 90 verschiedene Weinsorten. Seit Anfang Februar kann er endlich Gäste in seinem neuen Lokal empfangen. Der 32-jährige entdeckte Weinbars zunächst in seinem Urlaub in Bordeaux, „wo es sie an jeder

Ecke gibt“, erklärte er dem *Wort*. Es sei eine weitere Option für Menschen, die gerade keine Lust auf ein Restaurant oder eine Wirtschaft haben. Clement Scherer bezeichnet sich als Schifflinger, vermutet jedoch, dass sich Düdelingen als „neue Hauptstadt des Minetts“ durchsetzen wird. Sich dort als Einzelunternehmer zu versuchen, mache also Sinn. Einer seiner ersten Kunden war LSAP-Bürgermeister Dan Biancalana. Auf Nachfrage teilt er uns sein Urteil mit: „Eng Plaz fir en een agreabele Moment an engem relaxe Kader ze verbréngen.“ Biancalana begrüßt zudem, dass Scherer Weine von kleineren Produzenten anbietet.



Am Montag veranstaltet er ein erstes Kostprobe-Event mit Weinen vom Weingut Ricasoli. Mehr als 40 Personen passen nicht in die Weinstube, deshalb solle man sich zuvor anmelden. SM

